

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

10. Sitzung – Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben –
Beteiligung junger Menschen stärken“

5. November 2025 – 10:06 bis 13:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Cirsten Kunz-Strueder (SPD)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Sandra Funken
Dominik Leyh
Max Schad
Christian Wendel
Christin Ziegler

AfD

Gerhard Bärsch
Jochen Roos

SPD

Kerstin Geis
Nadine Gersberg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julia Herz
Lara Klaes
Felix Martin

Freie Demokraten

Wiebke Knell

Ständige Sachverständige

Reiner Jäkel
Lothar Mehlhose
Prof. Dr. Ivo Züchner
Nicolas Schmelzer

LBKJ Miriam Zeleke, Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

1. Themenblock III: Empirisch-analytische Grundlagen

Soziologische und politologische Erkenntnisse zu Teilhabe- voraussetzungen und Partizipationseffekten

Vorsitzende: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich eröffne die 10. Sitzung der Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger Menschen stärken“.

Zunächst möchte ich für die Landesregierung recht herzlich Frau Jana Jeuck begrüßen.

Weiterhin begrüße ich alle Mitglieder der Kommission, die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, die ständigen Sachverständigen und Frau Miriam Zeleke, die Hessische Beauftragte für die Beteiligung und Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Natürlich begrüße ich auch die Damen und Herren Anzuhörenden: Frau Dr. Dr. h. c. Sabine Andresen von der Goethe-Universität Frankfurt, Herrn Prof. Dr. Yannis Theocharis von der Technischen Universität München, Herrn Prof. Dr. Benno Hafeneger von der Universität Marburg und Frau Prof. Dr. Tanja Grendel von der Hochschule RheinMain. Schließlich begrüße ich natürlich alle Vertreterinnen und Vertreter der interessierten Öffentlichkeit. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen.

Kommen wir wie immer zu den Verfahrenshinweisen und dem Ablauf: Jeder der vier Sachverständigen wird einen Vortrag von bis zu 20 Minuten halten. Im Anschluss daran treten wir in den Diskussionsteil der Anhörung ein. So läuft das normalerweise ab. Pro Fragerunde kann jede Fraktion bis zu drei Fragen an die Sachverständigen stellen. Wenn alle Fraktionen ihre Fragen gestellt haben, erhalten alle Sachverständigen in einer Antwortrunde erneut das Wort. Das werden wir maximal dreimal so durchführen.

Davon weichen wir heute aus organisatorischen Gründen ab. In der Obekleuterunde wurde das schon besprochen. Wir beginnen die heutige Anhörung mit Frau Prof. Andresen. Unmittelbar an ihren Vortrag schließen wir eine Fragerunde an, da sie uns früher verlassen wird. Im Anschluss daran fahren wir mit den anderen Vorträgen fort und schließen daran eine gemeinsame Frageunde an.

Damit steigen wir in die heutige Anhörung ein. Frau Prof. Andresen, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Vortrag 1

Prof. **Dr. Dr. h.c. Sabine Andresen:** Ich bedanke mich für die Einladung und auch für Ihr Verständnis dafür, dass ich nur bis etwa 12 Uhr bleiben kann. Ich bin im Moment Vizepräsidentin der Goethe-Universität; Dienstage und Mittwoch sind Gremientage, sodass ich deswegen nicht ganz bis zum Ende bleiben kann.

Ich freue mich, dass es diese Enquetekommission gibt. Sie behandelt eine sehr wichtige Thematik, und die Frage nach empirischen Ergebnissen zu dem, was Sie heute umtreibt – soziologische und politologische Erkenntnisse –, ist sicherlich zentral für das, was Sie weiterhin planen und worüber sie weiter diskutieren.

Ich möchte eines vorwegschicken: Ich denke, wenn es um die Partizipation von jungen Menschen geht – ganz jungen Kindern, älteren Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen –, geht es immer auch um die Haltung, und die kann man sich nicht nur über empirische Erkenntnisse aneignen; denn es wird sehr deutlich: Man muss es auch wollen. Wenn man es nicht will, sind Kinder und Jugendliche die Ersten, die das merken.

In diesem Sinne steige ich – Sie haben die Unterlagen zugeschickt bekommen – in meinen Vortrag mit dem Hinweis auf zwei Perspektiven ein, die für mich wichtig sind. Ich glaube, das in der „Children’s Worlds“-Studie veröffentlichte Zitat eines zehnjährigen Jungen, das aus einem der vielen Interviews und Gruppendiskussionen stammt, die ich als Kindheits- und Jugendforscherin geführt habe, ist paradigmatisch. Er sagt:

„Bei mir ist es so, die ganze Welt darf irgendwie immer über mich bestimmen.“

Das ist eine interessante und wichtige Perspektive, auch mit Blick darauf, was das eigentlich für die politische Sozialisation heißt. Er selbst sagt dann nämlich:

„Und das wird dann immer so weitergehen.“

Das ist also der Blick: Wir müssen diejenigen, die heute Kinder und Jugendliche sind, sehen, hören und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Wir können aber auch – hier kommt die Kinderschutz- und Gewaltforscherin in mir zur Sprache – sehr viel von den Kindern und Jugendlichen lernen, die wir selbst einmal waren. Wir können das Kind von damals sehen und hören. Aus meiner Sicht lernen wir auch von Menschen, die Gewalt erlebt haben, sehr viel über Beteiligung. Hier bringe ich das Zitat einer von sexueller Gewalt betroffenen Person, die sich an die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs gewandt hat. Sie formuliert anhand der Frage „Was hätte ich damals gebraucht?“:

„Einen Menschen, der mir sagt: Du bist wichtig und wertvoll für mich.“

Haben Partizipation und Teilhabe nicht auch genau die Bedeutung, zu erkennen, jemand ist wichtig und wertvoll? Die Frau, die sich an die Kommission gewandt hat, sagt:

„Damals hat mich keiner gefragt: Wie geht es dir heute? Vielleicht hätte ich darüber mal nachgedacht. Als ich ein Kind war, hat es Niemanden interessiert.“

Ich glaube, auch das ist eine Perspektive, die mit Haltung zu tun hat. Sie hat mit politischen und mit wissenschaftlichen Perspektiven zu tun, und die Frage ist: Welche empirischen Erkenntnisse sind hier anschlussfähig?

Ich habe mich – vielen Dank dafür – mit den Fragen aus den Fraktionen beschäftigt. Ich habe versucht, eine Bündelung vorzunehmen, und will zu diesen gebündelten Perspektiven im Rahmen meiner Redezeit Ausführungen machen. Zum einen wird die Frage nach den Wirkungen von Partizipations- und Teilhabeerfahrungen gestellt. Ich würde auch nach fehlenden Partizipations- und Teilhabeerfahrungen fragen. Zum anderen geht es Ihnen um die Formen der Partizipation, um Angebote bzw. Programme: Was wissen wir darüber? Ferner geht es Ihnen um Gelingensbedingungen oder Hürden im politischen Raum für Partizipation und Teilhabe, um die Relevanz sozialer Kontexte für Teilhabe und Partizipation und schließlich auch um die Bedeutung von Bildung. Sie können sich vorstellen, als Erziehungswissenschaftlerin sind mir natürlich die Bildung und ihre Bedeutung für die Fragen, die Sie in der Enquetekommission umtreiben, wirklich sehr wichtig.

Ich komme mit zwei Ansatzpunkten, die ich gern zur Diskussion stelle. Zum einen ist das der Ansatzpunkt der Kindheits- und Jugendforschung: Was sagen diejenigen, um die es hier geht, zu Teilhabevoraussetzungen und Partizipationseffekten? Was wissen wir eigentlich darüber? Was geben uns Kinder und Jugendliche mit, und wie können wir das in der Forschung auswerten?

Zum anderen ist das der Ansatzpunkt des Kinderrechteansatzes: Interessen, Rechte, Bedarfe von Kindern und Jugendlichen bei allen Entscheidungen berücksichtigen und ihr Recht auf Partizipation konsequent berücksichtigen. Um es transparent zu machen: Das sind zwei Perspektiven, aus denen ich auf die Fragen aus den Fraktionen zu reagieren versuche.

Was wissen wir über die Wirkung von fehlenden Partizipations- und Teilhabeerfahrungen oder von positiv erlebten Partizipations- und Teilhabeerfahrungen? Exemplarisch verweise ich hier auf die internationale Forschung. Ich selbst bin an einer großen globalen Studie, der „Children’s Worlds“-Studie, beteiligt. Ich habe hier die Adresse der Webseite aufgeführt. Mein Kollege Bong Joo Lee aus Seoul, ein quantitativer Empiriker, ist auf der Basis von Datensätzen aus 15 Ländern, wobei pro Land Daten von mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche erhoben wurden – eine repräsentative Befragung –, zu sehr aufschlussreichen Befunden gekommen. Er beantwortet vorsichtig die Frage: Was reduziert oder ermöglicht das Well-Being, gerade auch mit Blick auf Partizipation? – Hier sind vier Punkte, die ich einführen möchte:

Optionen: Über echte Optionen zu verfügen – Choice –, scheint ein zentraler Punkt zu sein, wie man feststellt, wenn man Kinder und Jugendliche fragt. Ein Mangel an Optionen führt zu einem niedrigen Well-Being, und das länderübergreifend.

Ein weiterer Indikator ist es, Gehör zu finden. Am wenigsten zufrieden sind, länderübergreifend, Kinder und Jugendliche damit, wie Erwachsene ihnen zuhören.

Das Selbstkonzept ist zentral: Zufriedenheit mit sich selbst und die Thematik der Selbstwirksamkeit. Auch das war eine Frage aus den Fraktionen.

Etwas, was ich gerade für uns in der Wissenschaft Tätige wichtig finde und was mein Kollege Bong Joo Lee „The unexplained“ nennt: Er sagt, es gibt einfach einen Bereich, über den wir zu wenig wissen, um zu erklären, wo die Grenzen der Well-Being- und Wirkungsforschung liegen. Nicht alle Unterschiede zwischen einer hohen Zufriedenheit und einer niedrigen Zufriedenheit lassen sich über die Forschung erklären. Das verweist noch einmal auf die Haltung.

Das ist also ein Beispiel dafür, was wir aus der internationalen, länderübergreifenden Forschung lernen. Ich denke, der Mangel an Optionen und der Eindruck, die Erwachsenen sind eigentlich nicht wirklich an dem interessiert, was Kinder und Jugendliche zu sagen haben, sind zwei zentrale Indikatoren, wenn es um gelingende Partizipations- und Teilhabeerfahrungen geht.

Viele von Ihnen haben sicherlich den 17. Kinder- und Jugendbericht zur Kenntnis genommen, der vor einem Jahr veröffentlicht wurde. Die Kernbotschaften der Sachverständigenkommission – ich war Mitglied dieser Kommission – besagen, dass Vertrauen und Zuversicht, gerade das Vertrauen in krisenhaften Zeiten, für Kinder und Jugendliche zentral seien. Die Kommission bezieht sich dabei auf die Rückmeldungen von Kindern und Jugendlichen.

Ich denke, die spannende Frage, auch für diese Enquetekommission, ist: Was wissen wir eigentlich darüber, wen Kinder, Jugendliche und auch junge Erwachsene für vertrauenswürdig halten – das ist auch im politischen Raum eine zentrale Frage – und welchen Organisationen und Institutionen sie welche Art von Vertrauen entgegenbringen? Ich erwähne hier noch einmal den Kinder- und Jugendbericht, der, auch aufgrund seines Umfangs, eine ganze Reihe von Hinweisen enthält.

Die Sachverständigenkommission, die den Kinder- und Jugendbericht herausgegeben hat, hat es sich zur Aufgabe gemacht, selbst Kinder und Jugendliche zu beteiligen; denn für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist es leicht, zu sagen: „Beteiligt in der Schule, und schafft mehr Teilhabemöglichkeiten auf kommunaler Ebene und auf Landesebene“, sich selbst aber herauszuhalten. Hier haben Sie einen Überblick – ich gehe nicht im Detail darauf ein –, der Ihnen einen Eindruck verschafft, wie die Sachverständigenkommission Kinder und Jugendliche beteiligt hat. Wichtig ist bei Teilhabe, Beteiligung und Partizipation: Auf welchen Ebenen setzt das eigentlich an? Geht es nur darum, dass man die Stimmen der Kinder einfängt, oder geht es auch darum, dass die Ergebnisse eines Prozesses von den Kindern und Jugendlichen auch besessen werden, dass sie also selbst an die Öffentlichkeit gehen und Ergebnisse kommunizieren können? In diesem Sinne hat die Jugendpresse Deutschland e. V. eine von der Sachverständigenkommission unabhängige Jugendbroschüre zum 17. Kinder- und Jugendbericht herausgebracht.

Zu den Formen der Partizipation, zu den Angeboten und Programmen, möchte ich auf ein Projekt verweisen, das Nadja Althaus, Wissenschaftlerin an der Goethe-Universität, hauptamtlich verantwortet hat. Auch hier gibt es eine Reihe von Anknüpfungspunkten. Das ist ein Projekt, in dem Jugendliche einer Jugendexpertenkommission der Bertelsmann Stiftung Verantwortung übernommen und unter Kindern und Jugendlichen eine Peer-to-Peer-Befragung durchgeführt haben. So heißt auch dieses Projekt.

Der Ausgangspunkt war, Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt anzuerkennen und sie als solche auch anzusprechen. Mit dieser Haltung und den damit verbundenen Formen der Partizipation ist letztendlich auch eine ganze Reihe von Erkenntnissen möglich. Die Formen der Peer-Interaktion, also der Interaktion unter Gleichaltrigen, stärker in den Blick zu nehmen könnte eine weitere Gelingensbedingung für Teilhabe- und Partizipationsprozesse sein. Wenn man Kinder und Jugendliche fragt, stellt man fest, es ist ihnen wichtig – das können Sie hier sehen –, dass man wirklich bereit ist, ihnen zuzutrauen, dass sie etwas zu sagen haben.

Besonders auffällig ist – hierzu haben wir eine Reihe von Forschungen durchgeführt –: Wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche zu fragen: „Was sind denn eure Bedarfe? Was braucht ihr?“, steht ganz schnell der Vorbehalt im Raum, dass die, wenn sie Geld zur Verfügung hätten, davon doch sowieso nur Gummibärchen und anderes Nettes kaufen würden. Die empirische Forschung zeigt aber, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl in der Lage sind, zu unterscheiden und zu erkennen, was wirklich nötig ist, um ein – so will ich es einmal nennen – durchschnittlich gutes Kinder- und Jugendleben zu führen. Ich glaube, das ist einfach eine, wie ich es einmal nennen will, Wissensressource, die wir sehr viel stärker in den Blick nehmen können.

Es gibt also unterschiedliche Formen der Partizipation, und diese sind auch unterschiedlich evaluiert. Ich habe versucht, einen kleinen Einblick und einen kleinen Ausblick zu geben und auf den Punkt hinzuweisen: Auch die Wissenschaft ist hier in der Verantwortung.

Aus einer Analyse von Studien – darunter sind auch internationale – zu Gelingensbedingungen oder Hürden für Partizipation und Teilhabe im politischen Raum habe ich hier fünf Erkenntnisse aufgeführt. Von diesen fünf Erkenntnissen möchte ich die drei letzten hervorheben.

Was zum Gelingen beiträgt, ist nach allem, was wir aus meiner Sicht aus der sozialwissenschaftlichen Forschung kennen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Anfang an die Erfahrung mit Choice machen müssen, nämlich dass sie Wahlmöglichkeiten, eine Stimme und auch die Möglichkeit haben, aus einer schwierigen Situation auszusteigen. Darum sind Choice, Voice und Exit etwas, was zu den Gelingensbedingungen zählt.

Eine weitere Erkenntnis, die ich hervorheben möchte und die an das anschließt, was ich zuvor zu den Programmen gesagt habe, ist, dass die Expertise junger Menschen anerkannt werden muss. Das klingt so einfach, scheint aber alles andere als genau das zu sein; denn Kinder und Jugendliche wissen sehr genau, ob man sich wirklich für sie interessiert oder ob es eher eine Scheinveranstaltung ist.

Wichtig ist auch das Recht auf Information: Rechte bekannt machen, regelmäßig informieren und diskutieren. Das Recht auf Information ist etwas, was von Kindern und Jugendlichen selbst sehr deutlich angesprochen wird.

Aus den Fraktionen wurden Fragen nach der Relevanz sozialer Kontexte für Teilhabe und Partizipation gestellt. Ich habe hier „Bsp: Familie“ geschrieben. Den Begriff „Beispiel“ müsste ich ei-

gentlich streichen; denn die Familie ist zentral, auch für Partizipationserfahrungen und die Erfahrung, gehört zu werden. Sie sehen hier exemplarisch drei Items aus der „Children’s Worlds“-Studie, einer repräsentativen Befragung von 3.500 Kindern und Jugendlichen zwischen acht und 14 Jahren. Es sind drei Items: „Ich kann bei Entscheidungen mitbestimmen“, „Meine Eltern hören mir zu und nehmen mich ernst“ und „Meine Eltern erlauben mir genug“.

Gerade bei dem Item „Meine Eltern erlauben mir genug“ kommt hinzu, dass wir weder bei der politischen noch bei der soziologischen und erst recht nicht bei der erziehungswissenschaftlichen Dimension vergessen dürfen, dass Eltern den Auftrag haben, zu erziehen. Wie verhält sich eigentlich der Erziehungsanspruch zu den Beteiligungsmöglichkeiten? Denn wenn Eltern nicht genug erlauben, hat das möglicherweise auch gute Gründe. Das verweist noch einmal darauf, in welchem Verhältnis die Kinderrechte zu der Verantwortung der Eltern stehen, wenn es um Erziehung geht.

Mit der Familie als zentralem Kontext ist auch der Hinweis darauf verbunden, dass Armutserfahrungen und soziale Ungleichheit ein ganz relevanter Indikator sind, wenn es um die Bedeutung von Teilhabe und Partizipation geht. Das konnten wir wirklich intensiv erforschen. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben sich daran beteiligt, auch international, als es um die Frage ging, wie es Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie ergangen ist. Sie sehen hier, der Anteil derjenigen, die sich einsam fühlen, der Anteil derjenigen, die sich psychisch belastet fühlen, und der Anteil derjenigen, die Zukunftsangst haben, sind bei denen signifikant höher, die sich um die finanziellen Mittel Sorgen haben, die sie selbst zur Verfügung haben und die ihre Familie zur Verfügung hat.

Der Kontext des Aufwachsens in der Familie als einer, der zentral ist: Wenn es um soziale Kontexte geht, sollte auch noch einmal die Bedeutung elterlichen Handelns in den Blick genommen werden. Ein weiterer zentraler Indikator ist: Das Aufwachsen mit Armutserfahrungen ist nach allem, was wir wissen, relevant dafür, ob Kinder und Jugendliche gute Zugangsmöglichkeiten zu Teilhabe und Partizipation haben.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf die Bedeutung von Bildung eingehen. Bildung ist zentral – nicht nur als politische Bildung –, wenn es um Teilhabe und Partizipation geht. Hier ist die Schule relevant, aber Bildung beschränkt sich nicht auf den Schulunterricht. Die Kinder- und Jugendhilfe, die Kinder- und Jugendarbeit sind auch zentrale Bildungsinstitutionen. Mein Blick ist hier wieder der der Kindheits- und Jugendforscherin; als solche spreche ich zu Ihnen. Wir haben in diesem Peer-to-Peer-Projekt Kinder und Jugendliche auch nach ihren Vorstellungen von Bildung als einem Schlüssel für ein gutes Aufwachsen befragt, das Partizipation und Teilhabe ermöglicht. Ich habe für eine Expertise noch einmal eine vertiefte Auswertung durchgeführt. Hier wird bei den Kindern und Jugendlichen ein etwas anderer Blick deutlich, wenn sie auf Bildung und Bildungsinstitutionen schauen.

Ich möchte nur drei Punkte hervorheben: Sie wünschen sich Beschwerdestellen und Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Bildungssystem. Das halte ich für einen sehr wichtigen Gedanken an dieser Stelle. Sie wünschen sich Bildung als einen Anker in Zeiten von Fake News. Auch das ist etwas, was interessant ist: dass auch junge Kinder das schon ansprechen. Sie verbinden

das Recht auf Bildung auch damit, dass Bildung ihnen Hoffnung in schwierigen Zeiten gibt. „Ohne Hoffnung schafft man es nicht“, das ist die Äußerung eines Kindes im Übergang zur Jugendphase. Bildung ist und bleibt also ein zentraler Indikator. Ich glaube, es ist wichtig, die Schule mit dem, was sie ermöglicht, aber auch mit dem, was sie nicht ermöglicht, noch einmal in den Blick zu nehmen und sich darüber hinaus auch mit den anderen Bildungsinstitutionen zu befassen.

Zum Abschluss sage ich noch einmal: „Ohne Hoffnung schafft man es nicht.“ Ich glaube, das Gewinnen von Kindern und Jugendlichen für unsere Gesellschaft erfordert auch Partizipation und Teilhabe auf allen Ebenen. Hier haben Sie die Literaturliste.

Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Fragerunde

Vorsitzende: Vielen Dank für den Vortrag. Ich glaube, wir konnten schon viel mitnehmen. – Damit steigen wir in die Fragerunde ein. Wir haben es gemeinsam besprochen, und ich habe es eingangs noch einmal erläutert: Die Fraktionen werden jetzt nacheinander Fragen stellen, und dann gibt es eine Antwortrunde. Gegebenenfalls machen wir noch eine zweite Fragerunde und verfahren damit genauso.

Ich gebe zuerst der CDU-Fraktion das Wort. – Ich sehe, Sandra Funken hat sich gemeldet. Bitte schön.

Abgeordnete **Sandra Funken:** Ich habe eine Frage. Sie betonten, dass fehlende Mitbestimmung das Wohlbefinden und das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt. Welche konkreten Projekte sollten Politik und Institutionen aus Ihrer Sicht priorisieren, um eine ernsthafte Beteiligungsstruktur zu schaffen? – Ich erwähne hier kurz das Zitat, das Sie am Anfang gebracht haben. Ihr fehlte, dass jemand sagt: Du bist wichtig und wertvoll. – Aber das alleine ist es nicht. Es geht auch um die Beteiligungsform.

Abgeordneter **Gerhard Bärsch:** Meine Frage – ich habe auch nur eine Frage – geht in eine ähnliche Richtung. Sie haben angesprochen, dass sich viele junge Menschen mehr Beteiligung wünschen. Gibt es Daten dazu, welche Formen der Beteiligung sich die jungen Menschen mehrheitlich wünschen? Sie haben zum Beispiel das Thema „gehört werden“ als einen ganz wichtigen Punkt angesprochen – der es zweifelsohne ist. Es kann aber auch eine frustrierende Erfahrung sein, wenn es dabei bleibt, wenn sich also aus dem „gehört werden“ nichts weiter ergibt, beispielsweise wenn ihr Anliegen zwar ernst genommen wird, aber am Ende aufgrund anderer Faktoren oder aufgrund von Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden kann.

Deswegen die Frage: Wie sehen Sie das? Wie wird das aus Sicht der Kinder und Jugendlichen bewertet?

Abgeordnete **Nadine Gersberg**: Auch ich habe eine Frage. Sie haben aus der „Children’s Worlds“-Studie Aussagen von Kindern zitiert, aus denen hervorgeht, dass Kinder unzufrieden damit sind, wie Erwachsene ihnen zuhören. Vielleicht könnten Sie das noch einmal konkretisieren.

Am Ende haben Sie gesagt, dass Bildung Kindern und Jugendlichen auch Hoffnung geben soll. Vielleicht könnten Sie auch das noch einmal konkretisieren: Wie könnte das aussehen?

Reiner Jäkel: Vielleicht eine Frage ergänzend: Sie haben auf den 17. Kinder- und Jugendbericht verwiesen und gesagt, wir brauchen vertrauenswürdige Systeme und Institutionen. Da ist die Frage: Was wären denn Faktoren, die diese Systeme vertrauenswürdig gestalten, oder was würde es ausmachen, dass sie nicht vertrauenswürdig sind?

Abgeordneter **Felix Martin**: Wir sprechen in der Enquetekommission demnächst auch darüber, wie wir selbst als Gremium Kinder und Jugendliche beteiligen. Bislang haben wir das nur einmal ganz kurz gemacht. Wie müsste das denn aus Ihrer Sicht aussehen, damit eben keine Enttäuschung daraus resultiert, sondern sie sich ernst genommen und wertgeschätzt fühlen?

Abgeordnete **Lara Klaes**: Es gab jetzt schon ähnliche Fragen, aber ich möchte noch einmal vertieft fragen; denn aus dem, was auf den Folien steht, wurde klar, dass sich Jugendliche gern gehört fühlen und bei politischen Entscheidungen gern gefragt werden. Auch das ist ein Thema in der Enquetekommission: Wie kriegen wir es denn hin, Jugendlichen Gehör zu verschaffen? Wie können wir ihnen vermitteln, dass ihre politische Meinung oder ihre Sorgen oder ihre Ängste ernst genommen werden, gerade in diesen Zeiten? Es wurde deutlich, dass sie schon noch Unsicherheiten haben. Wie soll denn ein Dialog mit Jugendlichen aussehen, bei dem es darum geht, politische Entscheidungen nicht nur über Jugendliche, sondern auch mit Jugendlichen zu treffen?

Abgeordnete **Wiebke Knell**: Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage geht ein bisschen in die Richtung der eben gestellten Frage: Wie erreichen wir insbesondere Jugendliche, die von den Institutionen schon enttäuscht sind, die kein Vertrauen in den Staat haben? Gibt es da eine besondere Möglichkeit? Haben Sie da eine Idee?

Die zweite Frage bezieht sich auf das Thema Digitalisierung. Wie bewerten Sie die Rolle von digitalen Tools und Plattformen als Möglichkeiten, sich dort zu beteiligen, wo der Zugang niedrigschwelliger ist und auch unabhängig vom sozialen Umfeld?

Antwortrunde

Vorsitzende: Vielen Dank für die Fragen. – Damit steigen wir in die Antwortrunde ein.

Prof. **Dr. Dr. h.c. Sabine Andresen:** Ich gehe die Fragen der Reihe nach durch. Zu der Thematik „fehlende Mitbestimmung“ und zu der Frage, was man auf der Grundlage der empirischen Ergebnisse der Kindheits- und Jugendforschung sagen kann: Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Partizipation, auf gehört werden, auf einbezogen werden und darauf, bei Entscheidungen ein Gewicht zu haben, muss sich auf allen Ebenen durchsetzen.

Das fängt in den politischen Bereichen an. Daran knüpft, wenn wir auf Jugendliche blicken, auch die Frage an: Wie ist die Position zur Absenkung des Wahlalters? – Das ist ein Aspekt. Das zieht sich vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen hinunter. Es gibt unterschiedliche Wege, wie kommunale Beteiligung funktioniert. Aber ich würde sagen, das ist ein zentraler Ausgangspunkt überall dort, wo Kinder und Jugendliche ihren Alltag verbringen. Das sind die Kontexte, in denen Beteiligungsmöglichkeiten sehr viel konsequenter umgesetzt werden müssen.

Der Ausgangspunkt ist die Familie. Kinder und Jugendliche attestieren ihren Eltern – die Ergebnisse sollten das heute ein bisschen zeigen – eigentlich eine hohe Bereitschaft, sie zu beteiligen, ohne dass sie ihre Erziehungsverantwortung beiseitelegen. Es geht weiter mit der Frage: Welche Möglichkeiten erfahren junge Kinder in Kindertagesstätten, in Schulen, in der Kinder- und Jugendhilfe?

Das ist aber für diejenigen, die das organisieren müssen – ich glaube, es ist wichtig, sich das vor Augen zu führen –, nicht nur mit gutem Willen zu organisieren. Es geht also nicht nur mit der Haltung. Die ist zwar zentral, aber es braucht auch Ressourcen; denn Beteiligung ist aufwendig. Das wissen wir aus unseren eigenen partizipativ angelegten Forschungsprojekten. Das kostet Zeit, das kostet Personal, das erzeugt Rückschläge, und man muss sich auch immer wieder korrigieren. Ich denke, Ihre Beauftragte wird auf der Basis ihrer Ergebnisse auch viel dazu sagen können.

Wenn es um mehr Beteiligung und mehr gehört werden geht, ist für mich wichtig: Gelingt es, in politischen Entscheidungsprozessen, die es vielleicht nicht ermöglichen, Kinder und Jugendliche direkt einzubeziehen, die Verfahren so aufzusetzen, dass das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen, ihre Rechte und Interessen zumindest gleichrangig, wenn nicht vorrangig betrachtet werden? Was bedeutet eine politische Entscheidung für Kinder und Jugendliche, und wo haben wir die Handlungsspielräume für eine echte Beteiligung im politischen Raum überhaupt noch nicht ausgeschöpft?

Es ist richtig: Nur gehört zu werden, reicht nicht aus, ist aber eine zentrale Voraussetzung. Das zeigt aus meiner Sicht eine Reihe von Forschungsergebnissen. Ich betone es deswegen, weil wir auch beobachten, dass es manchmal die Tendenz zu einer Scheinbeteiligung gibt. Erstens ist das nicht aufrichtig und trägt nicht wirklich dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche gehört und einbezogen fühlen, und zweitens erkennen sie das auch. Das ist etwas, was, glaube ich, wirklich

wichtig ist. Aus dem gehört werden müssen Verfahren resultieren. Wenn wir über Beteiligung sprechen, geht es auch um die Frage: Welche Verfahren setzen wir dazu auf? Wie gut sind Kinder und Jugendliche über die Zugänge zu Beteiligungsgremien informiert? Wie transparent sind die Verfahren? Ist klar geregelt, was auf der Basis eines Beteiligungsprojektes tatsächlich möglich ist? – So viel in Kürze dazu. Ich kann es gerne ausführen, wenn Sie mögen.

Was wissen wir darüber, wie Erwachsene besser zuhören können? Ich habe aus meinen Studien und auch aus meinem Engagement in der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs wirklich viel gelernt. Hier gibt es einen zentralen Indikator: Kindern und Jugendlichen, wenn sie mit uns sprechen, erst einmal Glauben zu schenken, statt abzuwehren und zu bagatellisieren, und ihnen Möglichkeiten zu bieten, ganz niederschwellig auch über ihre vermeintlich kleinen Anliegen ins Gespräch zu kommen.

Das ist im Übrigen für den Kinderschutz zentral: Ein Präventionsprojekt wird auf die Dauer scheitern, wenn es darauf angelegt ist, dass sich ein Kind nur dann, wenn es wirklich kritisch wird, jemandem anvertraut. Es muss vorher schon die positive Erfahrung machen: Die erwachsenen Personen hören mir zu, sie nehmen mich ernst – das Ernstnehmen ist ein großes Thema bei uns –, sie haben zwar auch nicht immer gleich eine Lösung, aber sie sagen, sie kümmern sich darum und beziehen mich dann wieder ein, und es gibt ein bestimmtes Verfahren.

In dieser Studie fand ich es aufschlussreich, dass Kinder und Jugendliche auf die Frage, was sie sich von Bildungsprozessen wünschen, geantwortet haben: Es braucht eigentlich überall dort, wo wir sind und wo wir Bildung erfahren sollen, auch Beschwerdestrukturen. – Man muss auch etwas ansprechen können, um aus bestimmten Schicksalssituationen herauszukommen.

Das knüpft auch an die Frage nach der Vertrauenswürdigkeit an. Wir haben letztendlich ziemlich wenig empirische Forschung dazu, nach welchen Kriterien Kinder und Jugendliche Erwachsenen und Institutionen eigentlich Vertrauen schenken. Denn eines ist klar: Kinder und Jugendliche können gar nicht anders, als den sie umgebenden Menschen zu vertrauen. Es ist eigentlich ein Vertrauensvorschuss, den sie uns schenken. Erweisen wir uns dessen als würdig oder nicht? Nach welchen Kriterien wird festgestellt, ob man sich als würdig erweist? Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt.

Also: Gibt es regelmäßig Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten, über damit verbundene Zielsetzungen und auch über Grenzen? Das könnte ein Weg sein, das Vertrauen auch in Institutionen zu stärken. Ich denke, hier ist auch noch einmal die Forschung gefragt: Was wissen wir eigentlich über Vertrauensbildungsprozesse jenseits der Bindungstheorie zum Beispiel? Was wissen wir darüber, wie Kinder und Jugendliche das eigentlich messen? – Ich finde, für Erwachsene ist es wichtig, sich klarzumachen: Die können gar nicht anders. Auch in schlechten Situationen müssen sie der Person, die mehr Kontrolle hat, die die Verantwortung hat, Vertrauen entgegenbringen.

Zu der Beteiligung in Gremien: Ein Gremium wie dieses, das Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene selbst nicht konsequent beteiligt – um es vielleicht sehr deutlich zu sagen –, nutzt die Chance, die in diesem Gremium liegt, vermutlich nicht ganz. Denn wenn Sie die Zielsetzung an

dieser Stelle ernst nehmen, nämlich die Beantwortung der Frage: „Welches Wissen brauchen wir, auch um kritisch auf bisherige Formen zu blicken und um finanzielle Ressourcen effektiv einzusetzen?“ – das ist auch etwas –, ist das Wissen, das Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als Expertinnen und Experten haben, wichtig. Das muss einbezogen werden.

Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit, einen Beirat zu gründen; es gibt die Möglichkeit, ganz regelmäßig Anhörungen durchzuführen. Die müssen dann wahrscheinlich ein bisschen anders aussehen als das, was wir hier haben. Ich würde sagen: Der Dialog mit Jugendlichen ist wirklich zentral. Ich weiß, wie schwierig und wie aufwendig das ist. Aber es lohnt sich. Das ist die Botschaft, die ich an dieser Stelle aussenden möchte. Ich selbst habe als Forscherin viel Kritik von Jugendlichen erfahren. Die haben gesagt: Euer Fragebogen ist Mist. – Die Frage ist, wie sie darauf kommen. Da gemeinsam zu lernen ist etwas, was die Gesellschaft voranbringen kann.

Um noch einmal daran anzuknüpfen: Das Peer-to-Peer-Projekt deutet ein bisschen in die Richtung: Was lernen wir von Kindern und Jugendlichen über dialogische Prozesse? Soll das auf Augenhöhe stattfinden, oder halten die das eigentlich für Quatsch? Finden die es richtig, zu sagen: „Du Erwachsener hast eine bestimmte Verantwortung, die ich nicht habe, und bestimmte Entscheidungen will ich nicht treffen, aber ich will vielleicht meine Meinung dazu sagen“? Da gibt es Erfahrungen, da gibt es Studien, an die angeknüpft werden kann. Nicht jedes Dialogformat passt. Die zentrale Herausforderung ist: Wie gelingt es mir, dass ich auch die Breite der Gesellschaft, die sich bei Kindern und Jugendlichen ebenfalls abbildet, zu erreichen?

Das bezieht sich vielleicht auch auf Ihre zwei Fragen. Ich würde sagen: Gerade die Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, die wenig Zugänge zu guter Qualität in Erziehung, Bildung und Betreuung haben, sollten wir dort aufsuchen, wo wir wissen, dass sie sich aufhalten. Da sollten wir schauen: Welche Beteiligungsmöglichkeiten liegen vor? Wie stärken wir die Fachkräfte? Gibt es überhaupt genug Fachkräfte? Was brauchen Sportvereine, Boxclubs usw., die Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche sind, die im Sozialraum ansonsten wenige Möglichkeiten haben? Ich würde hier also die Sozialraumorientierung betonen. – Das bezieht sich auf die erste Frage von der FDP.

Zu der zweiten Frage: Ja, digitale Tools halte ich für wichtig. Ich glaube, sie eröffnen noch einmal andere Möglichkeiten. Wir sollten schauen, was für Forschungsergebnisse es da bislang gibt. Da gibt es einiges, an das man anknüpfen kann. Das ist interessant, weil wir im Moment diese Debatte haben: Müssen wir die digitale Welt nicht vor den Kindern und Jugendlichen verschließen, zumindest bis sie ein gewisses Alter erreicht haben? Die Perspektive des Kinderschutzes ist hier wichtig. Aber ich glaube, wir müssen hier beides zusammendenken, Zugänge und Teilhabe im digitalen Raum – auch hier sind Kinder und Jugendliche Expertinnen und Experten –, und schauen, welche digitalen Tools das ermöglichen. Das ist eine Ressource, die aber auf den analogen Raum angewiesen bleiben wird. Das zeigen auch die mir bekannten Studien dazu. – So viel in aller Kürze.

Ich hoffe, ich habe jetzt keine Frage vergessen.

Fragerunde

Vorsitzende: Nein, haben Sie nicht. Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. – Es liegen mir nun weitere Wortmeldungen vor. Wir gehen somit in eine zweite Fragerunde.

Prof. **Dr. Ivo Züchner:** Ich habe nur eine kleine Nachfrage, weil ich die Idee der Beschwerdestelle in Bildungseinrichtungen spannend finde. Das ist nichts, was wir schon kennen. Es geht also darum, dass man Kindern nicht nur Rechte gibt, sich zu beteiligen, sondern dass man sie auch in Problemfällen anhört. Welche Ideen stehen hinter einer solchen Beschwerdestelle? Gibt es Experimente bzw. Projekte, in denen so etwas schon gemacht worden ist?

Abgeordnete **Julia Herz:** Ich würde auf das zurückkommen wollen, was Sie zuletzt gesagt haben zu dem Thema „Armut und Beteiligung“. Können Sie vielleicht ein bisschen aus Ihrer Forschung erzählen, wie Sie es geschafft haben, Vertrauen zu diesen Jugendlichen aufzubauen? Sie haben eben angedeutet, dass viele von Institutionen und auch von Erwachsenen schon enttäuscht sind. Wie können wir es seitens der Politik schaffen, dieses Vertrauen im Rahmen eines solchen Beteiligungsprozesses herzustellen?

Nicolas Schmelzer: Da es jetzt auch um Schule und Enttäuschung sowie um Kommunikation ging, habe ich folgende Frage: Der Stadtschüler*innenrat Offenbach hatte gefordert, einen hessischen Musiker in den Lehrplan aufzunehmen. Er hat das öffentlich gefordert, weil es anscheinend keine andere Möglichkeit gab, sich zu äußern. Das Ministerium hat über eine Sprecherin verkünden lassen, dass sie das auf gar keinen Fall für möglich halten. Wie bewerten Sie diesen Vorgang im Hinblick auf Enttäuschung und Beteiligung, und können Sie sich vorstellen, dass das auch anders laufen könnte?

Antwortrunde

Vorsitzende: Frau Andresen, damit gebe ich Ihnen wieder das Wort.

Prof. **Dr. Dr. h.c. Sabine Andresen:** Beschwerdestelle in Schulen: Ich glaube, da stellt es die größte Herausforderung dar. Ich nenne als Beispiel die Grundschulen. Unter dem Gesichtspunkt der Schutzkonzepte ist eigentlich jede Grundschule gehalten, in ihrem Netzwerk eine Fachberatungsstelle zu haben. Es müsste gelingen, alle zwei Wochen einer Fachkraft aus der Fachberatungsstelle einen Raum zur Verfügung zu stellen, das bekannt zu machen und zu sagen: Wer will, kann dorthin kommen, niedrigschwellig, egal, mit welchem Anliegen; das kommt von außen, das ist unabhängig, das findet regelmäßig statt, das bietet die Möglichkeit, die positive Erfahrung

zu machen, dass man gehört wird. – Das ist ein Beispiel. Dazu gibt es auch ein bisschen Forschungsliteratur. Das könnte ein solcher Anknüpfungspunkt sein.

Dann müsste man schauen: Was gibt es für weiterführende Schulen? Was kann eigentlich eine gute Schulsozialarbeit an der Stelle leisten? Was kann sie nicht leisten? – Herr Züchner, ich würde nach solchen Anknüpfungspunkten suchen.

Armut und Beteiligung oder der Mangel an Zugängen und Vertrauensbildung: Als Forscherin würde ich immer sagen – ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass dadurch zumindest die Wahrscheinlichkeit des Gelingens höher ist –, dass möglichst diverse Teams gebildet werden sollten. Es sollte also darauf geschaut werden, dass ein Forschungsteam – oft sind auch Studierende beteiligt – möglichst divers zusammengesetzt ist. Eine Erfahrung grundsätzlicher Natur ist, dass auch das Alter als Differenzkategorie ernst zu nehmen ist. Jüngere Leute finden eher einen Zugang und eine Sprache. Das sollte produktiv, kreativ und offen genutzt werden. Ich finde, das ist zentral, gerade wenn es um die Vertrauensbildung geht. Das würde ich als einen ersten Ausgangspunkt nehmen: Diversität als eine echte Ressource.

Lehrplan: Sie glauben gar nicht, wie viele Rückmeldungen von Jugendlichen wir in der qualitativen Forschung haben, wo es heißt: Ich will doch das Goethe-Gedicht nicht lernen, ich will wissen, wie unsere Sozialgesetzgebung funktioniert; das möchte ich in der Schule lernen. – Der Musiker ist da noch einmal ein ganz anderes Beispiel. Ich finde, es ist erst einmal sehr begrüßenswert, wenn Schülerinnen und Schüler sagen: Wir haben nicht nur eine Idee, sondern auch eine Forderung, und mit dieser Forderung kommen wir raus. – Natürlich müssen alle, die eine Idee einbringen und eine Forderung aufstellen, auch bereit sein, in die Diskussion einzusteigen und sich die Argumente der anderen anzuhören.

Ich kenne den Fall nicht gut genug. Aber ich würde sagen, wenn man es vom Tisch wischt, hat man vielleicht politisch die Chance verpasst, eine Diskussion zu führen. Waren das die Landes- oder die Stadtschulsprecher?

(Nicolas Schmelzer: Der Stadtschüler*innenrat!)

Aus einem legitimierten Gremium heraus so eine Forderung zu stellen, bietet wirklich viele Möglichkeiten, über das konkrete Thema hinaus darüber zu diskutieren: Welche Chancen haben Schülerinnen und Schüler eigentlich, wenn es um den Lehrplan geht? Wo werden sie da gehört? – Alle quantitativen Studien, die ich kenne, die sich auch mit dem Wohlbefinden in der Schule befassen, thematisieren es, dass Schülerinnen und Schüler wenig gehört werden, wenn es um den Lehrplan geht. Es gibt auch Gründe dafür; ich will das gar nicht gegeneinander ausspielen. Natürlich gibt es bestimmte Bereiche, die in den Lehrplan gehören. Aber die Diskussion darüber zu unterbinden beraubt ein solches Gremium der Möglichkeit, eine wirklich produktive Aushandlungserfahrung zu machen.

Fragerunde

Vorsitzende: Dazu hat sich jetzt Kerstin Geis von der SPD gemeldet. Bitte schön.

Abgeordnete **Kerstin Geis:** Ich finde, es ist ein ausgezeichnetes Beispiel, das Sie jetzt hier gebracht haben; denn es ermöglicht nach meinem Dafürhalten eine Nachfrage zu dem Spannungsfeld zwischen Partizipation, Mitbestimmung und Erziehung. Der Musiker, um den es geht, ist Haftbefehl. Die Begründung des Gremiums war, dass sich explizit in Offenbach die Jugendkultur, die Jugendsprache und überhaupt das Leben für Kinder, Jugendliche und junge Menschen so verändert haben, dass sie durch die Musik des Rappers Haftbefehl abgebildet werden, und dass sich in dem Kontext die Möglichkeit bietet, diese Diskussion im öffentlichen Raum zu führen. Das war die Begründung des Stadtschülerrats. Ich habe mich mit dem Fall auch sehr intensiv beschäftigt.

Ich finde, in dem Kontext kommt der Erziehungsauftrag zum Tragen; denn die Inhalte von Haftbefehls Raps sind nicht immer so, wie die Eltern es sich wünschen, bzw. sie sind nicht immer gesetzeskonform. Meine Frage ist, wie Sie in einem solchen Kontext dieses Spannungsfeld zwischen dem Wunsch der Schülerinnen und Schüler und dem Erziehungsauftrag sehen.

Abgeordnete **Lara Klaes:** Passend dazu, aber auch generell, weil in Ihrem Vortrag das Thema „Vertrauen in Institutionen und Personen“ oft vorkam: Ich finde diesen Vorschlag schon spannend. Das hat auch etwas mit einer Vorbildfunktion oder auch mit Repräsentation zu tun. Kinder und Jugendliche, die sozusagen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten kommen, haben zu gewissen Vereinskulturen nicht so den Zugang und sehnen sich dann nach anderen Vorbildern.

Die Frage ist: Könnte man in der Politik versuchen, den Umgang damit zu gestalten, wenn Jugendliche eine Forderung haben oder sich nach der Änderung eines Lehrplans sehnen? Das hat auch etwas mit einer Vorbildfunktion oder mit Repräsentation zu tun. Eine Jugendkultur ändert sich, und durch diese Veränderungen hat man vielleicht wieder das Gefühl: Ich werde gehört, ich werde gesehen. – Vor allem Jugendliche, die aus sozioökonomisch schwächeren Verhältnissen kommen, haben dadurch das Gefühl – es können auch andere Beispiele sein, das Beispiel Haftbefehl ist nur gerade aufgeploppt –, einen Anschluss zu finden an etwas, wo sie gesehen werden, bzw. es mit einer Person zu tun zu haben, die so ähnlich ist wie sie. Wie kann man das sozusagen politisch gestalten?

Antwortrunde

Vorsitzende: Damit gebe ich Ihnen noch einmal das Wort zur Beantwortung.

Prof. Dr. Dr. h.c. Sabine Andresen: Das Spannungsfeld zwischen Beteiligungs- und Partizipationsrechten einerseits und der Verantwortung für die Erziehung andererseits lässt sich nicht wegdiskutieren. Damit müssen wir auch umgehen und immer klären, wer wofür welche Verantwortung hat. Ich habe einen kleinen Hinweis gegeben – das zieht sich unter anderem auch durch die Studien zu digitalen Medien –: Kinder und Jugendliche wünschen sich immer mehr Bildschirmzeit, und viele Eltern versuchen aus guten Gründen, das zu reduzieren. Diese Spannung wird bestehen bleiben, weil hier das Kindeswohl vorrangig anders betrachtet wird und auch betrachtet werden muss. Das kann auch nicht aufgelöst werden. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung. Wenn ich mir die Forschungsergebnisse dazu angucke, stelle ich fest, dass das zentral ist.

Trotzdem würde ich immer sagen: Wer ist in der Pflicht, zu begründen, zu erklären, Informationen zu geben und anzuhören? Das sind diejenigen, die einen Erziehungsauftrag haben. Dieses Spannungsfeld lässt sich nicht durch eine unhinterfragte Rückkehr zur Autorität auflösen, sondern diejenigen, die erziehen, sind in der Verantwortung, ihre Entscheidungen zu begründen – auch eine Entscheidung, die gegen den Vorschlag geht. Aber das setzt voraus, dass man sich überhaupt auf eine Diskussion einlässt und Argumente anhört. Eigentlich ist es die gute demokratische Diskurskultur: Man geht erst einmal davon aus, das Gegenüber könnte auch recht haben, und dann steigt man in die Diskussion ein. Das würde ich an der Stelle sagen. Es bleibt eine Spannung, die uns, denke ich, noch viele Diskussion bescheren wird und auch bescheren muss, wenn wir das an der Stelle ernst nehmen.

Es ist ein großes Thema, das Sie aufmachen. Das ist vielleicht auch etwas, was für die Politik wichtig ist. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sperren die Politik nicht aus. Politikerinnen und Politiker können auch Vorbilder für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sein. Ein politischer Diskurs macht auch etwas mit Kindern und Jugendlichen. Das muss man sich immer wieder vor Augen führen.

Ich hatte in einem Master-Seminar mit meinen Studierenden intensive Diskussionen über die Band Rammstein. Das ist ein anderes Beispiel; da ging es um sexuelle Gewalt. Die einen haben gesagt: „Darüber darf man gar nicht mehr reden, die müssen raus aus der Debatte“, während die anderen Fans geblieben sind. Wie stellen wir uns dem, wenn wir einen Bildungsauftrag haben? Auch das steckt hinter Ihrer Frage: Wie stellt man sich dem? Das kann über ein Verfahren laufen – die Person ist das eine, die Verfahren sind das andere – und einen Vorbildcharakter haben oder richtig schiefgehen.

Vortrag 2

Vorsitzende: Damit kommen wir zu dem nächsten Vortrag. Herr Prof. Theocharis ist uns digital zugeschaltet.

Herr Prof. Theocharis, Sie haben einige Fragen vorab per E-Mail zugesandt bekommen. Wenn die Beantwortung noch in Ihren Vortrag passt, könnten Sie sie mit aufnehmen. Ich schaue ein bisschen auf die Uhr: 20 Minuten Zeit für den Vortrag haben Sie. Dann schauen wir, wie weit wir gekommen sind. Allerdings gibt es nachher noch die große gemeinsame Fragerunde.

Aber jetzt gebe ich Ihnen erst einmal das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Yannis Theocharis: Vielen Dank für die freundliche Einladung. Es ist mir eine große Freude, heute an Ihrer Sitzung teilzunehmen und zu Ihrer Diskussion über die politische Beteiligung junger Menschen beitragen zu dürfen. Ich möchte Ihnen in den nächsten 20 Minuten zeigen, wie sich politische Partizipation verändert hat: von den klassischen institutionellen Formen hin zu neuen, oft digitalen Formen des Engagements. Dabei werde ich aktuelle Daten aus Deutschland vorstellen und aufzeigen, wie digitale Medien das Engagement junger Menschen weltweit prägen.

Beginnen wir mit einer einfachen, aber wichtigen Frage: Was verstehen wir eigentlich unter politischer Partizipation? In den Fünfziger- und Sechzigerjahren war das Verständnis politischer Partizipation sehr eng gefasst, vor allem als Handlungen, die direkt auf Wahlen oder auf die Regierung zielten. Das Modell von Milbrath, das Sie hier sehen, zeigt das sehr gut: unten das Wählen, oben das politische Amt. Demonstrationen oder Streiks galten damals als unpassend oder sogar störend für die Demokratie. Die Partizipation wurde demnach als etwas Geordnetes und Institutionelles verstanden – geordnet über Parteien und Kampagnen. Das ist wichtig; denn es zeigt, das Verständnis von politischer Partizipation hängt immer davon ab, welches Bild vom guten Bürger gerade vorherrscht.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren öffnet sich das Verständnis von Partizipation deutlich. Es ging nicht mehr nur um das Wählen, sondern auch um Kampagnen, Proteste und Boykotte. Forscher wie Verba, Nie, Barnes und Kaase zeigten, dass Beteiligung auch außerhalb klassischer Institutionen stattfinden kann: auf der Straße, in politischen Bewegungen oder in der Gemeinschaft. Damit wurde politische Partizipation pluraler und auch ein Stück konfliktreicher.

In den Neunzigerjahren verlagerte sich die politische Partizipation zunehmend in den Alltag, etwa durch ethischen Konsum, Boykotte oder ehrenamtliches Engagement. Mit dem Aufstieg des Internets und der sozialen Medien kamen neue Möglichkeiten hinzu: Onlinepetitionen, Hashtag-Kampagnen, digitale Proteste. Kritiker wie Evgeny Morozov sprechen in diesem Zusammenhang von „Slacktivismus“, also von einem Wohlfühlaktivismus, der bequem ist, aber nicht immer eine echte Wirkung entfaltet. Wie wir in unserem Buch „Political Participation in a Changing World“ zeigen, ist politische Partizipation heute schwerer zu fassen und zu erkennen als je zuvor.

Der Grund, warum ich einen kurzen Überblick darüber geben möchte, wie Politikwissenschaftler politische Partizipation im Laufe der Jahre verstanden und definiert haben, ist ein wichtiger. Er ist wichtig, weil, wie ich Ihnen mithilfe der nächsten Folien und in meinem Fazit zeigen werde, die Art und Weise, wie Menschen den Sinn, den Wert und den Beitrag unterschiedlicher Beteiligungsformen verstehen, stark beeinflusst, ob sie niedrige Beteiligungen als Zeichen für eine Krise der Demokratie sehen oder als Hinweis auf einen Wandel hin zu neuen, unkonventionelleren Formen der Partizipation. Insgesamt zeigt diese Entwicklung, Partizipation ist kein statisches Konzept. Sie verändert sich mit den Kommunikationsformen, den Werten und mit jeder neuen Generation.

Doch während sich die Formen der Beteiligung verändern, bleibt eines erstaunlich stabil: die Frage, wer sich überhaupt politisch beteiligt. Das „Civic Voluntarism Model“ von Verba, Schlozman und Brady erklärt das sehr einfach und sehr wirkungsvoll: Menschen beteiligen sich nicht, weil sie nicht können, also keine Zeit, kein Geld oder kein Wissen haben; weil sie nicht wollen, also kein Interesse oder kein Vertrauen in Politik haben; oder weil sie niemand fragt, weil sie in keinem Umfeld sind, das politische Teilhabe fördert. Diese drei Faktoren – Ressourcen, Motivation und Netzwerke – bestimmen bis heute, wer sich politisch beteiligen kann und wer nicht.

Wir haben bisher gesehen, was politische Partizipation bedeutet und warum sich manche Menschen beteiligen und andere nicht. Jetzt möchte ich vom Theoretischen zum Empirischen übergehen. Zuerst schauen wir auf die allgemeinen Trends, wie sich politische Beteiligung insgesamt entwickelt hat, dann richten wir den Blick auf Deutschland und schließlich auf die jungen Menschen und darauf, wie sie sich heute engagieren, offline und online.

Hier sehen Sie eine Langzeittrend. Die Wahlbeteiligung ist fast überall auf der Welt rückläufig, auch in Europa. Das ist ein zentraler Indikator für institutionelle Partizipation. Gleichzeitig zeigen aktuelle Umfragen, dass viele Menschen mit der Demokratie unzufrieden, auch in Deutschland, trotz vergleichsweise hoher Werte. Wir sehen also ein klares Muster: Wenn wir beteiligen, geht das oft mit geringerer Zufriedenheit einher.

Schauen wir uns nun Deutschland an: Die Daten stammen aus dem Weizenbaum Report 2025, der verschiedene Formen politischer Beteiligung misst. Wir sehen, Spenden und politischer Konsum bleiben die häufigsten Formen, nehmen aber seit 2021 leicht ab. Aktivere Formen wie das Mobilisieren anderer oder freiwilliges Engagement, gehen ebenfalls zurück. Insgesamt zeigt sich also ein langsamer, aber deutlicher Rückgang der zivilgesellschaftlichen Beteiligung.

Des Weiteren sehen wir, dass gerade die häufigeren Beteiligungsformen, wie Spenden und politischer Konsum, sozial ungleich verteilt sind. Menschen mit höherem Einkommen und Bildung beteiligen sich deutlich stärker. Seit 2022 gibt es zwar einen kleinen Anstieg bei Gruppen mit einem niedrigen Status, aber die Unterschiede bleiben klar sichtbar. Insgesamt zeigt sich, Partizipation in Deutschland nimmt ab, und sie bleibt sozial ungleich verteilt.

Hier sehen Sie klassische Formen politischer Beteiligung: Petitionen, das Kontaktieren von Politikerinnen und Politikern, Demonstrieren und Parteimitgliedschaft. Bei allen diesen Formen zeigt sich ein deutlicher Rückgang. Besonders stark ist der Einbruch bei Petitionen: von über 50 % im Jahr 2019 auf unter 40 % vier Jahre später. Die Teilnahme an Demonstrationen bleibt stabil, aber

niedrig: bei unter 20 %. Die Parteimitgliedschaft ist mit unter 10 % weiterhin die seltenste Form. Insgesamt zeigt sich also eine Abkehr von traditionellen Beteiligungswegen.

Lassen Sie uns nun einen genaueren Blick auf die politische Partizipation junger Menschen werfen. Die folgenden Daten stammen aus einer repräsentativen Umfrage, die wir am Lehrstuhl für Digital Governance der Technischen Universität München in Kooperation mit der Oxford Universität im Oktober und im November 2024 durchgeführt haben. Die Studie untersucht soziale Medien, politisches Engagement und Meinungsfreiheit. Im Folgenden fokussieren wir uns auf die Ergebnisse für die 16- bis 24-Jährigen und die 25- bis 29-Jährigen.

Hier sehen wir die Wahlbeteiligung junger Menschen. Auch wenn die Jüngsten, also die 18- bis 22-Jährigen, etwas seltener wählen, bleibt die Beteiligung insgesamt auf sehr hohem Niveau. Das entspricht auch den offiziellen Statistiken und zeigt, dass Wählen nach wie vor eine der stabilsten Formen politischer Beteiligung ist, besonders unter jungen Erwachsenen in Deutschland.

Hier sehen wir, dass junge Menschen auf ganz unterschiedliche Weise politisch aktiv sind, insgesamt aber auf eher niedrigem Niveau. Am häufigsten sind einfache, wenig zeitaufwendige Formen wie Petitionen oder Boykotte; ihr Anteil liegt jeweils bei 40 %. Bei Aktivitäten in sozialen Medien liegen die Werte etwas darunter: rund 30 %. Politisches Engagement bleibt also selektiv sichtbar, aber meist punktuell.

Diese eher niedrigen Werte, die wir gerade gesehen haben, sind übrigens kein deutsches Phänomen. Wenn wir uns internationale Daten vom Pew Research Center ansehen, stellen wir fest, dass sich da ein ähnliches Bild zeigt. In fast allen Ländern posten die meisten Social-Media-Nutzer und -Nutzerinnen selten oder nie zu politischen Themen. Das ist auch in Deutschland so. Rund drei Viertel der Nutzer halten sich hier zurück.

Bei traditionelleren Formen, wie Parteispenden, Demos oder der Kontakt zu Politikern oder Politikern, sehen wir deutlich niedrigere Werte. Diese klassischen Beteiligungsformen spielen für junge Menschen heute kaum noch eine Rolle. Ihr Engagement ist breiter, aber oft oberflächlicher, eher themenbezogen, digital und spontan.

Meine kanadische Kollegin Shelley Boulianne war so freundlich, mir den Datensatz einer Online-Studie zur Verfügung zu stellen, die sie 2023 mit jungen Menschen in mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, durchgeführt hat. Ich habe sie gebeten, mir diese Daten zur Verfügung zu stellen, damit ich Ihnen zeigen kann, wie sich diese Partizipationstrends in einer Onlinestichprobe darstellen, die in der Regel eher politisch interessierte und engagierte Personen umfasst als eine repräsentative Befragung. Die Daten sind zwar noch nicht veröffentlicht, wurden aber bereits in einem Fachartikel zitiert. Wie Sie sehen, zeigt sich ein sehr ähnliches Muster. Die Werte für die klassischen parteibezogenen Formen der Beteiligung liegen deutlich niedriger als die für lebensstilbezogene Aktionen, Proteste oder Onlineaktivitäten. Ich zeige Ihnen diese Daten, um zu unterstreichen, dass sich die hier beobachteten Trends über verschiedene Datensätze hinweg bestätigen.

Die zentrale Frage bleibt aber: Fördern digitale Medien dieses Engagement, oder verdrängen sie es? Diese Frage ist besonders wichtig, weil soziale Medien die politische Arbeit im Alltag grundlegend verändert haben, sowohl für Vertreter oder Vertreterinnen als auch für Bürger oder Bürgerinnen. Das zentrale Problem politischer Repräsentation war schon immer ein Informationsproblem: Wie wissen Abgeordnete, wen sie vertreten, und wie teilen sie den Bürgern oder Bürgerinnen mit, was sie getan haben?

Früher hatten alle in der Politik zu wenige Informationen. Information ist entscheidend, weil sie das politische Engagement direkt beeinflusst. Heute haben alle zu viele Informationen, und viele Menschen haben sogar falsche Informationen. Aber auch jetzt gilt noch: Information bleibt der Schlüssel zu politischer Beteiligung. Ich kann nicht genug betonen, wie sehr diese Dynamik die Politik auf allen Ebenen verändert hat. Vor dem Aufkommen sozialer Medien war es schlicht nicht möglich, dass alle, die in der Politik tätig sind, ständig miteinander kommunizieren. Natürlich haben sich Politiker und Politikerinnen, Journalisten und Journalistinnen oder Aktivisten und Aktivistinnen auch früher schon ausgetauscht, aber nicht in dieser ständigen, unmittelbaren Weise.

Wie der Journalist Ezra Klein kürzlich bemerkte, waren politische Berater, Aktivisten und Aktivistinnen, Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen im Parlament, Journalisten oder Journalistinnen, Meinungsforscher oder Meinungsforscherinnen oder Politiker oder Politikerinnen zwar derselben Welt, aber sie standen nicht alle gleichzeitig miteinander in direktem Kontakt. Heute ist das anders. Diese ständige Vernetzung verändert die politische Kommunikation tiefgreifend. Selbst diejenigen, die nicht in sozialen Medien aktiv sind, müssen in einem Umfeld arbeiten, das davon geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird in der Forschung darüber diskutiert, ob digitale Medien das politische Engagement eher fördern oder eher schwächen. Einerseits gelten sie als ablenkend, andererseits eröffnen sie neue Zugänge und senken Hürden.

Im nächsten Teil möchte ich daher drei Fragen stellen: Erstens. Wie beeinflussen digitale Medien das Engagement junger Menschen? Zweitens. Welche Formen der Nutzung sind besonders förderlich? Drittens. Wie sind Online- und Offlineengagement miteinander verbunden?

Um diese Fragen zu beantworten, möchte ich mit einem breiteren Blick beginnen, und zwar mit einer Metaanalyse von über 100 Studien, die zwischen 1996 und 2016 durchgeführt wurden und den Zusammenhang zwischen digitalen Medien, jungen Menschen und Partizipation untersuchen. Für diejenigen, die mit dem Begriff vielleicht nicht so vertraut sind: Eine Metaanalyse ist sozusagen eine Studie über Studien. Sie fasst die Ergebnisse vieler einzelner Untersuchungen statistisch zusammen, um zu erkennen, ob sich insgesamt ein einheitliches Muster oder ein Zusammenhang zeigt – in diesem Fall ein Zusammenhang zwischen der Nutzung digitaler Medien und der politischen Beteiligung junger Menschen.

Insgesamt umfasst diese Analyse über 85.000 Befragte aus mehr als 35 Ländern, wobei die meisten Studien aus den USA, China, Kanada und Schweden stammen. Besonders interessant ist, dass sich diese Analyse ausschließlich auf junge Menschen konzentriert, also auf Personen im Alter von etwa 15 bis 35 Jahren. Verglichen wurden verschiedene Dimensionen der Medienutzung, etwa die Onlinezeit, die politische oder nicht politische Nutzung sowie das Verhältnis

zwischen Online- und Offlinepartizipation. Dabei wurden zwei konkurrierende Hypothesen getestet: erstens die Gateway-Hypothese, die besagt, dass Onlineaktivitäten ein Einfallstor für Offlineengagement sein können, und zweitens die Spillover-Hypothese, die davon ausgeht, dass Menschen, die sich offline bereits engagieren, auch online aktiver sind.

Was zeigen die Ergebnisse nun? Über alle Studien hinweg waren rund 80 % der Zusammenhänge positiv. Das heißt, Jugendliche, die digitale Medien nutzen, zeigen mehr politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, nicht weniger. Aber nicht jede Form der Nutzung hat den gleichen Effekt. Eine allgemeine Internetnutzung, also einfach online sein, chatten und surfen, hat kaum einen Einfluss, wie man hier rechts sieht. Wenn junge Menschen das Internet jedoch gezielt nutzen, also Nachrichten lesen, Kampagnen verfolgen oder über Themen diskutieren, ist der Effekt bereits deutlich stärker. Das heißt, wer sich online informiert oder austauscht, ist auch insgesamt politisch interessierter und aktiver. Wenn sie aktiv teilnehmen, also Petitionen unterschreiben, spenden und mitdiskutieren, wird der Zusammenhang mit dem Offlineengagement besonders stark. Mit anderen Worten: Wer sich online engagiert, beteiligt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch offline, etwa bei Wahlen oder in Initiativen. Schließlich fanden nur etwa 3 % der Studien signifikant negative Effekte. Das heißt, die Befürchtungen, dass digitale Medien jungen Menschen politisch schaden, sind stark übertrieben.

Zum Abschluss lässt sich sagen: Online- und Offlineengagement stehen nicht im Widerspruch zueinander. Sie ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Wer sich online einbringt, ist häufig auch offline aktiv und umgekehrt.

Interessanterweise zeigen viele Studien, dass ein Offlineengagement oft der Ausgangspunkt ist. Das bedeutet, digitale Medien können politische Beteiligung sichtbarer und vielfältiger machen, aber sie schaffen sie nicht aus dem Nichts.

Entscheidend bleibt also, ob Interessen und Motivation vorhanden sind und ob junge Menschen das Gefühl haben, dass sich Mitmachen lohnt. Deshalb sollten wir digitale Räume nicht als Gefahr, sondern als Chance begreifen, um junge Menschen zu erreichen und zu aktivieren. Politische Bildung, Schulen und Familien können dabei eine zentrale Brücke schlagen, indem sie Orientierung geben und Beteiligung fördern.

Diese Ergebnisse führen uns zu einer alten Frage zurück: Befindet sich die Demokratie in einer Krise oder in einem Prozess der Transformation? Wie wir gesehen haben, bleibt die Wahlbeteiligung junger Menschen in Deutschland im internationalen Vergleich relativ hoch. Das ist bedeutsam; denn Wählen ist das Fundament der Demokratie. Vergleichende Studien zeigen, dass jungen Menschen in Deutschland häufiger wählen als ihre Altersgenossen in anderen europäischen Ländern.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen: Auch wenn das Wählen eine zentrale Form demokratischer Beteiligung ist, handelt es sich um eine Low-Information-Aktivität, also um eine Beteiligungsform, die Parteien und Vertreter oder Vertreterinnen nur begrenzt darüber informiert, was die Menschen wirklich wollen, da sie nur alle paar Jahre stattfindet. Andere Formen der Beteiligung, die üblicherweise deutlich mehr Rückmeldung geben, welche Themen und Anliegen die

Bürger und Bürgerinnen bewegen, etwa parteibezogene oder institutionelle Aktivitäten, bleiben dagegen sehr gering ausgeprägt.

Digitale Formen der Beteiligung gewinnen für junge Menschen an Bedeutung, sind aber insgesamt noch wenig verbreitet, besonders im Vergleich zu Ländern wie den USA. Dieser Rückgang parteibezogener Aktivitäten bei gleichzeitigem Anstieg expressiver digitaler Formen der Beteiligung deutet auf einen klaren Wandel hin. Wenn wir Demokratie vor allem über diese traditionellen Formen, also Parteien, Wahlkämpfe oder institutionelle Beteiligung, definieren, stellen wir fest, dass die Partizipation tatsächlich rückläufig zu sein scheint. Wenn wir jedoch auch neue, flexiblere und digitale Formen des Engagements berücksichtigen, erkennen wir möglicherweise eine Transformation in Richtung stärker ausdrucksorientierter, kreativer Formen von politischer Beteiligung, die jungen Menschen das Gefühl geben, eine Stimme zu haben und etwas bewirken zu können.

Eines ist jedoch klar: Soziale Medien allein werden das Problem nicht lösen. Politisches Engagement entsteht dort, wo Vertrauen, Wirksamkeit und Zugehörigkeit vorhanden sind, wo Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme wirklich zählt. Die digitale Partizipation kann neue Wege eröffnen, aber die Demokratie muss trotzdem einladen, mitzumachen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Antworten auf vorab eingereichte Fragen

Prof. **Dr. Yannis Theocharis:** Ich habe drei Fragen von den GRÜNEN, sieben von der CDU, drei von der FDP und eine von der AfD erhalten. Ich beantworte sie in der Reihenfolge, in der sie eingegangen sind, und ich werde Ihnen danach alle Antworten schriftlich zur Verfügung stellen. Ich werde die Fragen der Reihe nach vorlesen und jeweils direkt im Anschluss beantworten. Sollte es darüber hinaus weitere Fragen geben, schicke ich Ihnen die Antworten sehr gerne im Anschluss an die heutige Sitzung schriftlich zu.

Die ersten drei Fragen kommen von den GRÜNEN. Sie haben mich gefragt, welche konkreten Empfehlungen ich aus meinen Ergebnissen ableite, wie sich also die Erkenntnisse über digitales und analoges Engagement in der praktischen Arbeit mit jungen Menschen umsetzen lassen. Zunächst ist es wichtig, das Onlineengagement junger Menschen ernst zu nehmen und nicht als „Slacktivismus“ abzutun. Was junge Menschen online machen – Inhalte teilen, kommentieren oder diskutieren –, ist für viele der erste Schritt zur politischen Beteiligung. Für manche bleibt das digitale Umfeld der einzige Ort, an dem sie sich äußern. Für andere kann es ein Sprungbrett zu einem weiteren Engagement werden, das auch offline stattfindet.

Deshalb sollten Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Akteure digitale Räume gezielt aufsuchen, um junge Menschen dabei zu unterstützen, ihre Onlineaktivitäten zu reflektieren und in demokratische Prozesse zu übersetzen, etwa durch Formate, die digitale Diskussionen mit realen Beteiligungsmöglichkeiten verbinden. Ein Beispiel dafür ist die frühe Nutzung von Meta in den USA, als Menschen, die sich online fanden, offline in lokalen Gruppen aktiv wurden.

Damit komme ich zu einer Frage der CDU, die sich ebenfalls auf Strategien zur Förderung von Engagement bezieht, insbesondere auf den Einsatz von Influencerinnen und Influencern. Akteure der politischen Bildung sollten die Menschen direkt einbinden, die in diesen digitalen Räumen bereits sichtbar und einflussreich sind, also Influencerinnen und Influencer, aber auch Mikroinfluencer in bestimmten Themenfeldern.

Das ist aber keine neue Idee. Schon in den 1950er-Jahren sprach man vom „two-step flow of communication“: Informationen verbreiten sich über Meinungsführer, die sie dann in ihre Gemeinschaften tragen. Heute bieten Plattformen wie TikTok oder Instagram die technische Grundlage, um diese Mechanismen für demokratische Zwecke zu nutzen. Entscheidend ist, dass dies glaubwürdig geschieht und dass sich junge Menschen ernst genommen und nicht instrumentalisiert fühlen. Authentizität spielt dabei eine zentrale Rolle. Wenn Kampagnen gezwungen oder unauthentisch wirken, kann das leicht nach hinten losgehen, etwa wenn politische Akteure versuchen, jugendliche Kommunikationsformen zu imitieren. Solche Versuche wirken schnell unnatürlich und können Distanz statt Nähe erzeugen.

Zweite Frage. Sie haben mich gefragt, wie man junge Menschen gezielt dazu ermutigen kann, Medien aktiv für politische Beteiligung zu nutzen, und welche Formate oder Angebote sich dafür besonders eignen. Ich kann diese Frage anhand von Forschung beantworten, bei der untersucht wurde, welche Formate besonders wirksam sind. Studien zur Mobilisierung sozialer Bewegungen zeigen, dass es entscheidend ist, den Wunsch junger Menschen nach Selbstausdruck aufzugreifen. Eine vielversprechende Strategie besteht also darin, ihnen politisches Material an die Hand zu geben, das sie mit ihrer eigenen Stimme füllen können, zum Beispiel ein visuelles oder inhaltliches Frame, das sie übernehmen und mit ihren eigenen Botschaften oder Themen erweitern können. Das gibt jungen Menschen das Gefühl, wirklich gehört zu werden, und erhöht zugleich die Reichweite der Botschaften.

Natürlich ist das im digitalen Raum auch mit Risiken verbunden. Manche greifen solche Vorlagen auf, verwenden sie oder machen daraus Memes. Dazu gehört zur Logik sozialer Medien. Aber genau das ist auch ein Teil digitaler Partizipation: ein gewisser Kontrollverlust, der notwendig ist, wenn Beteiligung authentisch und lebendig sein soll.

Sie haben mich gefragt, wie wir Kinder und Jugendliche erreichen können, die nicht über die notwendigen Ressourcen, die Motivation oder die Netzwerke verfügen, um sich politisch zu beteiligen. Das ist eine sehr wichtige Frage. Ich glaube, soziale Medien bieten tatsächlich eine gute Möglichkeit, gerade die Jugendlichen zu erreichen, die nicht automatisch über Ressourcen, Motivation und Netzwerke verfügen. Ein Befund – den ich in meiner Präsentation aus Zeitgründen nicht zeigen konnte – ist, dass soziale Medien einige klassische Beteiligungsungleichheiten verringern können. Wir wissen, dass viele junge Menschen aus weniger privilegierten sozialen Gruppen dort sehr aktiv sind. Damit ist zumindest eine große Hürde, also der Zugang zu Informationen und Ressourcen, deutlich niedriger geworden.

Deshalb sollte man soziale Medien gezielt nutzen, um an den beiden anderen Punkten anzusetzen, also an der Motivation und daran, dass viele einfach nie gefragt werden. Wenn man Jugendliche über soziale Medien mit politischen Netzwerken oder Projekten in Kontakt bringt, kann man

auch ihr Gefühl stärken, dass ihre Stimme zählt. Ich glaube, das gelingt am besten, wenn man nicht versucht, sie sofort in Parteien oder feste Strukturen einzubinden, sondern Themen nutzt, die für sie selbst wichtig sind. Wichtig ist es dabei, zu verstehen, dass soziale Medien für viele junge Menschen gerade deshalb so attraktiv sind, weil sie flexible Formen der Beteiligung ermöglichen und weil sie eher horizontale Verbindungen zu anderen schaffen, statt vertikale zu Institutionen wie Parteien oder zu staatlichen Stellen.

Die erste Frage von der CDU: Sie haben mich gefragt, ob sich Formen von Protest und Boykott durch die Nutzung sozialer Medien verändert haben, ob also digitale Kommunikation das Protestverhalten heute anders prägt als früher. Ja, das Protestverhalten hat sich in mehrfacher Hinsicht verändert. Ein Aspekt ist dabei besonders wichtig: Soziale Medien haben die Organisation von Protesten grundlegend verändert. Früher waren Proteste meist nur mit der Unterstützung formaler Organisationen möglich, etwa durch Gewerkschaften oder Verbände, die ihre Mitglieder mobilisierten und auf die Straße brachten. Heute können große Demonstrationen über soziale Medien von wenigen engagierten Personen initiiert werden, ganz ohne institutionellen Rückhalt oder große Ressourcen.

Das gilt auch für Boykotte. Sie müssen nicht mehr langfristig geplant oder zentral organisiert sein. Oft entstehen sie spontan durch Hashtag-Kampagnen. Das war zum Beispiel der Fall, als viele Nutzerinnen und Nutzer beschlossen, Twitter nach der Übernahme durch Elon Musk zu boykottieren. Das ist eine zentrale Veränderung kollektiven Handelns: Organisationen bleiben wichtig, aber Menschen können sich heute deutlich schneller und flexibler mobilisieren, ganz ohne feste Strukturen.

Sie haben mich gefragt, warum sich Menschen nicht politisch beteiligen, obwohl heute fast alle jungen Bürgerinnen und Bürger Zugang zu digitalen Geräten und zum Internet haben, wie also dieser Mangel genau zu verstehen ist. Die klassische politikwissenschaftliche Forschung zeigt sehr deutlich, dass Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status seltener politisch aktiv sind. Wenn ich von „Ressourcen“ spreche meine ich damit Zeit, Geld, Bildung und sogenannte Civic Skills, also bürgerschaftliche Fähigkeiten. Menschen mit weniger Ressourcen haben oft weniger Zeit, sich zu informieren oder an politischen Treffen teilzunehmen, weniger Geld, um sich an Kampagnen zu beteiligen oder überhaupt zur Protestveranstaltung zu fahren, und geringere Kompetenzen, um komplexe politische Zusammenhänge zu verstehen oder ihre Meinung öffentlich zu äußern.

Das gilt natürlich für die Bevölkerung insgesamt. Bei jungen Menschen sehen wir aber, dass neben dem sozioökonomischen Status psychologische und soziale Faktoren entscheidend sind, wozu insbesondere das Gefühl zählt, dass die eigene Stimme etwas bewirkt. Eine Rolle spielt auch, ob jemand sie aktiv eingeladen hat, sich zu äußern. Auch dass heute fast alle jungen Menschen Zugang zu digitalen Geräten haben, führt nicht automatisch zu mehr Beteiligung. Information allein reicht nicht aus, und einfache Information wirkt anders als politische Information. Man kann die ganze Welt der Informationen im Handy haben, aber wenn das Gefühl fehlt, dass die eigene Stimme zählt, wird man sich kaum beteiligen, selbst wenn man zufällig auf politische Inhalte stößt.

Sie haben noch einmal aus psychologischem Interesse gefragt, insbesondere wie die demokratische Mitte ein ähnliches Maß an Aufmerksamkeit und Beteiligung erzeugen kann wie populistische Akteure, ohne dabei auf deren Methoden zurückgreifen zu müssen. Das ist auch eine sehr wichtige Frage. Um sie zu beantworten, sollten wir den Blick aber nicht nur auf die emotionalen oder psychologischen Mechanismen richten, die populistische Akteure erfolgreich einsetzen, sondern auch auf die technische Infrastruktur, die dies überhaupt erst möglich macht. Unterschiedliche Plattformen funktionieren nach unterschiedlichen Logiken. TikTok wird durch Viralität angetrieben, YouTube folgt stärker einem Monetarisierungsmodell für Content Creators.

Aber die meisten dieser Systeme belohnen algorithmische Inhalte, die emotional, polemisch oder polarisierend sind. Solche Inhalte verbreiten sich also nicht deshalb schneller, weil sie beliebter sind, sondern weil die Plattformen sie sichtbarer machen. Genau deshalb ist Transparenz vonseiten der Plattformen so wichtig. Damit wir als Forschende verstehen können, wie diese Dynamiken tatsächlich funktionieren, brauchen wir Zugang zu den Daten, einen Zugang, den die Unternehmen nach dem Digital Services Act eigentlich gewähren müssen. Hier sind Sie als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber gefragt, darauf zu dringen, dass das auch wirklich geschieht.

Hier möchte ich etwas ergänzen, das für Sie, glaube ich, besonders relevant ist. Meine eigene Forschung zeigt sehr deutlich, dass die große Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer negative oder feindselige politische Inhalte nicht mag. Sie bewerten auch die Personen, die solche Inhalte posten, systematisch negativer. Das Problem ist aber: Diese Akteure verfügen häufig über kleine, aber hoch engagierte Onlinegemeinschaften. Diese Gruppen sind sehr effektiv darin, emotionale Botschaften so zu verbreiten, dass sie von den Algorithmen aufgegriffen und dadurch überproportional stark verbreitet werden. Da diese Verstärkung in der technischen Logik der sozialen Medien verankert ist, ist es für gemäßigte Stimmen schwer, dieselbe Reichweite zu erzielen.

Aber man kann hier einiges aus den USA lernen, wo dieses Ungleichgewicht sehr sichtbar ist. Politiker wie Pete Buttigieg setzen auf eine sachliche, faktenbasierte Kommunikation, während andere wie Gavin Newsom den schnellen, provokativen Stil von Donald Trump bewusst spiegeln und damit erstaunlich erfolgreich sind. Wenn Sie sich deren Profile auf TikTok oder Instagram ansehen, erkennen Sie sofort, was ich meine.

Ich meine, gehört zu haben, dass es am Anfang nur drei Fragen pro Fraktion gibt. Ich gehe also direkt zu den Fragen der Freien Demokraten weiter. Wenn wir Zeit haben, kann ich am Schluss gern die drei anderen Fragen der CDU beantworten.

Sie haben mich gefragt, inwieweit niedrighschwellige digitale Beteiligungsformate, etwa von Kommunen oder Landesbehörden, das Engagement junger Menschen sinnvoll fördern können, ohne dabei in reine Symbolpolitik zu verfallen. Politische Aktivitäten online zu organisieren, auch wenn sie niedrighschwellig sind, ist wichtig, weil gerade politische Onlineaktivitäten als Gateway zu weiterem, auch analogem Engagement wirken können. Low-Cost-Aktivitäten holen, weil die Einstiegshürden niedrig sind, Menschen ab, die sich sonst gar nicht beteiligt hätten.

Wenn die erste Hürde der Beteiligung, also der Zugang, überwunden ist und die zweite, nämlich dass man überhaupt eingeladen wird, durch die Organisation eines Events entfällt, bleibt noch

die dritte Barriere: zu zeigen, dass die Beteiligung Wirkung hat. Zum Beispiel könnten Jugendliche zuerst über eine Onlinekampagne mit anpassbaren Inhalten auf sozialen Medien ihre Stimme einbringen. In einem zweiten Schritt könnten sie zu Workshops oder Dialogen in der Kommune eingeladen werden. Wenn die Kommune dann ihre Vorschläge sichtbar aufgreift und Rückmeldungen gibt, sehen junge Menschen, dass ihre Teilnahme etwas bewirkt hat. Genau das motiviert zu weiterem Engagement.

Sie haben mich gefragt, welche konkreten politischen Maßnahmen auf der Landesebene ich für geeignet halte, um politisch interessierte junge Menschen besser zu erreichen und einzubinden. Das ist natürlich eine schwierige Frage für jemanden, der nicht direkt in der Politik arbeitet. Aber aus Forschungssicht gibt es einige Ansätze, die sinnvoll erscheinen. Um junge Menschen besser zu erreichen, sollte man lokal ansetzen, also dort, wo ihr Alltag stattfindet. Eine Idee wäre, Mikroförderprogramme aufzulegen, mit denen Schulklassen, Jugendgruppen oder Studierende eigene Projekte zu Themen, die sie selbst wählen, umsetzen können.

An meiner Universität, im TUM Think Tank, sehen wir, wie gut solche studentischen Initiativen funktionieren. Die Teilnehmenden entwickeln eigene Formate, wie Demokratie-Hackathons, bei denen sie digitale Lösungen für lokale Probleme finden oder Fragen zu KI-Datennutzungen beantworten, oder sie gestalten öffentliche Räume wie Parks gemeinsam neu, wenn diese für Jugendliche nicht mehr funktionieren. Andere Projekte reichen vom Anlegen von Straßengärten bis zu kleinen Initiativen, die älteren Menschen helfen, das Internet besser zu verstehen. Manches davon lässt sich auch komplett digital umsetzen, etwa über virtuelle Bürgerversammlungen. Solche Projekte sind einfach, aber sehr wirkungsvoll. Sie fördern Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Gemeinschaft, und sie zeigen der Politik gleichzeitig, was junge Menschen wirklich wichtig finden.

Sie haben mich gefragt, wie verhindert werden kann, dass durch die zunehmende digitale Beteiligung neue Formen sozialer Ausgrenzung entstehen, etwa bei Jugendlichen ohne digitalen Zugang oder mit einer geringeren Medienkompetenz. Ich würde sagen, die digitale Partizipation ist eigentlich unsere beste Chance, die soziale Exklusion junger Menschen zu verhindern; sie ist nicht die Ursache von Exklusion. Gerade weil digitale Technologien niedrighschwellig und kostengünstig sind, haben sie das Potenzial, fast alle einzubeziehen. Bei Jugendlichen würde ich mir, ehrlich gesagt, um die digitale Kompetenz weniger Sorgen machen; Sorgen machen würde ich mir eher bei den älteren Generationen.

Das eigentliche Problem ist, dass nicht alle automatisch politisch interessiert sind. Deshalb geht es, wie ich schon erwähnt habe, darum, Wege zu finden, junge Menschen einzuladen und ihnen zu zeigen, dass ihre Stimme zählt. Influencerinnen und Influencer können hier eine Rolle spielen, aber auch NGOs, die zu Themen arbeiten, die jungen Menschen wichtig sind, etwa Klima, Diversität oder Digitalisierung. Außerdem können innovative Lern- und Beteiligungsplattformen helfen, Demokratie auf neue Weise erfahrbar zu machen.

Ein Beispiel ist die Plattform InstaClone meiner Kolleginnen und Kollegen an der TUM, die die Funktionsweise von Instagram nachbildet, um zu zeigen, was im Hintergrund sozialer Medien

passiert. Über integrierte Dashboards können Nutzende sehen, wie Daten gesammelt und verarbeitet werden – ein Blick hinter die Kulissen. Man könnte sich gut vorstellen, etwas Ähnliches für politische Prozesse zu entwickeln – eine Plattform, die zeigt, wie Demokratie funktioniert: interaktiv, transparent, nah an der Lebenswelt junger Menschen.

Die letzte Frage kommt von der AfD. Sie haben gefragt, ob ich vor dem Hintergrund meiner Forschung, die zeigt, dass die Befürchtungen im Hinblick Onlineradikalisierung und Fake News oft übertrieben sind, starke staatliche Eingriffe, etwa das NetzDG, für notwendig und geeignet halte oder ob solche Maßnahmen den digitalen Raum für die politische Teilhabe gerade junger Menschen eher einengen. Das ist eine sehr wichtige und komplexe Frage, bei der ich drei eng miteinander verbundene Aspekte sehe: erstens die Wirkung von Desinformation, zweitens die Rolle der Regulierung, also das NetzDG und der Digital Services Act, und drittens mögliche Auswirkungen auf die Beteiligung junger Menschen.

Erster Punkt: Desinformation. Die öffentliche Debatte über Fake News ist oft stärker von Sorgen geprägt, als es die Ergebnisse der Forschung rechtfertigen. Zwar ist Desinformation weitverbreitet, ihre Wirkung konzentriert sich jedoch auf eine kleine Gruppe von Menschen, die ohnehin geneigt sind, solche Inhalte zu glauben. Die große Mehrheit ändert ihre politische Haltung nicht einfach aufgrund einzelner Falschinformationen. Stabile Einstellungen, besonders parteipolitische Bindungen, schützen davor.

Zweiter Punkt: Regulierung. Das frühere NetzDG war gut gemeint, wurde aber wegen unklarer Formulierungen und des Risikos übermäßiger Löschungen kritisiert. Mit dem neuen Digitale-Dienste-Gesetz sind wir auf einem besseren Weg. Es betont Transparenz, Nachvollziehbarkeit und das Vermeiden von pauschalen Löschungen. Aus demokratischer Sicht schafft es ein wichtiges Gleichgewicht zwischen Strafverfolgung und Meinungsfreiheit.

Dritter Punkt: Beteiligung. Übertriebene Angstnarrative können sogenannte Abschreckungseffekte auslösen. Mit anderen Worten. Sie können dazu führen, dass Menschen aus Vorsicht davon absehen, etwas zu posten. In unserer Umfrage aus dem Jahr 2024 gaben 32 % der 18- bis 29-Jährigen an, dass sie aus Angst vor negativen Reaktionen darauf verzichtet hätten, etwas zu posten. Gleichzeitig zeigt die Studie aber auch, die meisten Menschen wünschen sich ein Gleichgewicht, bei dem ihnen die freie Meinungsäußerung ermöglicht wird, aber klare Grenzen bei rechtswidrigen Inhalten gezogen werden, etwa bei Hassrede oder Aufrufen zur Gewalt. Deshalb sind transparente Regeln und ein vertrauenswürdiges digitales Umfeld so wichtig.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir brauchen gezielte, rechtlich fundierte Maßnahmen gegen illegale Inhalte, kombiniert mit Transparenz und klarer Kommunikation. So können wir den digitalen Diskursraum schützen, ohne die Beteiligung insbesondere junger Menschen einzuschränken.

Wenn ich noch Zeit habe, kann ich gern die letzten drei oder vier Fragen der CDU-Fraktion beantworten. Aber Sie sagen mir Bescheid.

Vorsitzende: Vielen Dank, auch für die Beantwortung der Fragen. – Ich habe schon kurz mit der Kollegin von der CDU Rücksprache gehalten. Sie waren so nett, uns die Antworten auf die Fragen schriftlich zur Verfügung zu stellen. Dann würden wir das ins Protokoll mit aufnehmen.

Ich blicke auf die Uhr und schlage vor, dass wir, bevor es live weitergeht, eine viertelstündige Pause machen.

Vielen, vielen Dank für die Vorträge, die bis jetzt gehalten worden sind. Von Frau Prof. Andresen verabschieden wir uns jetzt. Vielen Dank, dass Sie den Weg hierher gefunden haben, und für den Vortrag. Danke sehr.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:55 bis 12:10 Uhr)

Vorträge 3 und 4

Vorsitzende: Nach einem kurzen Umbau gebe ich nun Herrn Prof. Hafeneger das Wort für seinen Vortrag. Danach kommt Frau Grendel an die Reihe, und anschließend machen wir die gemeinsame Fragerunde.

Damit gebe ich dem Redner das Wort. Bitte schön.

Prof. **Dr. Benno Hafeneger:** Danke für die Einladung, die ich gerne angenommen habe. Ich möchte 14 Anmerkungen machen, aber mehr zu einem Zusammenhang von Partizipation und Demokratie. Ich will also nicht nur auf Partizipation oder Teilhabe bzw. Beteiligung – ich nehme diese Begriffe synonym – im engeren Sinn eingehen, sondern immer auch im Kontext von Demokratie und Demokratieentwicklung.

Vorweg will ich aber auf einen Punkt eingehen, der an die Ausführungen von Sabine Andresen anschließt. Ich habe gerade die Evaluation eines auf sieben Jahre Laufzeit angelegten Projektes des Jüdischen Museums Frankfurt abgeschlossen. Es wurden damit sehr viele Grundschulklassen und sehr viele Berufsschulklassen erreicht. Die Schülerinnen und Schüler haben eine ganze Woche lang im Jüdischen Museum an Modulen teilgenommen, und vier Wochen nach den Modulen, die jeweils eine Woche dauerten – also nach einem längeren Zeitraum –, haben wir in Kooperation mit den betreffenden Schulen die Kinder und Jugendlichen interviewt und sie gefragt, woran sie sich erinnern. Das ist eine spannende Wirkungsforschungsfrage. Das könnte man auch für die Schule insgesamt machen: An was erinnert man sich eigentlich, wenn man die Schule oder das Schuljahr hinter sich hat? Was ist hängen geblieben?

Eine Frage war, wie ihre Erinnerungen an die Erwachsenen waren, die für die Durchführung der Module zuständig waren. Das waren sowohl Lehrerinnen und Lehrerinnen als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jüdischen Museums. Eine große Überschrift war – so haben wir auch unsere Publikation genannt –: „Sie haben immer zugehört“. Es geht also um das, was wir eben

hatten, um diese basalen Dimensionen: sich zurückzunehmen als Erwachsener, als Politiker, als Lehrerin, und zuzuhören. Der zweite Punkt war schon in ein Substantiv übersetzt: „Geduld haben“. Im Prinzip also: Wir hätten Geduld gehabt und hätten zugehört.

Dies sozusagen als pädagogische Anmerkung für generative Verhältnisse: Immer, wenn Erwachsene mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, für sie zuständig sind, mit ihnen arbeiten – professionell oder ehrenamtlich –, geht es um diese Dimension des Zuhörens und Geduldhabens. Ich glaube, am Ende all der Runden, die Sie machen, werden Sie feststellen, dass ein paar zentrale Dimensionen immer wieder vorkommen: zuhören, Geduld haben, die Kinder ernst nehmen, sie zur Sprache kommen lassen und die Frage, wie wir das fördern können. Diese basale Subjektperspektive auf die junge Generation einzunehmen, wird, glaube ich, ein zentrales Ergebnis sein.

Wir haben das dann in die Erwachsenenkultur übersetzt. Ich habe das mit zwei Begriffen umschrieben. Wenn Erwachsene mit Kindern und Jugendlichen umgehen – pädagogisch, jugendpolitisch, in der Kommunikation insgesamt –, müssen sie interessant und interessiert sein. Eine dritte Dimension gehört dazu: Sie müssen kompetent sein. Das sind Angebote an die junge Generation, die aufgenommen werden: Sind das interessante Erwachsene? Wie leben sie ihr Erwachsenenleben? Was sind das für Figuren? Wie gehen die mit ihrem Leben um? – Erwachsenwerden wird schließlich gelernt. Man wird auf Gedeih und Verderb erwachsen, aber wie man erwachsen wird, wird gelernt, auch durch die Erwachsenen, die man kennenlernt: Ist das ein interessanter Erwachsener? Ist das ein interessierter Erwachsener? Ist er zugewandt? Hört er zu? Lädt er mich in dialogische, spannende Prozesse ein? Ist der Erwachsene kompetent? Hat er mir etwas zu sagen? Bringt er mich – so könnte man es salopp formulieren – weiter?

Das sind ein paar basale Erkenntnisse aus unserem sieben Jahre laufenden Projekt, und das zeigen auch alle anderen pädagogischen Projekte. Ich glaube, es wird auch eine zentrale Erkenntnisdimension am Ende der Enquetekommission sein, wie man das dann formuliert und wie man es politisch gestaltet, möglicherweise indem man Ressourcen zur Verfügung stellen will, muss oder kann – wie auch immer. Aber das nur vorweg. Das ist jetzt nicht mein Thema.

14 Anmerkungen zu dem Thema „Mehr Demokratie und Partizipation“, wobei mit drei Anmerkungen zunächst einmal ein eher allgemeiner Rahmen abgesteckt wird:

Erstens. Wenn man es gesellschafts- und jugenddiagnostisch betrachtet, muss man sich zunächst einmal ganz banal vergegenwärtigen, dass wir es mit Jugendlichen und mit Kindheiten zu tun haben. Über wen reden wir? Es geht immer um den Plural. Wir haben die Kindheit und die Jugend zwar sozusagen rechtlich konturiert, aber wir haben es hier mit einer bunten Mischung zu tun, wie die Jugendberichte der letzten Jahre zeigen. Da heißt es, Kindheit und Jugend seien bunt, plural, individualistisch, pragmatisch, heterogen, fragmentiert, digital, rebellisch, gespalten usw. Wenn man über Jugendzeit und Kindheit und über Partizipation redet, muss man sich diese Pluralität immer mit vergegenwärtigen.

Das gilt auch für die Partizipationslandschaft. Die Partizipationslandschaft ist genauso bunt und breit wie die Jugendlichen selbst. Das muss man sich vergegenwärtigen. Eine solche Buntheit, eine

solche Pluralität bei Kindheit und Jugend auch in der Partizipationslandschaft – ich glaube, es ist auch wichtig, sich das generell zu vergegenwärtigen – gibt es nur in liberalen Demokratien und offenen Gesellschaften. Man muss über den Tellerrand hinausblicken. In autokratischen, in autoritären und in despotischen Gesellschaften gibt es nicht diese Kindheiten und diese Jugenden im Plural. Dort werden Jugendliche zugerichtet. Diese Gesellschaften sind von Shrinking Spaces usw. usf. gekennzeichnet. Wir müssen das also auch weltpolitisch-diagnostisch rahmen und fragen: Mit welcher Kindheit und Jugend haben wir es in liberalen, offenen Demokratien zu tun? Wie ist das weltgesellschaftlich eingebettet? – Das ist ein spannendes Thema; ich mache aber nur eine Anmerkung dazu.

Daran schließt sich die Anmerkung an: Die Entwicklungszeit, die Kinder und Jugendliche heute haben – das ist noch einmal eine gesellschaftsdiagnostische Anmerkung –, ist in eine meines Erachtens epochale Krisen- und Transformationszeit eingebettet. Man muss sich auch diagnostisch vergegenwärtigen: In welcher Zeit leben wir eigentlich? In welcher Zeit der Demokratieentwicklung leben wir?

Es gibt – Stand heute – viele Publikationen, die sich mit Gesellschaftsdiagnostik befassen. Einige werden Sie kennen. Für die Rahmung gesellschaftlicher Entwicklung werden dort Begriffe wie „Transformationsprozess“ oder „Polykrise“ – wie auch immer sie alle heißen – verwendet. Ich nenne Ihnen zwei Publikationen: „Die Welt im Aufruhr“ von Münkler, in diesem Jahr erschienen; oder auch „Weltunordnung“ von Masala. In vielen anderen Publikationen wird ebenfalls versucht, diese breiten, langjährigen Entwicklungsprozesse, die einen offenen Ausgang zu haben scheinen, sozusagen gesellschaftsdiagnostisch zu vergegenwärtigen. Das ist wichtig; denn wir müssen uns fragen, was es für Demokratie, Demokratieentwicklung und Partizipation heißt, wenn wir in diesem Kontext über Demokratie und Partizipation reden.

Zweite Anmerkung. Wir wissen nicht, wohin die Reise weltgesellschaftlich geht. Die Publikationen sind gefüllt mit Themen wie „Demokratie unter Druck“, „Demokratie in Gefahr“, „Erosion von Demokratie“ – also die Erosion der liberalen, westlich verfassten, menschenrechtsbasierten Demokratie. Verbunden ist das mit ganz neuen Phänomenen von Gewalt, von Kriegen, von globaler Neuordnung der Welt. In diese Aspekte, in diese Vielzahl von Entwicklungen sind wir eingebunden.

Das heißt, die Demokratie ist immer nur eine mögliche Gesellschaftsform. Deutschland hat eine relativ kurze Geschichte der Demokratie. Wir haben die Weimarer Republik, und wir haben die Geschichte der Bundesrepublik. Das muss nicht so bleiben; Demokratie kann auch erodieren. Sie kann von innen ausgehöhlt werden, sie kann verschwinden, sie kann durch andere Herrschafts- und Machtverhältnisse ersetzt werden. Im Moment erleben wir diese Entwicklung – ein Kollege von mir hat das einmal durchgerechnet, um es mit einer paar Zahlen zu verbinden –: 71 % der Menschen, also 5,7 Milliarden Menschen, auf diesem Globus leben, wie er es formuliert hat, in 88 Diktaturen oder autokratischen Verhältnissen. Die Mehrheit der Weltgesellschaft – das bedeutet die Zahl 88 – lebt nicht in liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien. Der Rest lebt in Demokratien. Das war Ende 2023. Wenn wir die letzten ein, zwei Jahre dazunehmen, stellen wir

fest, dass die Zahl der autokratisch verfassten Gesellschaften eher zugenommen und die Zahl der Demokratien abgenommen hat.

Das heißt, wohin die Reise weltgesellschaftlich geht, wie sich die Gesellschaft verfasst, ist ein offener historischer Prozess. In einem solchen Prozess befinden wir uns. Das ist für uns als Rahmen von Bedeutung: Wie diagnostizieren wir unsere Demokratie und die Demokratieprozesse? Was heißt das für die Partizipation, für das demokratische Lernen der jungen Generation als Träger der Demokratie in der Zukunft?

Meine dritte Anmerkung: Das ist regelrecht trivial, aber Demokratie ist – Oskar Negt, ein bekannter, renommierter Kollege, hat das wiederholt so formuliert – die einzige Staatsform, die vermittelt werden muss, die man sich aneignen muss. Demokratie als Staatsform, als Lebensform und als Gesellschaftsform – also drei Dimensionen von Demokratie, wie das John Dewey, ein amerikanischer Kollege, formuliert hat – bedeutet, auf allen Ebenen, für alle drei Bereiche der Gesellschaft, muss Demokratie immer wieder neu gelernt, eingeübt und vermittelt werden. Demokratie ist die einzige Staats- und Lebensform, die gelernt und eingeübt werden muss. Bei anderen ist das nicht der Fall. Andere Staats- und Lebensformen werden autoritär verordnet. Die junge Generation wird sozusagen formierend eingebunden in autokratische Verfassungen, bis hin zu despotischen Verfassungen von Gesellschaft.

Meines Erachtens sind das drei wesentliche Dimensionen und Bedeutungen, die es zu beachten gilt, wenn wir heute über Partizipation und Demokratie reden: Wohin geht die Reise? Wie diagnostizieren wir die Entwicklung der Demokratie? Dann der permanente Auftrag: Wie gelingt es immer wieder, dass die Menschen der jeweils nachfolgenden Generationen die Demokratie, wie wir sie verstehen – mit der Verfassung, mit allen Facetten in der Verfassung –, sozusagen von Kindesbeinen an lernen, einüben und dann ihr Träger werden? – Das sind sozusagen rahmende Bemerkungen. Das wären eigene Vorträge. Aber ich glaube, diese Dimensionen von Einordnung sind ganz wichtig. Wir sind nicht nur im kleinen Hessenland, sondern wir sind in weltgesellschaftliche Veränderungsprozesse historischen Ausmaßes eingebunden, und wir wissen nicht, wohin die Reise geht. Letztlich ist das ein epochaler Veränderungsprozess mit offenem Ausgang.

Jetzt wird es eher konkreter: Prinzipiell gilt es – es gibt sicherlich einige Wiederholungen oder Ergänzungen; das ist immer so, wenn man als dritter Redner seine Ausführungen anbietet –, zwischen einem eher engen und einem weiteren Partizipations-/Beteiligungsverständnis zu unterscheiden. Ein enges Verständnis – das kennen wir alle – liegt den rechtlichen Regelungen zugrunde, zum Beispiel den Satzungen in Vereinen und Verbänden. Die direkte und die indirekte Beteiligung, wobei zwischen Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung unterschieden wird, sind Dimensionen in diesem Kontext. Dann gibt es – darauf gehe ich nicht weiter ein, das hat der Kollege schon ausgeführt – die spezifischen Dimensionen von analoger Partizipation, also Face-to-Face-Partizipation, und digitaler Beteiligung sowie alle möglichen Mischformen.

Zu den verfassten Beteiligungsformen in den eher formellen Kontexten zählen wir zum Beispiel – da haben wir eine ganz bunte Landschaft – die gewählten Kinder- und Jugendparlamente. Die haben wir mittlerweile seit Jahrzehnten, ohne dass es wirklich gute Studien dazu gibt. Es gibt die eine oder andere Studie, aber es liegt nur wenig in systematischen Betrachtungen gewonnenes

Material zu der Arbeit in Kinder- und Jugendparlamenten vor: über die Fluktuation, über Themen, auch über die Generationenfolge in Kinder- und Jugendparlamenten. Dabei sind Kinder- und Jugendparlamente ein etabliertes Instrument.

Dann gibt es im Jugendbereich auch Vollversammlungen, etwa bei den Jugendverbänden, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es gibt – ich will nur einmal die Namen nennen – Delegiertenkonferenzen, Beiräte, Foren, Anhörungen. In der Schule gibt es die SMV, in der Berufswelt die Auszubildendenvertretungen und an den Hochschulen die studentischen Gremien. Das heißt, wir haben einen bunten, entwickelten Strauß an formellen Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, zu denen aber nur begrenzt empirische Befunde vorliegen. Das war der engere bzw. der rechtliche, sozusagen formalisierte Blick.

Der erweiterte Blick richtet sich eher auf die nonformalen und die informellen Welten, also auf Kontexte wie NGOs, die selbst organisierte Zivilgesellschaft auch im Jugendbereich, zum Beispiel Fridays for Future und Protestbewegungen, und vor allen Dingen auch auf den jugendkulturellen Alltag in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche partizipieren – mit diesem Alltagsverständnis – auf ihre Art und Weise jeden Tag an der Gesellschaft. Sie müssen nicht groß beteiligt werden, sie brauchen auch keine Satzung, sie müssen nicht formell eingebunden sein; ihr reales Leben ist ständige Beteiligung in ihrer Jugendkultur, in ihrer Lebenswelt: mit Kultur, mit Musik, mit Bewegung, mit ihren Medien, in ihrer digitalen Welt.

Wir sollten das also ganz tief hängen. Sobald man sozusagen mitlebt, in der Kindertagesstätte, in der Schule, im Jugendverband, im beruflichen Alltag, ist man partizipativ eingebunden. Auf diese Alltagsdimension von Partizipation mit unterschiedlichen Dimensionen von Aktivitäten und darauf, was es heißt, daran anzuknüpfen, komme ich gleich zu sprechen. Mir geht es aber um die alltäglichen sozialen Interaktionen von Kindern und Jugendlichen, in die sie eingebunden sind.

Allerdings haben wir gleichzeitig – darauf ist schon hingewiesen worden, aber ich will es noch einmal erwähnen – eine gesplante materielle, soziale und kulturelle Situation. Es gibt also immer auch die Dimension der strukturellen Benachteiligungen: arme Kinder, prekäre Lebenssituationen, armutsgefährdende Lebenslagen, die ausgrenzen von einer Partizipationswelt, an der Kinder und Jugendliche eigentlich teilnehmen wollen, die aber immer Geld kostet. Ich benenne es einmal sehr konkret: Teilnahme an Schulausflügen, Geburtstage, zu denen man eingeladen wird, Besuch von Kulturveranstaltungen, Mitgliedschaft in Sportvereinen – die kostet einen Beitrag –, Kinobesuche, Fitnessstudios, Schwimmbäder, Kleidung und Ausstattung in kinder- und jugendkulturellen Zusammenhängen. Die Alltagskommunikation vor dem Hintergrund von Prekariat und Armut grenzt Kinder und Jugendliche sozialstrukturell in ihrer Alltagspartizipation aus. Diese Alltagsdimension: Das ist meines Erachtens eine ganz zentrale Begründungslinie für eine Differenzierung zwischen der Delegiertenpartizipation und der Alltagspartizipation, die skizziert worden ist.

Ich will hier beispielhaft über die Parteijugenden der demokratischen Parteien reden. Das ist auch politische Partizipation. Das ist eine Gewinnung des Nachwuchses über die Jugendorganisation. Man könnte viel darüber sagen, wie der Alltag der Partizipation in der offenen Kinder- und Jugendarbeit aussieht. Aber ich will – das ist auch ein bisschen meine Tradition – beispielhaft auf

die Vielfalt der Jugendverbände, die im Jugendring zusammengeschlossen sind, eingehen. Die Jugendverbände und die Jugendringe verstehen sich, mit guten Begründungen, explizit – wiederholt formuliert – als Werkstatt der Demokratie, mit vielfältigen Partizipationsaktivitäten. Man könnte sagen, in den Jugendverbänden sind Demokratie und Partizipation eine Lebensform. Man ist dabei, man lebt mit – das ist mein Leben in meiner Freizeit –, also Partizipation nicht nur punktuell, delegiert, mit bestimmten Zeiten verbunden, sondern als Lebensform, weil man eingebunden ist: konkrete Orte, Zeiten, Gelegenheiten.

Wie sieht dort die Partizipationslandschaft aus? Das kann einfach nur eine Mitgliedschaft sein. Wenn man Mitglied ist, partizipiert man an der konkreten Lebensform eines Jugendverbandes. Das sind die Gruppentreffen, das Gemeinschaftsleben und die Aktivitäten des jeweiligen Verbandes, von den Pfadfindern über die Jugendfeuerwehr bis zur Gewerkschaftsjugend, also das ganze Spektrum der Jugendverbände mit ihren Eigenaktivitäten.

Dann gibt es die Funktionen des Gruppenleiters, wobei es sich schon um eine andere Ebene der Partizipation handelt – gewählt, sozusagen legitimiert –, des Jugendfeuerwartes, des Teamers und des Delegierten zu Versammlungen auf anderen Ebenen, zum Beispiel auf der Kreisebene und auf der Landesebene, und in Gremien, bis hin zu Kinder- und Jugendhilfeausschüssen.

Was will ich damit sagen? Diese Werkstätten der Demokratie sind ein Feld der Partizipation. Man könnte es für die offene Kinder- und Jugendarbeit auch ausformulieren. Was ist hier von Bedeutung? Es wird sozial und politisch gelernt, es wird gelernt, zu kommunizieren. In einer Jugendverbandsgruppe muss man miteinander reden. Man muss sich einbringen, man muss zuhören – idealtypisch formuliert; es gibt viele andere Facetten –, man muss seine Interessen vertreten, man muss lernen, Kompromisse zu schließen. Aber man erlebt auch so etwas wie Gemeinsinn, Zusammenhalt, Solidarität. Man muss Verantwortung übernehmen, wenn man für eine Funktion gewählt wird.

Es werden also, wenn man so will, basale demokratische Tugenden im Alltag der Jugendarbeit der Jugendverbände – andere Beispiele könnten das ergänzen – gelernt. Diese Dimension sozusagen förderpolitisch in den Blick zu nehmen, also zu betrachten, was es heißt, im Alltag in den Strukturen, die wir haben – in den bestehenden Partizipationsverhältnissen –, Partizipation zu lernen, ist auf allen föderalen Ebenen, die wir kennen, ein zentraler Auftrag für die Politik.

Ein paar empirische Befunde: Ich will fünf ausgewählte Hinweise geben, wie die junge Generation Beteiligung oder Nichtbeteiligung erfährt und kommentiert. In der 19. Shell-Jugendstudie, die 2024 erschien, wird unter anderem nach Partizipation gefragt: nach individueller und kollektiver Teilhabe an Entscheidungen. Danach – und das ist ein interessantes Ergebnis – haben drei Viertel der befragten Jugendlichen angegeben, dass sie in ihren Familien ein erhebliches Mitspracherecht haben.

Die Familienkultur – das wissen wir aus der Familienforschung – hat sich über einen langen Zeitraum weg von autoritären Familienstrukturen, von Anordnungsstrukturen, hin zu einer Mitbestimmungs- und Partizipationskultur entwickelt. Drei Viertel der befragten Jugendlichen haben gesagt: Jawohl, in der Familie rede ich mit, da kann ich mitentscheiden. – Erinnern wir uns einmal an die

früheren Generationen: Wenn wir die Eltern und die Großeltern fragen, bekommen wir zu hören, dass das noch autoritäre Anordnungsverhältnisse waren, wenn es darum ging, wohin man in den Urlaub fährt, was angeschafft wird, was wichtig ist, ob man ins Kino darf – was auch immer. Die Veränderung der Familienkulturen hin zu dialogischen, verhandlungsorientierten Familienkulturen hat die Kinder und Jugendlichen erreicht. Knapp drei Viertel sagen: Familie ist für mich ein Ort, an dem ich ein erhebliches Mitspracherecht habe.

Weniger geben das für die Schule an, nämlich 27 %. 27 % der Befragten gaben an, in der Schule – die natürlich ein weiterer wichtiger Sozialisationsort ist – „nicht umfassend“ mitbestimmen zu können, wie eine Formulierung lautete. Hier ist also Luft nach oben, könnte man sagen. 23 % geben das für die Gemeinde an: ein Forum, eine Kultur, ein Kommunikationsverhältnis zu haben, wo sie mitentscheiden können, wo sie partizipieren. Für die Politik allgemein – nimmt die Politik unsere Themen, unsere Sorgen, unsere Fragen auf? – bejahen das knapp 10 %. Vom Mikrokosmos der Familie, bei dem drei Viertel angeben, ein Mitspracherecht zu haben, reicht das bis zur allgemeinen Politik, die nach der Wahrnehmung von nur 10 % der Befragten ihre Sorgen und die Ängste aufnimmt. Da sieht man die Relationen und auch, wo noch Luft nach oben ist.

Vor längerer Zeit haben wir eine Studie durchgeführt, bei der wir Jugendliche befragt haben, die in der Jugendgruppe eines Verbandes sind. Wir haben sie nicht gefragt, in welchem Verband sie sind und was der Verband will und mit ihnen macht, sondern wir wollten wissen, warum sie in die Jugendgruppe gehen.

Da gab es drei Sinndimensionen, die, glaube ich, für die Überlegungen zur Partizipation bedeutend sind. Die erste Antwort war: Ich will für mich etwas Sinnvolles machen. – Das heißt, das, was man partizipativ macht, muss für einen selbst einen Sinn ergeben. Das ist die direkte Subjektbezogenheit, etwas, was für das gesamte Leben gilt: Was man macht, muss für einen selbst sinnvoll sein. Die zweite Sinndimension war: Es muss mit den Freunden, mit der Clique, also sozial, sinnvoll sein. Es ist also nicht nur für mich sinnvoll, sondern es muss zusammen mit anderen sinnvoll sein. Die dritte Sinndimension war, dass die Sache sinnvoll sein muss. Ich glaube, man muss, wenn man im Alltag, in den Mikroprozessen von Pädagogik, Kinder neu gewinnen will, die bisher nicht an Partizipation beteiligt waren, diese drei Dimensionen einbeziehen, wenn es gelingen soll, Kinder und Jugendliche, die politikfern sind, die sozial abgehängt sind – wie auch immer –, zu gewinnen.

Diese drei Sinndimensionen zu bearbeiten, ist eine ganz spannende pädagogische Frage, aber sie ist auch förderungspolitisch von Bedeutung. Man kann so viele Programme auflegen, wie man will, wenn man nicht reflektiert, welchen Sinn es für Kinder und Jugendliche ergeben könnte, sich für eine Sache zu begeistern und zu partizipieren.

Vorsitzende:

Ich möchte kurz einen Zwischenstand geben: Wir sind schon bei 20 Minuten Redezeit, und ich sehe, es kommt noch einiges.

Prof. **Dr. Benno Hafeneeger**: Ich mache es jetzt ein bisschen schneller, aber ich will keinen Punkt vernachlässigen. – Was diese Corona-Studien zeigen – Kollegin Andresen hat das differenzierter ausführen können –: Ein Ergebnis aller Corona-Studien war – ein Ergebnis von vielen –, dass die Kinder und die Jugendlichen geantwortet haben: Wir sind nicht gefragt worden; es ist über unsere Köpfe hinweg entschieden worden. – Es wird sensibel wahrgenommen, wenn man in Krisenzeiten, in denen es darauf ankommt, in denen ständig appelliert wird, zu partizipieren, nicht gefragt wird. Das hat Langzeitwirkungen in den Mentalitäten, auch im Verhältnis zur Politik: Misstrauen, kein Vertrauen. „Die nehmen uns nicht ernst“, wird gesagt. Diese Dimension hat sich in den Corona-Studien gezeigt.

In der letzten Sinus-Jugendstudie wurde noch einmal die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politik und nach dem Vertrauen, das die junge Generation in die Politik – in die demokratischen Parteien, in die Regierung – hat, gestellt, und es hat sich gezeigt, wie niedrig die Quote der Kinder und Jugendlichen ist, die Vertrauen in die Gestaltung von Politik haben und meinen, dass die Sorgen, Ängste und Nöte, die sie formulieren, wahrgenommen werden.

Ein genereller Effekt ist: Je positiver und mit je mehr Wirkung verbunden die Partizipationserfahrungen sind, desto mehr fühlen sich Kinder und Jugendliche der Gesellschaft und auch der Demokratie zugehörig. Das ist ein wichtiger Effekt. Wenn es gelingende und positive Erfahrungen gibt, bindet das an die Gesellschaft; denn das ist auch eine positive Rückmeldung, verbundenen mit eigenen Wirkungen, die man erlebt hat.

Der nächste Punkt ist auch wichtig: Es gibt Partizipationsbiografien. Deswegen ist es so wichtig, dass von Kindesbeinen an, angefangen bei der Kita, Partizipationserfahrungen gemacht werden sollten und müssten. Wenn man Erwachsene befragt, die bis in ein hohes Lebensalter partizipativ aktiv sind, in Verbänden, in Vereinen, in der Zivilgesellschaft, in NGOs, sagt etwa die Hälfte, dass sie das machen, weil sie schon als Kinder und Jugendliche Partizipationserfahrungen gemacht haben, weil sie in Zusammenhänge eingebunden waren, die das ermöglicht haben. Es gibt Übergänge, zum Beispiel von einem Jugendverband in einen Erwachsenenverband oder von einer Parteijugendorganisation in die Parteistrukturen. Solche Übergänge und somit Partizipationsbiografien bis ins hohe Erwachsenenalter zu ermöglichen, heißt, dass die Leute, aufgrund der positiven Wirkungen und Erfahrungen in Partizipationswelten, von Anfang an lernen, was Partizipation bedeuten kann.

Der Wechsel gelingt oftmals – nicht immer –, aber wenn immer weniger Kinder solche Erfahrungen machen würden, hätten die Erwachsenenorganisationen, die auf Mitwirkung, Mitarbeit und Partizipation angewiesen sind, immer weniger Chancen, Mitglieder zu gewinnen, sie sozusagen für die Erwachsenenstrukturen zu rekrutieren. Diese Partizipationsbiografien interessieren uns im Moment, auch in den Untersuchungen.

Den nächsten Punkt muss ich leider abkürzen: Es gibt auch eine Schattenseite von Partizipation und Beteiligung: die „rechte Lebenswelt“, wie ich es jetzt einmal sage. Ich mache viel Extremismusforschung. Wir haben eine rechte Jugendkultur mit allen Facetten, wir haben Parteirepräsen-

tanzen, wir haben ein Wahlverhalten der jungen Generation. Wahlen sind eigentlich die Königsdisziplin von Partizipation. Über die Wahlen bestimmt man, wer im Parlament ist, wer die Mehrheit hat und wer die Regierung stellt.

Wir haben das sehr systematisch mit Blick auf die junge Generation untersucht. Wir haben einmal das Wahlverhalten der jungen Generation untersucht: der Erst- und Jungwählerinnen und -wähler von 1949 bis heute. Ich blicke jetzt nur auf die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl: Die LINKE hat 25 % der Stimmen bekommen, die AfD 21 %, die CDU 13 %, die SPD 11 %, die GRÜNEN 10 % und die FDP 5 %. Auch diese Dimension, nämlich was das Wahlverhalten und die Partizipation für die Parteien der demokratischen Mitte bedeuten, wäre ein eigenes, riesengroßes Thema, unabhängig von Studien, bei denen es darum geht, ein wie hoher Anteil der jungen Generation autoritäre, rechtsextreme Orientierungen hat. Da gibt es viel Material.

Ich will in der Kürze nur andeuten, es gibt auch eine – so könnte man es formulieren – antidemokratische Partizipation in der Demokratie, mit vielen Facetten. Über diese Dimension von Partizipation wird kaum diskutiert. Partizipation ist nicht nur etwas Positives oder Demokratieförderndes, auch wenn man es so einengen könnte. Aber wenn wir die gesamte Gesellschaft betrachten – wer partizipiert, jugendkulturell und im Wahlverhalten usw. –, haben wir auch an die andere Seite von Partizipation zu denken, wenn man diesen Begriff hier verwenden will. Es gibt unterschiedliche Phänomene in diesem Kontext. Ich finde, es ist für die Demokratieentwicklung und auch für die Offenheit einer Demokratie genauso wichtig, sich zu vergegenwärtigen, was sie an Partizipation hat und wie sie darüber diskutiert.

Zum Schluss möchte ich noch etwas länger eine Begründungslinie ausführen, bei der es eher um die Erwachsenen geht. Die Erwachsenen müssen eigentlich einen Sorgeblick auf die junge Generation haben. Die Alten-Generation hat, wie man salopp formulieren könnte, nicht mehr so viel Zukunft, während die junge Generation die Zukunft noch vor sich hat. Es müsste einen Generationenvertrag – auch einen politischen Generationenvertrag – über die Zukunft der jungen Generation geben.

Es geht um die Sorgeverantwortung in der Denktradition von Hans Jonas und Hannah Arendt – man könnte jetzt viele Klassiker nennen –: Wie sorgt sich eigentlich die Erwachsenengeneration um die junge Generation mit Blick auf die Demokratie? – Es gibt natürlich noch andere, vielfältige Phänomene einer globalen, differenzierten Krisenentwicklung, in deren Zusammenhang die Verantwortungsfrage diskutiert werden muss. Aber mit Blick auf die Demokratie haben das Hannah Arendt, Hans Jonas und andere kluge Leute schön formuliert: Ihr seid unter dem Demokratieaspekt für die Zukunft der Gesellschaft und für die Zukunft der jungen Generation verantwortlich, eine Zukunft, die ihr als Erwachsene weitgehend schon hinter euch habt. Aber die junge Generation hat die Zukunft noch vor sich. – Angesichts eines knappen Überschreitens der Zeit: Danke für die Aufmerksamkeit und für die Geduld.

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank für den Vortrag. – Wir machen direkt weiter mit dem nächsten und schließen dann die Fragerunden an. Frau Grendel, Sie haben das Wort.

Prof. **Dr. Tanja Grendel:** Wenn wir über Jugendbeteiligung sprechen – ich denke, das ist durch meine Vorrednerin auch schon deutlich geworden –, geht es im Kern um eine demokratische Grundfrage, nämlich: Wer fühlt sich in unserer Gesellschaft wirksam und wer nicht?

Ich möchte deshalb in meinem Vortrag darauf eingehen, wie Jugendliche Teilhabemöglichkeiten erleben, welchen Einfluss soziale Ungleichheiten darauf haben und welche Rolle Partizipation für Demokratiefähigkeit spielt. Abschließen werde ich meinen Vortrag ich mit einigen übergreifenden Handlungsempfehlungen sowie Diskussionsimpulsen.

Zur Frage, wie Jugendliche Teilhabemöglichkeiten erleben, kommt die aktuelle Gerechtigkeitsstudie zu dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte der befragten Jugendlichen unzufrieden damit ist, wie Demokratie in Deutschland funktioniert. 78 Prozent sagen: „Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung macht“. 72 Prozent sind der Auffassung, Politikerinnen und Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Jugendlichen denken. Die Daten zeigen also, dass ein Großteil der jungen Menschen nicht erlebt, dass ihre Meinung politisch gehört und berücksichtigt wird.

Weil erste Erfahrungen mit Teilhabe im Alltag gemacht werden, möchte ich mit Ihnen exemplarisch auf den Kontext Schule schauen. In der Gerechtigkeitsstudie wurde auch danach gefragt, ob junge Menschen den Eindruck haben, in der Schule ihre Meinung frei äußern zu können. Wir sehen, dass insgesamt ein großer Teil der jungen Menschen hier zustimmt. Interessant wird es aber, wenn man sich den sozioökonomischen Status der Befragten anschaut. Während 80 Prozent der Jugendlichen mit einem hohen sozioökonomischen Status der Aussage zustimmen, gilt das lediglich für 50 Prozent der Jugendlichen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status. Was sich hier zeigt, ist, dass soziale Ungleichheiten und das Erleben von Teilhabemöglichkeiten im Kontext Schule zusammenhängen.

Soziale Unterschiede zeigen sich aber auch jenseits von Schule. Wenn wir auf den Bereich der kommunalen Jugendbeteiligung schauen, sehen wir beispielsweise, dass bildungsbenachteiligte Jugendliche in formalen Beteiligungsformaten wie Jugendparlamenten deutlich unterrepräsentiert sind. Hier sieht man also auch, dass Beteiligung eine Frage der sozialen Lage und der damit verbundenen Bildungschancen ist. Dem gegenüber steht aber – mir ist wichtig, das zu betonen – ein ausgeprägtes politisches Interesse und Engagement der Jugendlichen in ihren lebensweltlichen Kontexten. Jugendliche engagieren sich oft situativ, themen- und personenbezogen, aber diese Form des Engagements bleibt oft unsichtbar, weil es eben nicht den klassischen Logiken formaler Beteiligung bleibt.

Wir sehen also, dass Formate die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen vernachlässigen. Sie bieten ihnen anscheinend wenig Anschlussmöglichkeiten für Engagement. Ich möchte auch gerne festhalten, dass informelle Beteiligungsformen von Jugendlichen kaum Anerkennung finden.

Um zu verstehen, warum Teilhabe ungleich gelingt, möchte ich kurz auf einen theoretischen Erklärungsansatz des Soziologen Pierre Bourdieu eingehen. Ungleiche Teilhabe erklärt er mit dem Konzept der kulturellen Passung. Dieses führt er am Beispiel der Schule aus. Kulturelle Passung heißt: Schule als Institution orientiert sich häufig an den Normen der Mittelschicht. Von Schülerinnen und Schülern wird beispielsweise eine langfristige Planung erwartet. Es wird eine hohe Motivation und die Bereitschaft vorausgesetzt, sich abstrakt und theoretisch mit Themen auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite haben wir Jugendliche, die ganz unterschiedliche Sozialisationserfahrungen mitbringen. Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien sind häufig damit konfrontiert, mit knappen Ressourcen umzugehen, das heißt, den Alltag schrittweise zu bewältigen. In der Folge bilden sie häufig eher kurzfristige Perspektiven auf ihren Bildungsverlauf aus. Für sie ist eine starke Anwendungs- und Verwertungsorientierung von Wissen wichtig. Man merkt an der Stelle: Das passt nicht so ganz zu den Erwartungen in der Schule. Die Folge ist, dass die Jugendlichen Abwertungserfahrungen machen, beispielsweise in Form schlechterer Noten.

Was wichtig ist, ist, dass diese Abwertungserfahrungen über die Schule hinaus Gefühle der Inkompetenz und Unwürdigkeit hervorrufen können. Das heißt, in der Schule macht ein Teil der jungen Menschen die Erfahrung, weniger zu können und weniger berechtigt zu sein als Andere. Deshalb schreibt Bourdieu zu der Frage, was es für politische Teilhabe braucht, dass es nicht nur um das Wissen um Beteiligungsmöglichkeiten geht, sondern hinzukommen muss das „gesellschaftlich gebilligte oder geförderte Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren“.

Ich finde diese Aussage deshalb so wichtig, weil sie die Perspektive auf Jugendbeteiligung grundlegend verändert. Wenn sich Jugendliche nicht beteiligen, dann ist das nicht in erster Linie ein Ausdruck von Desinteresse, sondern – was sich aus der Aussage von Bourdieu ableitet – Ohnmachtserfahrungen infolge sozialer und institutioneller Barrieren können hier ursächlich sein. Das heißt, es geht um Abwertungserfahrungen, die junge Menschen aufgrund von sozialen Ungleichheiten machen. Deutlich wird damit auch: Teilhabe setzt die Erfahrung von Anerkennung und demokratischer Selbstwirksamkeit voraus.

Diese Erfahrung zu ermöglichen, nämlich Anerkennung und demokratische Selbstwirksamkeit, ist Kern des Auftrags der Jugendarbeit. Ich habe einen Auszug aus dem SGB VIII mitgebracht. Jugendarbeit soll mit ihren Angeboten an den Interessen junger Menschen anknüpfen, soll von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden und so zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen. Das heißt, im Kern geht es um Demokratiebildung durch Partizipation.

Ähnlich wie in der Schule kann kulturelle Passung auch bei Angeboten der Jugendarbeit zu Ausschlüssen führen, weshalb es aus meiner Sicht wichtig ist, sich auch das genauer anzugucken und zu schauen, mit welchen Angeboten welche Jugendlichen erreicht werden und welche Jugendlichen überhaupt nicht erreicht werden.

Wir haben das in einem Forschungsprojekt untersucht. Wir haben uns angesehen, auf welche unterschiedliche Art und Weise sich junge Menschen Angebote der Jugendarbeit aneignen. In

dem Zusammenhang haben wir eine Typologie entwickelt. Heute möchte ich darauf kurz zu sprechen kommen, weil man diese gut nutzen kann, um nicht nur Angebote der Jugendarbeit allgemein, sondern auch Beteiligungsformate für Jugendliche mit Blick auf diese Frage zu betrachten: Welche Jugendliche erreichen wir damit und welche nicht? – Es gibt positiv gewendet auch die Möglichkeit, daraus Impulse abzuleiten, wie man Beteiligungsformate gestalten kann, um Jugendliche zu erreichen, die man bislang noch nicht erreicht, beispielsweise bildungsbenachteiligte Jugendliche.

Ich gehe nicht auf die Typologie im Ganzen ein – ich habe einen Hinweis im Literaturverzeichnis eingefügt, wo man sich das genauer anschauen kann –, sondern auf den ersten Typ „Unmittelbarkeit von Erfahrungen“, weil dort eine Aneignungsform beschrieben wird, die wir häufig bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen gefunden haben. Es handelt sich also um Jugendliche, die in der Schule häufig Abwertungserfahrungen machen. Ihre Aneignung ist dadurch gekennzeichnet, wenig formalisiert, dafür aber sehr erfahrungsbasiert und konkret zu sein. Wichtig sind Beziehung und Vertrauen.

Wenn Beteiligungsformate stark formalisiert sind, es z. B. hochschwellige Anmeldeverfahren gibt, wenn sehr abstrakt gearbeitet wird, Jugendliche also Ideen und Erfahrungen einbringen, die dann schnell sehr stark abstrahiert werden und für die Jugendlichen dann nichts mehr mit dem zu tun haben, was sie eigentlich sagen wollten, wenn Angebote erwarten, dass die Teilnahme langfristig und kontinuierlich erfolgt, wenn diese Angebote in vordefinierten Gruppen stattfinden, womit immer auch Unsicherheiten und Konfliktpotenziale verbunden sind, dann sind das Angebote, die häufig weniger anschlussfähig an diesen Aneignungstypus „Unmittelbarkeit von Erfahrungen“ sind. Zugespitzt formuliert: Wenn Angebote wie Schule funktionieren und Schule ein Ort ist, wo diese jungen Menschen häufig Abwertungserfahrungen machen, dann haben wir keine kulturelle Passung und es ist schwierig, eine Anschlussfähigkeit herzustellen.

Was kann unterstützend wirken? Das möchte ich an der Stelle kurz anreißen. Das kann beispielsweise eine Ansprache dieser Jugendliche über Angebote sein, die sie ohnehin schon nutzen. Sinnvoll kann es auch sein, Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, die ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen haben, mitanzusprechen und so Zugänge zu eröffnen. Es kann zielführend sein, nicht einzelne Jugendliche zu adressieren, sondern Jugendliche in ihren selbstgewählten Peergroups. Auch das nimmt Unsicherheiten beim Zugang. Das schafft eine Art Safe Space, wenn es darum geht, sich in Angeboten auszutauschen, eigene Ideen einzubringen und auszudrücken. Wichtig ist eine pädagogische Begleitung, die dafür sensibel ist, dass junge Menschen unterschiedliche Anerkennungs- und Partizipationserfahrungen mitbringen. Wichtig ist auch, informelle Beteiligungsformen von Jugendlichen zu erkennen und anzuerkennen.

An der Stelle möchte ich gerne auf die Arbeit von Benedikt Sturzenhecker verweisen, der mit seinem Projekt GEBE genau dort ansetzt. Ihm geht es darum, pädagogischen Fachkräften Methoden an die Hand zu geben, um im Alltagshandeln von Jugendlichen politische Themen zu erkennen, diese herauszuarbeiten und pädagogisch mit den Jugendlichen dazu zu arbeiten.

Ich möchte kurz zusammenfassen, was mir wichtig war, in meinem Vortrag herauszustellen. Zum einen wollte ich unterstreichen, dass insbesondere bildungsbenachteiligte Jugendliche in Beteiligungsformaten unterrepräsentiert sind. Ich möchte gerne dafür sensibilisieren, dass mittelschichtorientierte Logiken in Bildung und Beteiligung soziale Ausschlüsse reproduzieren können. Teilhabe setzt also voraus, dass strukturelle Ungleichheiten abgebaut und Formate diversitätssensibel gestaltet werden.

Abschließend noch eine Bemerkung: Der Abbau von Ungleichheiten im Kontext von Beteiligung ist keine freiwillige Aufgabe, sondern rechtliche Verpflichtung. Die UN-Kinderrechtskonvention sichert jungen Menschen das Recht auf Nichtdiskriminierung und Beteiligung zu – unabhängig von Herkunft, Einkommen und Bildung.

Lassen Sie mich mit einigen Überlegungen schließen, die man aus dem Gesagten ziehen kann. Zum einen halte ich es für wichtig, Beteiligungsformate stärker als bisher an die Lebenswelten von Jugendlichen anzupassen. Das heißt, es braucht vielfältige Formate, die an unterschiedlichen Interessen und Aneignungsweisen von jungen Menschen ansetzen. Wichtig finde ich, im Bereich der Demokratiebildung Kooperationen zu stärken. Damit meine ich die Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe. Wir wissen aus der Praxis, dass es enorm schwierig ist, die unterschiedlichen Handlungslogiken von Schule und Jugendhilfe zusammenzubringen, beispielsweise im Ganztage. Aus meiner Sicht braucht es Modellprojekte und wissenschaftliche Begleitung, um zu tragfähigen Konzepten zu kommen.

Wichtig ist es, Weiterbildungsangebote auszubauen, um das Wissen um Diversität und sich verändernde Lebenswelten zu Jugendlichen zu stärken. Um das Erleben von Wirksamkeit zu fördern, ist es wichtig, die Umsetzung von Ideen für Jugendliche nachvollziehbar zu machen. In dem Zusammenhang möchte ich gerne noch hervorheben: Die Umsetzbarkeit muss in den Lebenswelten der Jugendlichen nachvollziehbar sein.

Wir haben eben schon über digitale Lebenswelten gesprochen. Ich sehe enorme Potenziale, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Auf kommunaler Ebene halte ich es für wichtig, die Finanzierung der sogenannten freiwilligen Leistungen Jugendarbeit zu sichern. Jugendarbeit und Beteiligung brauchen Verlässlichkeit. Gerade für bildungsbenachteiligte Jugendliche ist Jugendarbeit häufig ein Ort, an dem sie Anerkennung und demokratische Selbstwirksamkeit erfahren.

Letzter Punkt: Es braucht Evaluation und eine Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten. Damit meine ich nicht noch mehr Evaluation, sondern Evaluation, die Jugendliche stärker einbezieht. Ich halte es für wichtig, den inhaltlichen Fokus von Evaluation stärker auf Passung zu legen, also mit welchen Angeboten man welche Jugendliche erreicht. Ich halte es ebenfalls für wichtig, wenn man etwas für bildungsbenachteiligte Jugendliche tun möchte, diese Gruppe stärker in den Blick zu nehmen und zu prüfen, wie man diese durch veränderte Angebote besser erreichen kann, um ihnen Demokratieerfahrungen zu ermöglichen. – Herzlichen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

Fragerunde

Vorsitzende: Vielen Dank an die Sachverständigen für die Vorträge. Ich durfte sehr viel mitnehmen und, ich glaube, alle anderen auch.

Damit kommen wir nun zur ersten gemeinsamen Fragerunde. Wir sammeln von allen Fraktionen bis zu drei Fragen ein, dann werden diese gesammelt beantwortet. Dann folgt die nächste Fragerunde. Wir steigen wie immer mit der CDU-Fraktion ein. Sandra Funken hat sich gemeldet, bitte schön.

Abgeordnete **Sandra Funken:** Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die interessanten Vorträge. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Hafeneger und eine Frage an Frau Prof. Grendel.

Herr Prof. Hafeneger, Sie sprechen von politischer Teilhabe im Rahmen eines Generationenvertrags. Wie sollen wir Jugendliche, die überwiegend digital unterwegs sind, mit der Generation zusammenbringen, die sich durch Tageszeitungen und den öffentlichen Rundfunk informiert? Was für Vorschläge haben Sie dazu für uns?

Prof. Dr. Grendel, in Ihrem Vortrag haben Sie gesagt, ein Großteil der jungen Menschen erlebt nicht, dass ihre Meinung politisch gehört und berücksichtigt wird. Haben sich die Jugendlichen überhaupt schon politisch geäußert oder sagen sie im Vorhinein, dass sie es gar nicht erst probieren, und resignieren. Dazu interessiert mich Ihre Einschätzung und wie die politische Mitwirkung an dieser Stelle aussehen könnte.

Abgeordneter **Gerhard Bärsch:** Auch von meiner Seite vielen Dank für die Vorträge. Ich habe eine Frage an Frau Prof. Dr. Grendel. Sie haben angesprochen, dass es ein ausgeprägtes politisches Interesse der jungen Menschen gibt, sich politisch zu äußern und zu beteiligen, es aber für sie teilweise schwierig ist, sich formal an bestimmten institutionellen Beteiligungsformaten wie Kinder- und Jugendparlamenten etc. zu beteiligen. Wäre es vor diesem Hintergrund aus Ihrer Sicht wichtig, auch Kinder und Jugendliche, die nicht institutionell angebunden sind, in die Arbeit dieser Enquetekommission einzubinden, anzuhören, gegebenenfalls auch niedrigschwellig, das heißt aufsuchend in ihrer Lebensrealität? Wäre es aus Ihrer Sicht auch wichtig, digitale Beteiligungsmöglichkeiten für diese Kinder und Jugendlichen zu schaffen oder auszubauen? Wie könnte das konkret aussehen?

Abgeordneter **Jochen K. Roos:** Meine Frage geht ebenfalls an Frau Prof. Dr. Grendel. Als wie wichtig erachten Sie es, bereits ab der Grundschule – wir beschäftigen uns neben Jugendrechten auch mit Kinderrechten – Beteiligungsformate, also Wahlen, zu integrieren? Der sozioökonomische Status ist zu diesem Zeitpunkt leider oftmals schon festgelegt. Könnten die Kinder so besser in Beteiligungskonzepte eingebunden werden?

Abgeordnete **Nadine Gersberg**: Meine Frage richtet sich an beide Sachverständige. Es wurde gesagt, dass es gut ist, so früh wie möglich mit der Einbindung von Kindern und Jugendlichen zu beginnen. Besonders Prof. Hafeneger frage ich: Glauben Sie, dass das die Rechte schwächen würde? Sie hatten gesagt, Partizipation kann bedeuten, dass die Rechte stark wird. Wenn man aber sehr, sehr früh damit beginnt, für Demokratie zu werben, könnte das dann die Rechte schwächen?

Reiner Jäkel: Vielen Dank für zwei sehr spannende Vorträge. In Bezug auf den Vortrag von Prof. Hafeneger habe ich eine Frage zur Alltagspartizipation. Familien entwickeln sich eher in Richtung von Aushandlungsorten. Es gibt aber immer noch autoritäre Elternhäuser. Es gibt Strukturen, die von Partizipation geprägt sind, aber es gibt auch andere. Wie ist diese Alltagspartizipation qualitativ und quantitativ zu entwickeln? Welche Entscheidung braucht es, welche Stellschrauben braucht es, um darauf überhaupt einen Einfluss zu haben, um dann möglichst vielen jungen Menschen diese Erfahrung zu ermöglichen und sie nicht in der Frustration enden zu lassen?

Eine weitere Frage an beide Sachverständigen bezüglich dieses Ausschlusses von Teilhabe und Partizipation aufgrund von sozialen oder an Bildungsständen orientierten Strukturen: Was sind Gelingensfaktoren und was ist der Auftrag diesbezüglich an Enquetekommission und Politik, Partizipationsstrukturen zu gestalten, um jungen Menschen auch dort Teilhabe zu ermöglichen?

Abgeordnete **Lara Klaes**: Vielen lieben Dank für beide Vorträge. Es erinnert mich an mein Studium der sozialen Arbeit, daher war es spannend. Meine erste Frage geht an Prof. Hafeneger. Sie haben viel darüber gesprochen, dass Partizipation wichtig für die Demokratie ist. Natürlich haben wir auch viele Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Ungerechtigkeit nicht diese Ressourcen haben. Daher lautet meine Frage: Was braucht es, um Partizipation für alle zu ermöglichen, auch für Jugendliche, die z. B. nicht die Möglichkeit haben, in Jugendverbänden zu sein?

Die andere Frage richtet sich an Prof. Dr. Grendel. Die Frage ist vielleicht auch etwas kritisch gegenüber uns in der Politik. Wäre es vielleicht sinnvoll, wenn wir als Enquetekommission – wir sprechen auch über ein Beteiligungskonzept, was darauf zielt, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen – genau dort hingehen würden, wo die Jugendlichen sind, die eben noch nicht politisiert sind oder von den Strukturen erfasst werden? So könnten wir in Stadtteile gehen, von denen man weiß, dass Kinder und Jugendliche dort bildungsbenachteiligt sowie sozioökonomisch benachteiligt sind. Wäre das etwas, was wir in der Politik machen sollten?

Abgeordnete **Julia Herz**: Vielen Dank für die Ausführungen. Ich habe auch eine Frage an Frau Prof. Grendel. Sie haben gegen Ende Ihrer Ausführungen erwähnt, dass das Potenzial, gerade was die digitale Welt betrifft, noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Sie sehen digitale Beteiligungsformate als sehr sinnvoll an. Gleichzeitig führen wir eine Debatte zum Thema Social-Media-Verbot. Können Sie vielleicht eine Einschätzung dazu geben, wie Sie dazu stehen und wie Sie das vor dem Hintergrund der Möglichkeiten, die Social Media bieten, einschätzen?

Eine weitere Frage zu der Gerechtigkeitsstudie, die Sie aufgeführt haben. 78 Prozent sind der Meinung, dass Leute wie sie keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung macht. 72 Prozent gehen davon aus, dass sich Politikerinnen und Politiker nicht darum kümmern, was Jugendliche denken. Das sind sehr beunruhigende Zahlen. Eine Frage zu Ihrer Perspektive: Welche Möglichkeiten haben wir als Politikerinnen und Politiker, diese Gefühle abzubauen? Das eine ist, Gespräche zu suchen und Gesprächsformate aufzubauen. Wir haben in der Enquetekommission aber auch schon darüber gesprochen, dass die Zeiträume extrem lang sind, bis es zu einer Umsetzung kommt. Uns als Politikerinnen und Politikern sind da manchmal auch die Hände gebunden. Vielleicht frage ich auch Sie beide: Welche Möglichkeiten gibt es da, Frustration vorzubeugen bzw. einen guten Umgang damit zu finden?

Abgeordnete **Wiebke Knell**: Zunächst auch vielen Dank von meiner Seite für die interessanten Vorträge. Viele meiner Fragen sind schon gestellt worden. Deswegen habe ich nur eine kleine Nachfrage an Frau Prof. Grendel. Kennen Sie – unabhängig von der Frage digital oder nicht – Formate, die auch auf dem ländlichen Raum gut funktionieren, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendarbeit zu stärken?

Herr Prof. Hafeneger, wie erreichen wir denn die jungen Menschen, mit denen wir eigentlich sprechen müssten? Sie haben viel von politisch engagierten jungen Menschen gesprochen. Diese sind nicht Teil des Problems. Wir kennen sie alle. Wir hören sie auch. Das sind auch diejenigen, die sich am HOP!-Landesjugendkongress und anderen Formaten beteiligen. Spannend wäre es, genau mit denen zu sprechen, zu denen wir vielleicht keinen Zugang haben, die sich auch nicht in unserer Bubble befinden. Wir kämpfen damit, diese einzubinden und zu sehen. Vielleicht haben Sie einen Hinweis, wie wir diese jungen Menschen gezielt ansprechen können.

Antwortrunde

Vorsitzende: Vielen Dank für die Fragen. Ich gebe zunächst Herrn Prof. Hafeneger das Wort für die Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen. Wir behalten im Blick, dass alle Fragen beantwortet werden.

Prof. **Dr. Benno Hafeneger**: Zum Generationenvertrag. Die Fachdiskussion hierzu beginnt gerade. Es ist mehr ein Diskursanfang der Erwachsenengeneration, an die junge Generation gewandt öffentlich zu diskutieren, wie sie verantwortlich und zuständig für die Zukunft und die Demokratie der jungen Generation ist. Also: Wir halten uns nicht heraus, sondern wir sind dafür verantwortlich, wie euer Leben in Zukunft aussehen wird, obwohl es euer Leben ist, was wir dann nicht mehr beeinflussen werden. – Die Frage ist, welche Foren und Formate es geben kann. Darüber wird zu reden sein. Das kann in Verbänden ein Diskurs zwischen Jugendbereich und Erwachsenenverband sein. Das kann in Kommunen eine Bürgerversammlung sein, zu der beide Generationen eingeladen werden. Es geht darum, Diskurse über die gemeinsame Verantwortung zu eröffnen. Dabei gilt es, einen Blick dafür zu haben, dass wir Erwachsene die Gesellschaft so

entwickelt haben, wie sie ist, mit allen Sorgen und Problemen. Diese Probleme und Sorgen müssen wir aufnehmen und uns dieser Verantwortung stellen. Es geht um die verantwortungsethische Dimension. Das wollte ich andeuten. Damit sind wir ganz am Anfang.

Das ist noch aus einem weiteren Grund wichtig. Alle Diskurse über Generationenkonflikte, die es so gar und gibt, wären so zu vermeiden. Die Vorwurfshaltung der jungen Generation gegenüber der Erwachsenengeneration, welche Welt sie ihnen überlassen, muss diskutiert werden. Das ist auch zu formulieren. Es geht um ein ganz neues Format von Generationendialog, um Generationenspaltungen und Generationenpolarisierung zu verhindern. Das ist ein erster Hinweis in diese Richtung. Erste Beispiele gibt es dafür noch nicht. Auf allen Ebenen gilt es, darüber nachzudenken, wie man damit umgehen kann.

Im Rahmen der Schulstudien gibt es durchaus valide Erkenntnisse. Je mehr sich Kinder in der Schule wohlfühlen, sich geborgen fühlen und gerne in die Schule gehen, wenn Schule ein Ort ist, an den sie gerne gehen – wegen Lehrern, wegen Freunden und auch dem Lehrstoff –, wenn diese positive Besetzung von Schule stattfindet, dann sind die Kinder und Jugendlichen auch gut in die Gesellschaft integriert. Sie sind dann wenig anfällig, für eine problematische Entwicklung und Deutungsweisen. Wenn demokratische Integration von den jungen Menschen in der Familie, in der Schule oder auch in der Kita als Leben im Diskurs positiv gewürdigt und wahrgenommen wird, dann sind auch Bindungen an die Gesellschaft insgesamt und an die Demokratie gegeben. Das muss nicht so sein, aber es sind gute Voraussetzungen und gute Lernerfahrungen dafür. Je mehr die Kinder Probleme haben – im Elternhaus, in der Schule und in der Kita – und ihre Sorgen nicht aufgenommen werden, desto schwieriger wird die weitere Entwicklung, desto eher treten auch problematische Verarbeitungsweisen auf – sowohl politisch-ideologisch, aber auch in Form von gesundheitsgefährdenden Entwicklungen. Diese Dimension der positiven Gesellschaftserfahrung ist überall zentral und die Grundvoraussetzung für das Übertragen der Erfahrung in die Gesellschaft hinein, was Demokratie, Lebensweise und Bereitschaft zu partizipieren anbelangt.

Ein anderer Punkt. Man hört immer, dass es darum gehe, als Politik die Jugendlichen „zu erreichen“. Damit habe ich schon meine Probleme. Natürlich wird ein Teil der Jugendlichen in Jugendverbänden erreicht. Über offene Kinder- und Jugendarbeit wird in verschiedenen Bereichen auch beteiligt. Eigentlich muss es aber darum gehen, wo die Kinder und Jugendlichen sind. Wo halten sie sich auf? Was machen sie? Wo partizipieren sie in ihrem Alltag? Da muss man hingehen, um zu sehen, wie ihre Kultur ausgeprägt ist, wo sie sich bewegen, was für ein jugendkulturelles Leben sie führen. Wie finden wir Zugänge zum wirklichen Leben von Jugendlichen? Das hat etwas mit Professionalität zu tun. Wenn man das als Kommune oder Geldgeber will, dann braucht es die Ressourcen, um genau dort hinzugehen. Völlig unabhängig von uns allen entwickeln Jugendliche ihre eigene Jugendkultur in ihrer Zeit. Das lebt ein Großteil der jungen Generation. Hätten Sie vor 30 oder 20 Jahren gedacht, dass es Skateranlagen geben würde? Das entwickelt sich. Jugendkultur entwickelt sich aus der jeweiligen Jugendgeneration heraus. Dort sind sie zunächst. Dort leben sie. Die Frage ist: Wollen wir einen Zugang zu ihnen? Wollen wir die Kommunikation dorthin? Wollen wir mehr, als dass sie nur ihren jugendkulturellen Alltag leben? „Erreichen“ ist eine Art pädagogische Auftragsformulierung der Erwachsenenwelt. Zum Teil wollen sie gar nicht erreicht werden, sondern nur ihr Jugendleben leben und so weiter. In diesen spannenden Prozess

muss man sich einbringen, aber zunächst muss man sehen, wo alltagskulturelle Treffpunkte, Gelegenheiten, Orte und Zeiten der jungen Generation sind, die wir mit unseren Strukturen, Zugängen und Möglichkeiten nicht erreichen. Das ist unter anderem eine Frage von Professionalisierung und auch von Ressourcen. Die Lebenswelt selbst ist eine wichtige Dimension.

Dazu gibt es schon eine ganze Reihe an Versuchen. In Baden-Württemberg läuft gerade ein sehr spannendes Projekt, wie man im Wohnungsnahbereich, im Stadtteil community-orientiert neue Zugänge findet und neue Treffgelegenheiten anbietet – im Straßenzug, in einer großen Straße, wo es keinen Treffpunkt gab. Es geht darum, wie man dort einen Treffpunkt anbieten kann. Das ist offene Jugendarbeit. Das kann von einem Jugendverband organisiert werden. Es geht darum, so alltagsnah, community-orientiert und so nah, wie es nur geht, Angebote als kommunale Infrastruktur zu machen, um kommunale Zugehörigkeit zu erreichen. Das ist eine prozedurale Dimension, neue Wege zu gehen und sehr kleinteilig zu experimentieren.

Natürlich gibt es auch negative Erfahrungen, dass Partizipation scheitert. Sie wird angeboten, geplant, man trifft sich, man hat ein Vorhaben, aber es gelingt aus verschiedenen Gründen nicht. Das gehört zum Leben dazu. Es geht auch darum, diese negativen Erfahrungen, die vielleicht zunächst mit Ärger, Wut und Frustration verbunden sind, aufzunehmen und so zu bearbeiten, dass sie nicht mehr diesen negativen Spin haben, sondern mutmachend so aufgearbeitet werden, dass es weitergeht. Partizipation gelingt nicht immer. Der Alltag und das Leben erlauben es nicht immer, dass geradlinige Partizipation gelingt. Plan und Wirklichkeit sind immer zwei Aspekte. Professionelle Begleitung in der Bearbeitung solcher Prozesse ist auch von größter Bedeutung.

Noch einmal kurz zurück zum Generationenvertrag. Zwei Dimensionen sind da wichtig: Zukunft und Hoffnung. Die junge Generation hat ihr Leben noch vor sich, und zwar unter den Bedingungen des Aufwachsens heute. Wie kann im Generationendialog mit einem Generationenvertrag diese Hoffungsdimension geboten werden? Hannah Arendt wird der Satz zugeschrieben: „Die deutsche Gesellschaft braucht Zuversicht.“ Sie hat 1945, als sie aus den USA kam, die deutsche Realität beobachtet. Sie hat das alles sehr differenziert beschrieben und gesagt: Was es für die Entwicklung der Bundesrepublik braucht – das könnte man für heute auch sagen –, ist Zuversicht für das weitere Leben. Die junge Generation ist diejenige, die diese Zukunft leben und tragen muss. Die Erwachsenen müssen die Zuversicht und die Hoffnung mit in den Diskurs eingeben. Ich halte das für eine gute Überlegung. Natürlich stellt sich die Frage, was das prozedural bedeuten würde, aber das wäre Gegenstand für einen weiteren Vortrag.

Prof. Dr. Tanja Grendel: Die erste Frage bezog sich auf die Gerechtigkeitsstudie und die Aussage, dass junge Menschen das Gefühl haben, nicht gehört zu werden. Sie wollten wissen, ob Frustrationserfahrungen im engeren Sinne im politischen Kontext dahinterstecken. Diese Befragung differenziert an der Stelle nicht, inwieweit und in welchen Bereichen sich die Jugendlichen engagieren. Es ist aus meiner Sicht ein Ausdruck dafür, dass junge Menschen das Gefühl haben, dass generell die Perspektiven von Jugendlichen in der Politik keinen großen Stellenwert haben. Das knüpft ein wenig an die Befunde an, die Sabine Andresen in Bezug auf die Corona-Studien angesprochen hat.

Beim nächsten Thema geht es um die Einbindung von Jugendlichen in die Enquetekommission. Dazu gab es zwei Nachfragen. Ich werde versuchen, beides in der Beantwortung miteinander zu verbinden.

Sie hatten gefragt, ob es Sinn macht, nicht erreichte Jugendliche einzubinden. In jedem Fall ist das so. Das ist auch etwas, was ich in Projekten aktuell stärker versuche. Wenn ich mir Beteiligungsformate anschau, blicke ich daneben auch darauf, wie man an die Perspektiven von jungen Menschen kommt, die nicht in Strukturen eingebunden sind. Eine Möglichkeit ist es, mit der aufsuchenden Jugendarbeit eine Kooperation einzugehen, mit ihnen rauszugehen. Das ist auch schon von Benno Hafeneger gesagt worden, dass man dahin geht, wo die Jugendlichen sind. Sie im Stadtteil aufzusuchen, sollte man auf jeden Fall, darüber hinaus sollte man aber auch immer prüfen, ob man über bestehende Angebote Zugänge hat, in denen die Jugendlichen sind, weil das einen vertrauensvollen Rahmen schafft und man beispielsweise gemeinsam mit Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern einen guten Zugang herstellen kann.

Beim Digitalen sehe ich unausgeschöpfte Potenziale. Ich habe heute keine Best-Practice-Beispiele, die ich aus der Tasche ziehen könnte. Generell ist mein Eindruck: Wenn man mit Menschen spricht, die mit jungen Menschen zu tun haben, stellt man fest, dass es da eher eine Abwertung des Digitalen gibt. Natürlich gibt es die Risiken. Sabine Andresen hat anfangs auch gesagt, dass man sich differenziert damit auseinandersetzen muss. Gleichwohl sehe ich dort auch Potenziale. Wir haben auch in Projekten gesehen – allgemeiner, nicht nur auf Social Media fokussiert –, dass der digitale Raum auch ein wichtiger Bildungsraum für junge Menschen ist. Sich genau anzusehen, was die da eigentlich machen und was Bildungserfahrungen sind, die damit verbunden sind, macht Sinn. Es gilt, ausgewogener auf Vorteile, Nachteile und Risiken zu schauen und dann zu prüfen, was passt. Man muss das gemeinsam mit den jungen Menschen ausprobieren. Was nicht funktioniert, ist, eine Veranstaltung ausnahmsweise mit einem QR-Code zu bewerben. Dadurch wird sie nicht digital und ansprechend für Jugendliche. Man muss da tiefer gehen und mehr wagen.

Sie hatten gefragt, ob es wichtig ist, schon in der Grundschule Partizipationserfahrungen stärker mitzudenken. Das ist auf jeden Fall so. Sabine Andresen hat vorhin einen Einblick in Familie als Sozialisationskontext gegeben. Wir haben dabei gesehen, dass ein größerer Anteil junger Menschen sagt, dass sie dort Mitbestimmungserfahrungen machen. Wir haben in der Kita, würde ich sagen, noch stärker partizipativere Konzepte. Dann kommt der Übergang zur Schule. Dort ist es einfach sehr unterschiedlich. Daher wäre es enorm wichtig, sehr früh in diesen Bildungsinstitutionen Partizipation stärker mitzudenken. In meinem Vortrag habe ich versucht, zu betonen, dass Schule als eine gesellschaftlich legitimierte Instanz einen ganz wichtigen Einfluss darauf hat, wie Jugendliche Gesellschaft und Funktionsweisen von Gesellschaft wahrnehmen. Aus meiner Sicht ist das auf jeden Fall ein wichtiger Punkt.

Es gab dann noch eine Frage zum Ausschluss von Partizipationsgefahren, was Gelingensbedingungen dafür sind. Mir ist wichtig, heute mit meinem Beitrag einen Perspektivwechsel anzuregen, nicht immer darauf zu blicken, warum junge Menschen etwas nicht machen, sondern darauf zu

schauen, wie man Angebote so gestalten kann, dass sie für Jugendliche anschlussfähiger sind. Dieser Perspektivwechsel ist enorm wichtig.

Eine weitere Frage war, was es braucht, damit alle partizipieren. Ich weiß gar nicht, ob das das Ziel ist. Es ist völlig in Ordnung, wenn junge Menschen für sich begründet entscheiden, sich nicht zu beteiligen. Schwierig ist hingegen, wenn systematisch bestimmte Gruppen ausgeschlossen sind. Das ist mein Punkt. Daran muss man arbeiten. Das andere entscheiden Menschen, wie wir alle, für sich.

Ich hatte schon gesagt, dass es wichtig ist, stadtteilaufsuchend zu arbeiten. Sie haben dann noch konkret über politische Beteiligung und die Herausforderungen gesprochen. Wir haben dort sehr formale Prozesse, die eine lange Zeit beanspruchen. Wir wissen, es ist für junge Menschen wichtig, wenn sie sich eingebracht haben – z. B. in einer Jugendkonferenz; das hatten wir diese Woche in Wiesbaden –, dass nachvollziehbar ist, was mit den Ideen passiert. Es ist nicht das Problem, wenn bestimmte Ideen nicht umgesetzt werden. Es ist aber ein Problem, wenn man das nicht mitbekommt und nicht weiß, wieso. Das ist auch von Sabine Andresen sehr deutlich ausgesprochen worden: Es geht um die Art, wie man darüber miteinander in den Dialog geht. Rückmeldungen dazu könnten auch manchmal schneller erfolgen. Man kann nicht erst eine Rückmeldung geben, wenn klar ist, dass das niemals in der Form geschieht. Das muss viel engmaschiger passieren und auch direkt in den Lebenswelten der Jugendlichen. Nicht die Jugendlichen sollten sich aktiv bemühen müssen, um das nachzuvollziehen, sondern es muss für sie leicht möglich sein, das mitzubekommen. Man muss sich darum bemühen und ihnen das Gefühl vermitteln, auch wichtig zu sein, weil es wichtig ist, eine Rückmeldung dazu zu geben, was mit diesen Ideen passiert.

Ein weiterer wichtiger Punkt, über den ich aus Zeitgründen in meinem Vortrag nicht gesprochen habe, ist der ländliche Raum. Sie haben nach Lösungsansätzen gefragt. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Thema. Im ländlichen Raum haben wir nicht die Strukturen der Jugendarbeit wie wir das vielfach in städtischen Räumen haben. Das heißt, wichtige Erfahrungsalternativen fallen dort weg. Ich finde, mit diesem Thema muss man sich auseinandersetzen. Wir haben dort Vereinsstrukturen, aber diese sprechen nicht alle Jugendlichen an. Teilweise gibt es dort selbstorganisierte Angebote, die auch wichtig sind, aber häufig nur für kurze Zeit bestehen, weil es dann wieder Gründe gibt – Lärmbelästigung und anderes; das muss ich Ihnen nicht erzählen –, aus denen diese Programme wieder eingestellt werden. Es braucht dann wieder eine neue Generation, die den Faden aufgreift und etwas Neues initiiert. Eine Möglichkeit wäre vielleicht auch, das stärker in Kooperation mit Schule zu denken. Das Digitale hatten Sie angesprochen. Das würde ich auf jeden Fall unterstützen. Das gleicht nicht alles aus, aber es ist wichtig, darüber nachzudenken.

Fragerunde

Vorsitzende: Dann schaue ich in die Runde, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Herr Leyh hat sich gemeldet.

Abgeordneter **Dominik Leyh:** Wir hatten bei der letzten Anhörung bereits gehört, dass es nicht darum geht, das Rad immer wieder neu zu erfinden. Wir haben existierende Strukturen, zuvorderst die Jugendorganisationen der Parteien. Ich wollte fragen, ob Sie, Herr Prof. Hafeneger, belastbare Zahlen zu den Mitgliedern in diesen Jugendorganisationen haben und ob Sie auch in diesen Organisationen eine strukturelle Abwanderung ins Digitale sehen oder ob dort weitergehend die analoge Teilnahme der primäre Approach ist.

Antwortrunde

Vorsitzende: Weitere Fragen gibt es nicht. Dann gehen wir direkt in die Beantwortung.

Prof. **Dr. Benno Hafeneger:** Ganz aktuelle Zahlen zu den Mitgliedschaften in den Parteijugendorganisationen habe ich nicht. Die Zahlen stagnieren in den letzten Jahren, sind eher rückläufig. Das differiert aber stark. Die LINKE hat zum Beispiel einen enormen Zulauf aus der jungen Generation, aus einem bestimmten Protestmilieu quasi, in den letzten Monaten gehabt, während die anderen Parteien relativ stabile Mitgliederzahlen haben. Das ist das Eine.

Das Andere: Wir wissen nicht nur aus den Parteijugendorganisationen, sondern insgesamt aus der Jugendarbeit, dass wir einen neuen Mix aus digitalen und analogen Treffen haben. Man besteht darauf, dass man sich trifft, analog zusammenkommt und face-to-face kommunizieren kann. Andererseits geht es im Mix auch darum, dass man sich nicht immer und nicht zu jedem Tagesordnungspunkt treffen *m u s s*. In den organisierten Partizipationszusammenhängen ist das aktuell eine spannende und produktive Entwicklung, diesen Mix hinzubekommen. Das gilt für die gesamte Gesellschaft. Es ist aber ein wichtiger Punkt, darauf zu bestehen, dass man sich nicht ausschließlich digital trifft. Das wird von den engagierten jungen Leuten so auch sensibel wahrgenommen. Wenn sie das kommentieren, sagen sie: Wir müssen uns auch analog treffen. Wir müssen uns sehen und streiten können. – Das ist eine produktive Gesamtentwicklung, die wir beobachten.

Zum ländlichen Raum noch kurz. Das ist natürlich eines der ganz spannenden Themen. Wir wissen insbesondere aus Entwicklungen in den östlichen Bundesländern – mit Hessen hat das jetzt weniger zu tun –: Je mehr Infrastruktur von Partizipation, Jugendarbeit und Jugendkultur wegfällt – also die Schließung von Jugendzentren oder die Auflösung von Jugendverbandsgruppen und ähnlichem –, je weniger demokratische Treffkulturen vorhanden sind, desto problematischer ist die Entwicklung und desto engagierter sind vor Ort andere Akteure, die Jugendliche einbinden und ihnen jugendkulturelle und Freizeitangebote machen. Jede Schließung eines Jugendhauses,

jede Auflösung einer Jugendgruppe, weil sie die paar Euro nicht mehr bekommt, um sich in einem Jugendraum zu treffen, führt genau dazu, dass Jugendliche nicht partizipieren. Das ist sozusagen eine anti-partizipative Strategievariante. Wichtig für die Förderpolitik ist, dass die Infrastruktur zu erhalten und zu sichern ist. Es muss an die Kommunen kommuniziert werden, dass so viel Demokratieerfahrung ermöglicht werden muss, wie zu machen ist. Darüber wird die Einbindung gewährleistet.

Vorsitzende: Dann kämen wir zur dritten Fragerunde, wenn es noch Fragen gibt. – Es hat sich niemand gemeldet. Dann sind wir am Ende dieser Diskussion und dieser Anhörung angelangt.

Im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen ganz herzlich Danke sagen für die spannenden Vorträge und die Antworten, die wir hören durften.

Wiesbaden, 26. November 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Maximilian Sadkowiak

Cirsten Kunz-Strueder

Anlagen

- Fragen der Fraktionen an die Sachverständigen
- Präsentationen der Sachverständigen
- Schriftliche Antwort von Herrn Prof. Dr. Yannis Theocharis

Fragestellungen zum Thema

**Soziologische und politologische Erkenntnisse zu
Teilhabevoraussetzungen und Partizipationseffekten**

Fraktion der CDU

1. Welche Wirkungen zeitigt effektive Partizipation nach dem bisherigen empirischen Erkenntnisstand für das politische Urteilsvermögen und die Demokratiezufriedenheit unter Kindern und Jugendlichen?
2. Inwiefern beeinflussen sozioökonomische Faktoren das Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen?
3. Gibt es empirische Anhaltspunkte, welche politische Maßnahmen die Partizipation unter Kindern und Jugendlichen besonders fördern können?
4. Wie lassen sich die schwankenden politischen Präferenzen unter Kindern und Jugendlichen empirisch erklären?
5. Bestehen empirische Erkenntnisse, welche sozialen Kontexte für die politische Willensbildung unter Kindern und Jugendlichen besonders einflussreich sind?

Fraktion der SPD

1. Welche Formen der Partizipation könne unterschieden werden und welche unterschiedlichen positive und negative Wirkungen oder Effekte können beschrieben werden? Welche Formen der Partizipation können auf den Landesebenen, auf Bundesebene und im europäischen Kontext beschrieben werden?
2. Können die Sicherstellung von Teilhabe, Beteiligung, Mitgestaltung und Partizipation von jungen Menschen als gesellschaftlicher/politischer Auftrag definiert werden?
3. Welche (auch langfristigen) Effekte, einer gelungenen Partizipation junger Menschen auf die Gesellschaft bzw. das politische System und welche Auswirkungen einer fehlenden, nicht ausreichenden oder nicht als erfolgreich erlebten Partizipation junger Menschen können beschrieben werden?
4. In welchem Verhältnis steht das Erfahren von Engagement, gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation junger Menschen zu ihrer Einstellung zu Demokratie und dem politischen System und wie wirken sich Teilhabehürden (z.B. sozioökonomischer Hintergrund, Biografie etc.) junger Menschen auf deren Einstellung zum politischen System aus?
5. Welche empirischen Befunde gibt es zu der quantitativen und qualitativen Entwicklung des freiwilligen oder ehrenamtlichen Engagements, der gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation junger Menschen?

Fraktion der AfD

1. Welche soziologischen Faktoren sind (nach Ihrer Forschung) entscheidend dafür, dass Bürger überhaupt aktiv politisch teilnehmen – und welche Rolle spielen dabei Sprache, kulturelle Prägung und Bildung im engeren Sinne?
2. Inwieweit sind die bestehenden Teilhabeprogramme tatsächlich wirksam in dem Sinne, dass sie zu mehr realer politischer Beteiligung führen, oder handelt es sich in erster Linie um symbolische Maßnahmen ohne messbaren Effekt?
3. Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen staatlich geförderter Integrations- und Teilhabepolitik und der Eigenverantwortung individueller Akteure hinsichtlich politischer Mitwirkung?
4. Welche empirischen Befunde gibt es dafür, dass Teilhabeprojekte langfristig zu einer stärkeren Identifikation mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung führen – und nicht lediglich kurzfristige Projektteilnahmen generieren?
5. Welche Defizite oder unbeabsichtigten Nebenwirkungen sehen Sie im Bereich staatlich initiiertem Teilhabeprogrammen, etwa in Bezug auf Abhängigkeiten von Fördergeldern, Parallelstrukturen oder selektiver Anspruchsgruppenbildung?

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Welche Erkenntnisse gibt es über bestehende Barrieren, die dazu führen, dass Beteiligungsangebote oft nur von bestimmten Gruppen von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen werden, und wie können diese Teilhabehürden abgebaut werden?
2. Welche Formen praktischer Beteiligung haben sich bisher als besonders wirksam erwiesen, damit auch bislang nicht oder kaum erreichte Gruppen von Kindern und Jugendlichen teilhaben und partizipieren?
3. Wie wirkt sich die gegenwärtige Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen, die von Dauerkrisen und dem stetigen Gefühl, politisch und gesellschaftlich übersehen und nicht ernst genommen zu werden, geprägt ist, auf deren gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation aus?
4. Wie wirken sich aktives Mitmachen bzw. die aktive Einbindung in Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozesse im Kindes- und Jugendalter auf die Persönlichkeitsentwicklung aus?
5. In welchem Zusammenhang stehen aktives Mitbestimmen und Partizipation im Kindes- und Jugendalter mit der späteren Wahlbeteiligung und politischem/sozialem Engagement im Erwachsenenalter?

Fraktion der Freien Demokraten

1. Welche Bedeutung haben Peergroups, Vereine oder digitale Communities für die politische Sozialisation und Teilhabeorientierung junger Menschen?
2. Welche Rolle spielen Sprachförderung und frühkindliche Bildung als Voraussetzungen für erfolgreiche politische Teilhabe und Integration junger Menschen?
3. Inwiefern beeinflussen familiäre Herkunft, Bildungshintergrund und soziales Umfeld das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft junger Menschen?
4. Gibt es evidenzbasierte Hinweise darauf, dass frühe Partizipationserfahrungen soziale Integration und Bildungserfolge positiv beeinflussen?
5. Welche politischen Formate und Beteiligungsangebote (z. B. Jugendparlamente, Schulsprecherkonferenzen, Online-Formate) sind laut Forschung besonders geeignet, um Jugendliche nachhaltig einzubinden?

Sabine Andresen

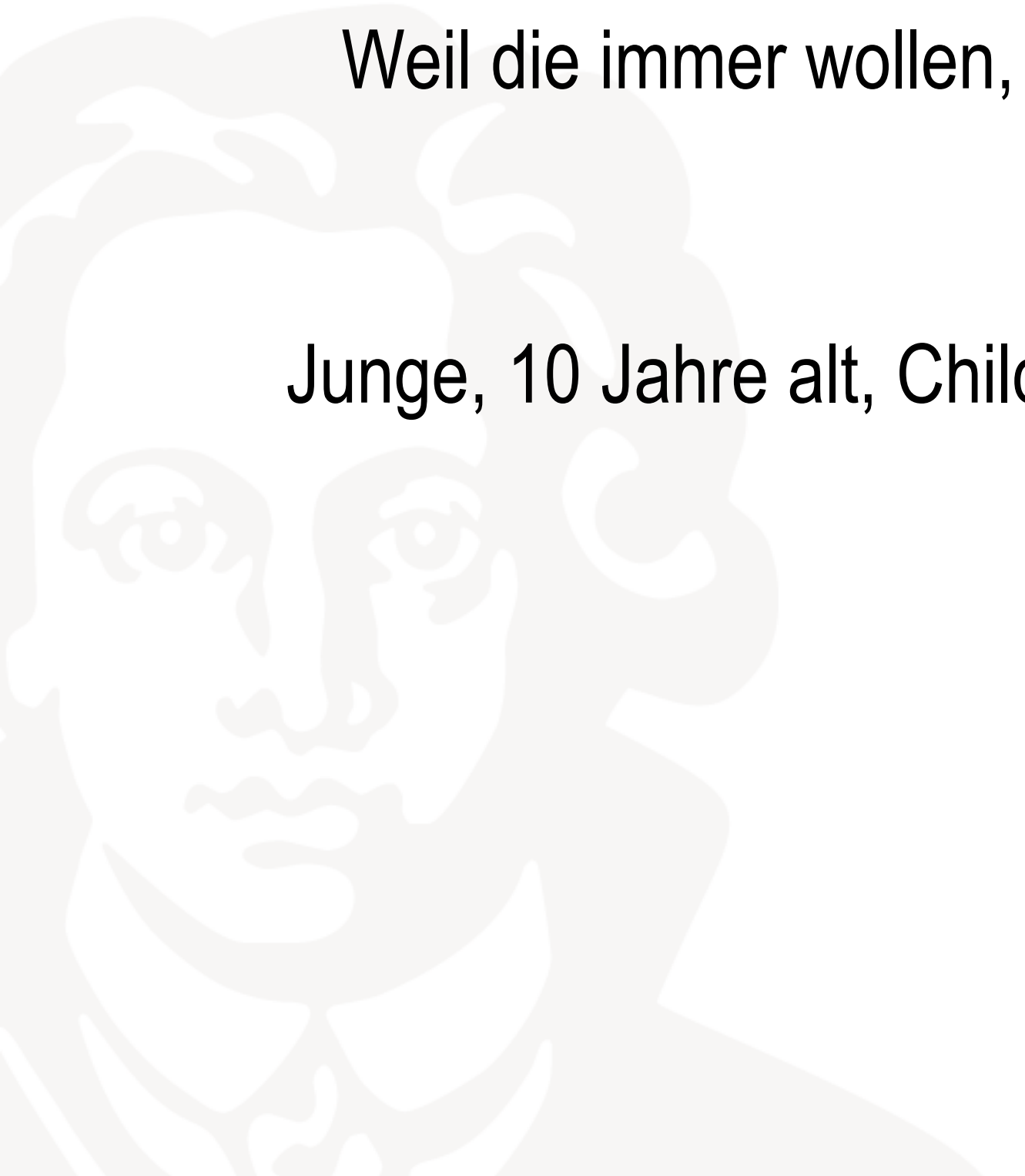
Soziologische und politologische Erkenntnisse zu Teilhabevoraussetzungen und Partizipationseffekten

Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung
junger Menschen stärken“,
Sitzung am 05.11.2025

Das Kind von heute sehen und hören

Bei mir ist es so, die **ganze Welt darf irgendwie immer über mich bestimmen**. Jeder bestimmt über mich. Und wenn ich was nicht mache, rasten irgendwie immer alle aus. Ich verstehe es wirklich nicht. Ich war zu Hause, sollte ich mich ändern. In der Schule sollte ich auch anders sein, als ich zu Hause sein sollte. Also komplett anders. Dann in meiner alten Gruppe musste ich auch anders sein. **Und das wird dann immer so weitergehen**. Weil die immer wollen, dass ich anders bin als wie die anderen.

Junge, 10 Jahre alt, Children's Worlds+ 2019

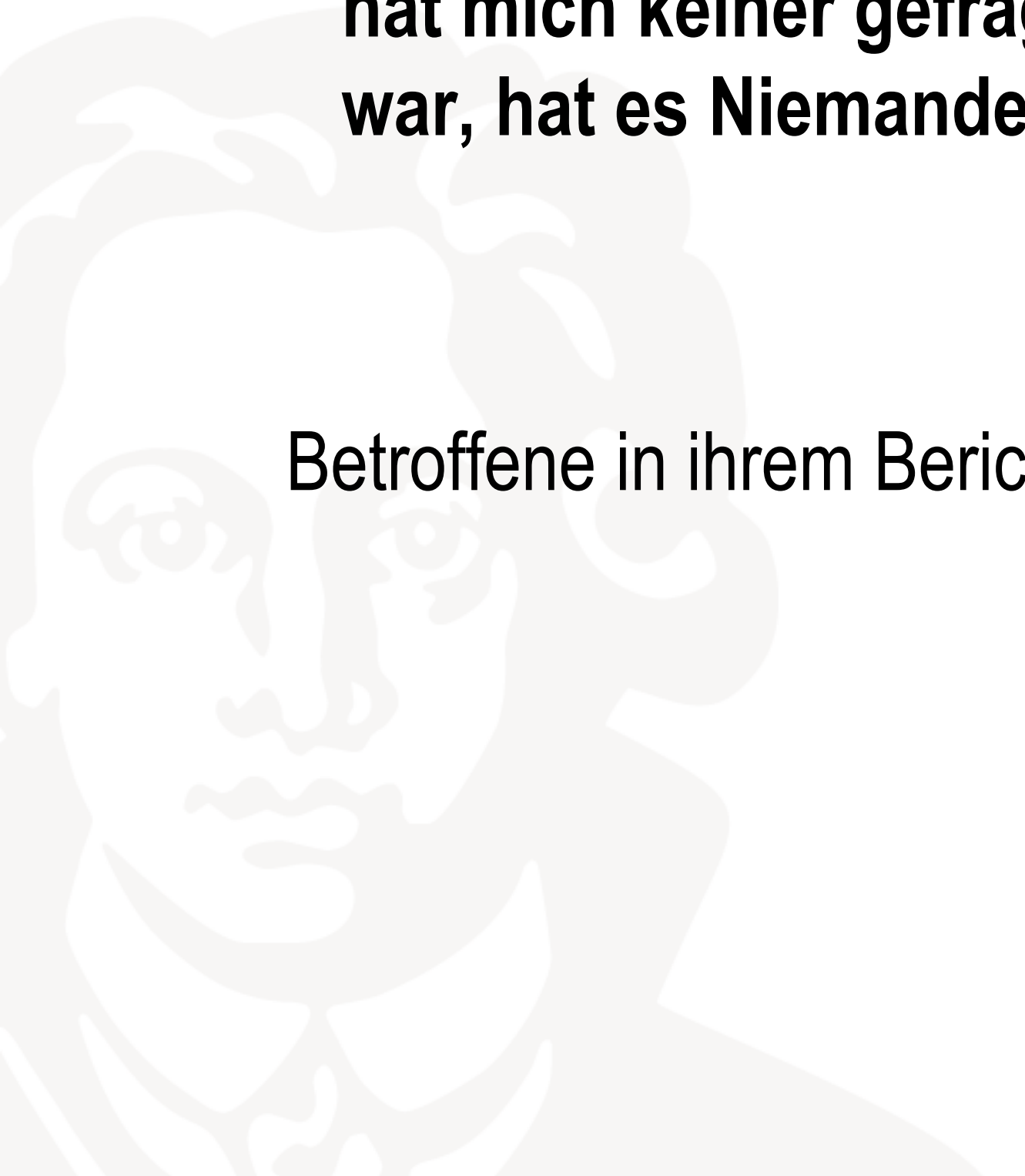


Das Kind von damals sehen und hören

Was hätte ich damals gebraucht?

Einen Menschen, der mir sagt: Du bist wichtig und wertvoll für mich. Ein Mensch, der nicht aufhört zu fragen und der mich richtig ansieht. Ein Mensch, der ehrlich ist und freundlich und der zu mir hält, egal was kommt. **Damals hat mich keiner gefragt: Wie geht es dir heute?** Vielleicht hätte ich darüber mal nachgedacht. **Als ich ein Kind war, hat es Niemanden interessiert.** Gerade zu dieser Zeit hätte ich diese **fürsorgliche Frage** gebraucht.

Betroffene in ihrem Bericht an die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs



Perspektiven auf die Fragen aus den Fraktionen

- **Wirkungen** von (fehlenden) Partizipations- und Teilhabeerfahrungen?
- **Formen** der Partizipation, Angebote bzw. Programme?
- **Gelingsbedingungen (Hürden)** im politischen Raum für Partizipation und Teilhabe?
- **Relevanz** sozialer Kontexte für Teilhabe und Partizipation?
- **Bedeutung von Bildung?**

Ansatzpunkt aus der Kindheits- und Jugendforschung: Was sagen diejenigen, um die es hier geht, zu Teilhabevoraussetzungen und Partizipationseffekte?

Ansatzpunkt des Kinderrechteansatzes: Interesse, Rechte, Bedarfe von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigen und das transparent machen und das Recht auf Partizipation konsequent berücksichtigen.

Althaus, N. (2024). Machtvolle Konstellationen in Kindheits- und Jugendforschung sichtbar machen: Kritische Reflexion eines partizipativen Forschungsprozesses mit jungen Menschen. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 25(3). <https://doi.org/10.17169/fqs-25.3.4176>

Wilmes, J. & Andresen, S. (2023). The concept of needs in child well-being research: Lessons from a mixed methods study in Germany. *Child and Youth Services Review*. <https://doi.org/10.1016/j.chidyouth.2023.107019>

Wirkungen von (fehlenden) Partizipations- und Teilhabeerfahrungen?

Internationalen Forschung zu Child Well-Being (Child = unter 18 Jahre)

Aufschlussreiche empirische Befunde aus der vergleichenden Analysen der „Children’s Worlds“ Studie
(<https://isciweb.org/>.)

- **Optionen:** Ein Mangel an Optionen (choice) führt zu einem niedrigeren Well-Being
- **Gehör finden:** Am wenigsten zufrieden sind länderübergreifend Kinder und Jugendliche damit, wie Erwachsene ihnen zuhören.
- **Selbstkonzept (Self):** Zufriedenheit mit sich selbst, Selbstwirksamkeit.
- **„The unexplained“:** Nicht alles lässt sich erklären – Grenzen von Well-Being- und Wirkungsforschung erkennen.

Lee, B. J., & Yoo, M. S. (2017). What accounts for the variations in children’s subjective well-being across nations? A decomposition method study. *Children and Youth Services Review*, 80, 15–21. <https://doi.org/10.1016/j.chidyouth.2017.06.065>

Rees, G., Savahl, S., Bong Joo Lee, B. J. and Casas, F. (2020). *Children’s Worlds Report 2020. Children’s views on their lives and well-being in 35 countries. A report on the Children’s Worlds Survey, 2026-2019.* <https://isciweb.org/wp-content/uploads/2020/08/Childrens-Worlds-Comparative-Report-2020.pdf> (accessed: 13/09/2025]

Wirkungen von (fehlenden) Partizipations- und Teilhabeerfahrungen?

Kernbotschaften des 17. KJB 2024 (BMFSFJ 2024)

Vertrauen ist ein unverzichtbares Gut, insbesondere in **krisehaften Zeiten**.

- Wichtig für junge Menschen und ihre Familien.
- Entscheidendes Element für **gesellschaftliche Stabilität** und **Entwicklungsperspektiven**.

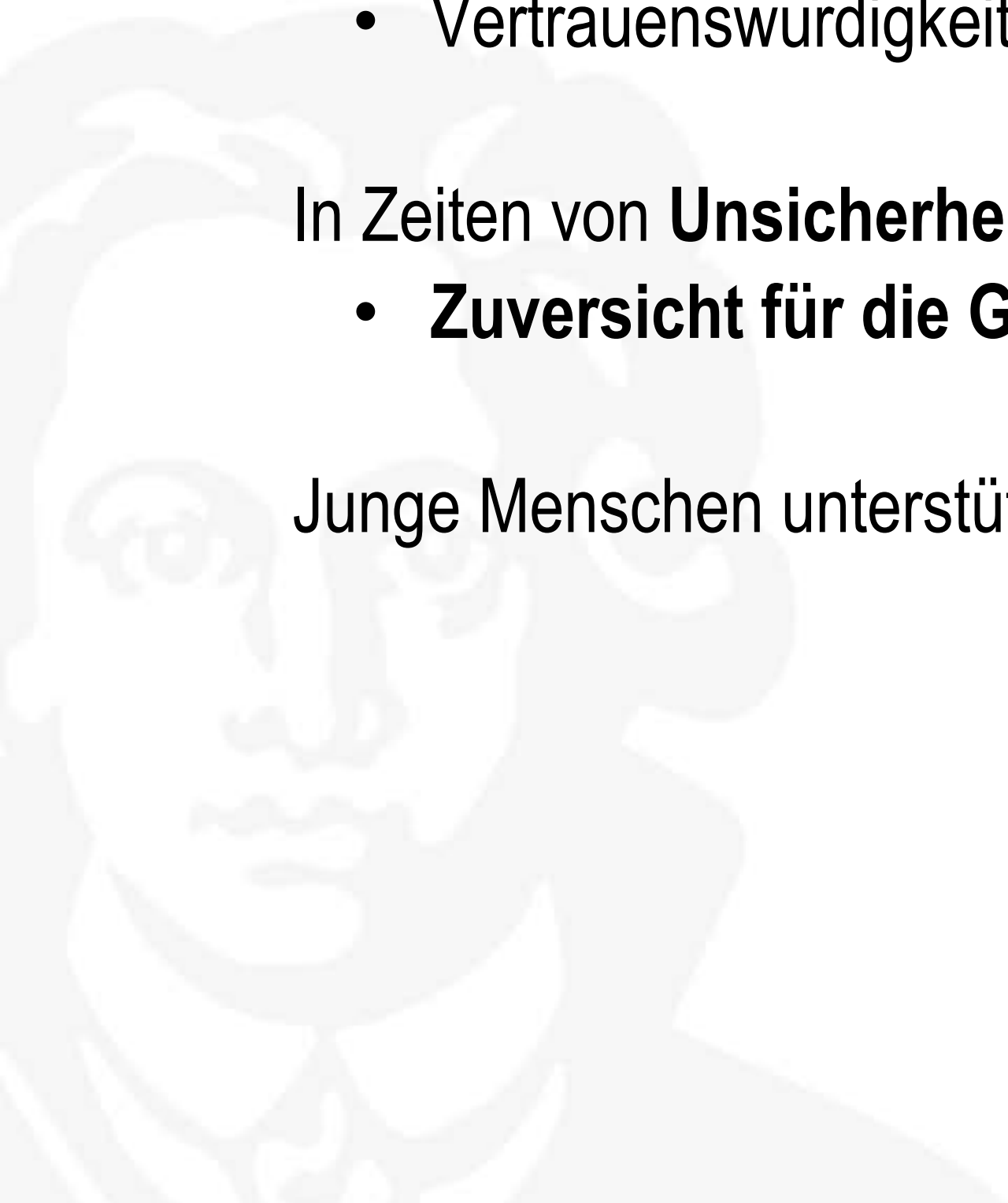
Vertrauenswürdige Personen, Organisationen und Institutionen sind entscheidend:

- Vertrauen und Zuversicht hängen eng zusammen.
- Vertrauenswürdigkeit muss nicht nur vermittelt, sondern auch bewiesen werden.

In Zeiten von **Unsicherheit und Dynamik** sind Rahmenbedingungen wichtig, die:

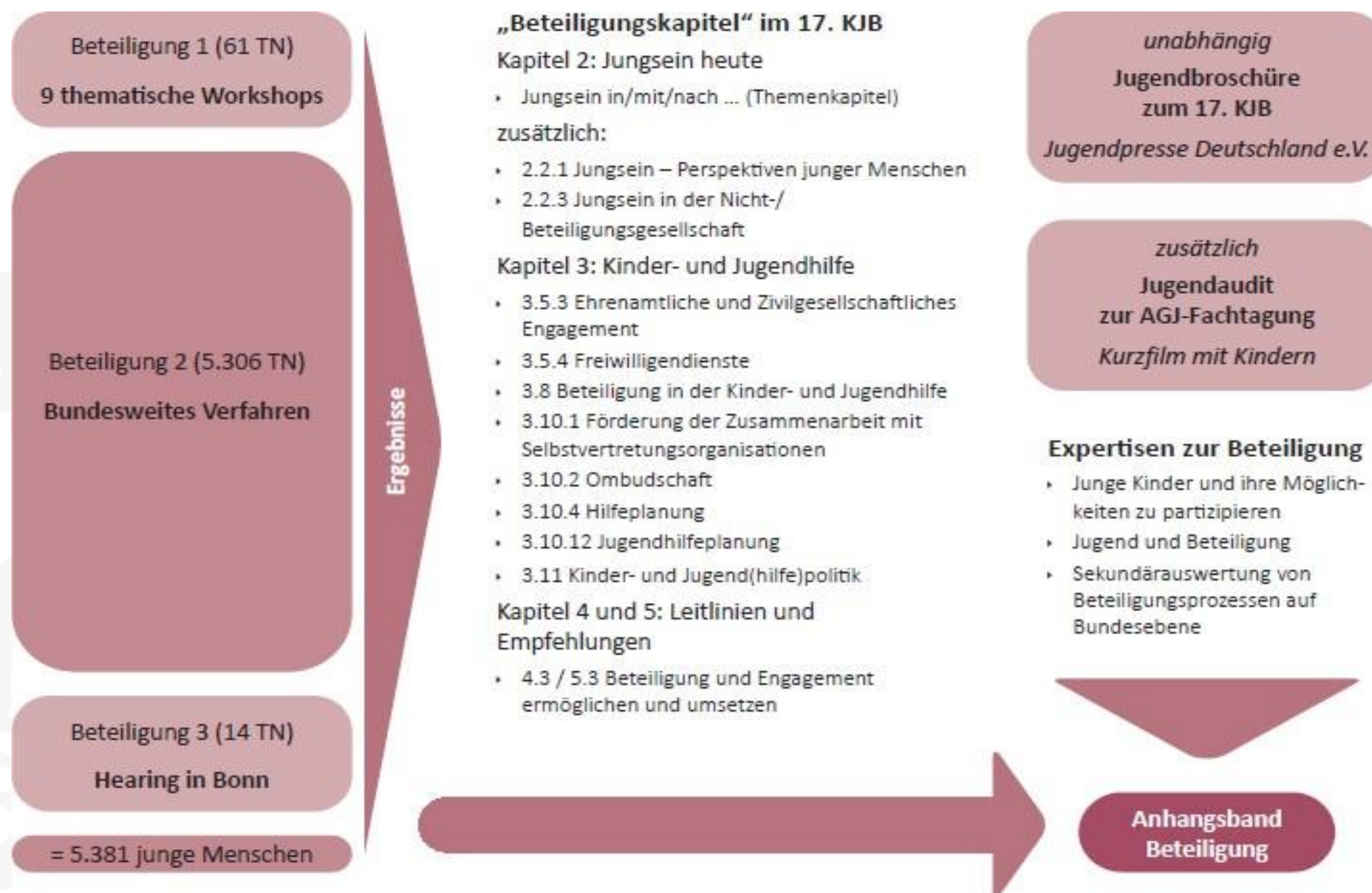
- **Zuversicht für die Gegenwart und Zukunft** ermöglichen.

Junge Menschen unterstützen durch **starke und resiliente Angebote** von Politik, Gesellschaft und Kinder- und Jugendhilfe.



Formen der Partizipation, Angebote bzw. Programme?

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024). 17. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebung und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Available at: <https://www.bmbsfj.bund.de/bmbsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628> [Accessed: 13/09/2025].



Formen der Partizipation, Angebote bzw. Programme?

Althaus, N. & Andresen, S. (2023). *Teilhabe und Beteiligung neu denken. Kinder und Jugendliche sprechen mit! Studienbericht des partizipativen Forschungsprojekts Peer2Peer*. Bertelsmann Stiftung,

IV (4 von 76)

Automatischer Zoom

1



Kinder und Jugendliche fordern eine gute Bildung.
Sie wollen unterschiedliche Dinge lernen, um später im Leben gut Bescheid zu wissen.

2



Kinder und Jugendliche wollen über ihr Leben mitbestimmen.
Erwachsene sollen sie immer fragen, mitsprechen und bestimmen lassen.

3



Kinder und Jugendliche brauchen andere, auf die sie sich verlassen können.
Gute Menschen müssen dem Kind helfen, es begleiten, aber nicht bestimmen.

4



Kinder und Jugendliche haben Rechte.
Die müssen mehr beachtet werden. Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit. Sie wollen nicht beleidigt werden. Niemand soll an ihre Sachen gehen.

5



Kinder und Jugendliche fordern genug Geld.
Sie brauchen so viel Geld, dass sie mitmachen können, zum Beispiel in einem Verein. Junge Menschen wollen aber auch sparen können.

6



Kinder und Jugendliche brauchen freie Zeit.
Sie mögen ihre Hobbys, aber sie wollen auch mal nichts machen.

7



8



9





Das denken wir über die Ergebnisse:

Viele Erwachsene denken:
Kinder und Jugendliche kann man gar nicht gut fragen, was sie brauchen. Das stimmt nicht!

Kinder und Jugendliche sagen gute Sachen.
Sie wünschen und fordern keinen Unsinn.
Junge Menschen bekommen alles mit, deshalb können sie zu allem etwas sagen.

Wenn man Kinder und Jugendliche fragt, ist wichtig:
→ nett sein,
→ ihnen etwas zutrauen,
→ ehrlich fragen,
→ sehr gut zuhören,
→ nachfragen.





Ein Kind, ein Jugendlicher, der dann irgendwann zu einem jungen Erwachsenen wird, soll selbst auch mal entscheiden können, [...] was auch immer du für einen Beruf machen willst, weil die Zukunft will man selbst entscheiden. Das ist ja dein Leben und nicht das Leben deiner Eltern (Zitat aus Workshop 14).

Gelingsbedingungen (Hürden) im politischen Raum für Partizipation und Teilhabe?

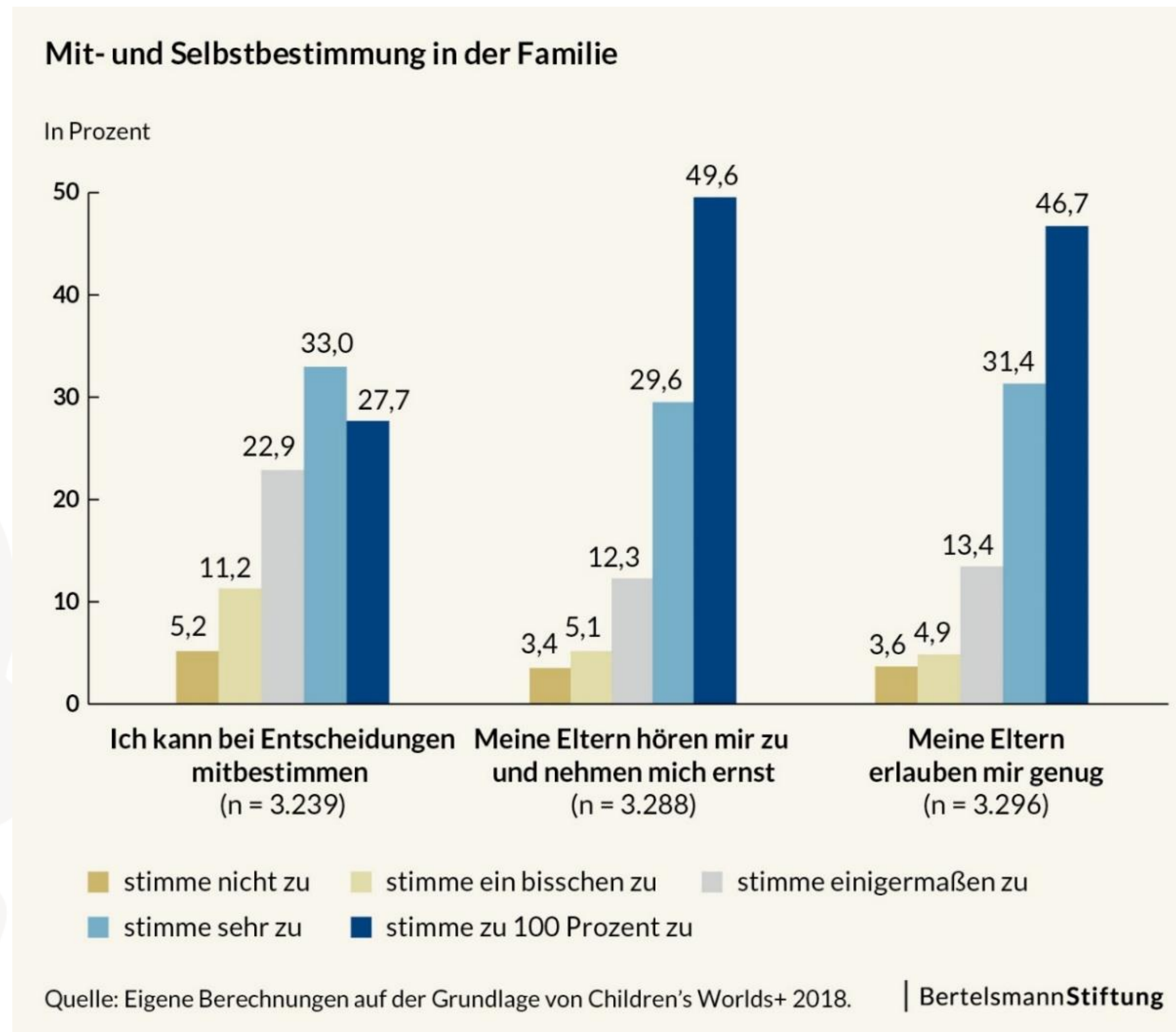
1. Das Recht auf Rechte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einfordern.
2. Partizipative Prozesse initiieren
3. Choice, Voice und Exit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
4. Expertise junger Menschen anerkennen.
5. Rechte bekannt machen, regelmäßig informieren und diskutieren.

Frage nach generationaler Gerechtigkeit.: „Mir ist eigentlich egal, ob jemand, Kinder und Jugendliche von oben herab behandelt oder ob er etwas Gutes ‚für‘ Kinder tun möchte. Das ist im Prinzip das Gleiche. **Man nimmt uns nicht ernst. Es kommt darauf an, dass wir beteiligt werden.**“ (Fabian, 16 Jahre, JexTeam 2019, S. 8)

Andresen, S. (2022). Bedarfe der Jugend und generationale Gerechtigkeit. Systematische und normative Überlegungen im Anschluss an empirische Befunde aus der Kindheits- und Jugendforschung. In Drerup, J., Felder, F., Magyar-Haas, V. & Schweiger, G. (Hrsg.), *Creating Green Citizens. Kindheit – Bildung – Erziehung. Philosophische Perspektiven* (S.197-213). Berlin, Heidelberg: J.B. Metzler

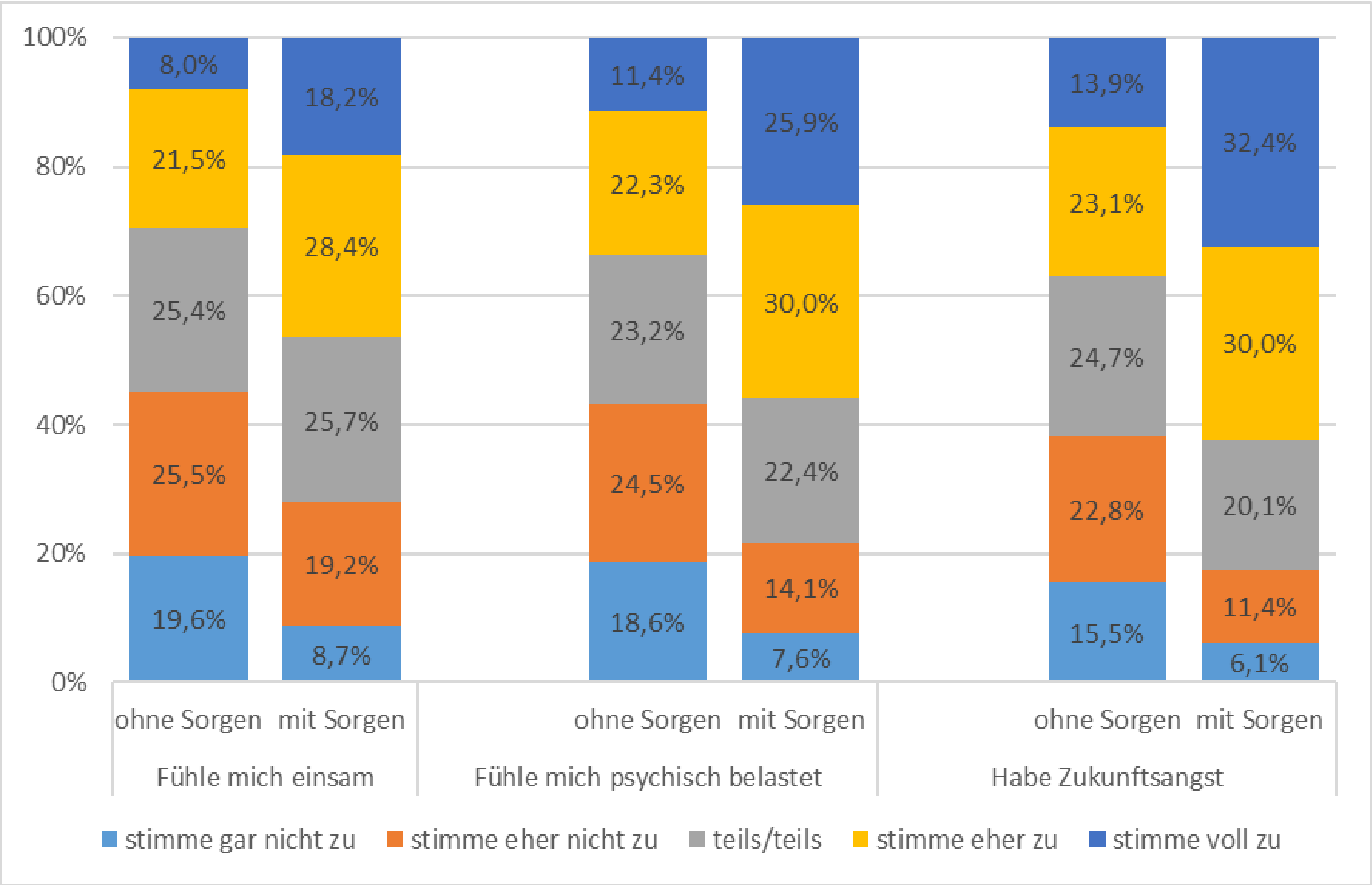
Relevanz sozialer Kontexte für Teilhabe und Partizipation? Bsp: Familie

Andresen, S. and Möller, R. (2019). *Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann.
<https://doi.org/10.11586/2019007>



Relevanz sozialer Kontexte für Teilhabe und Partizipation?

Andresen, S., Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S. & Wilmes, J. (2022). Verpasst? Vershoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim.

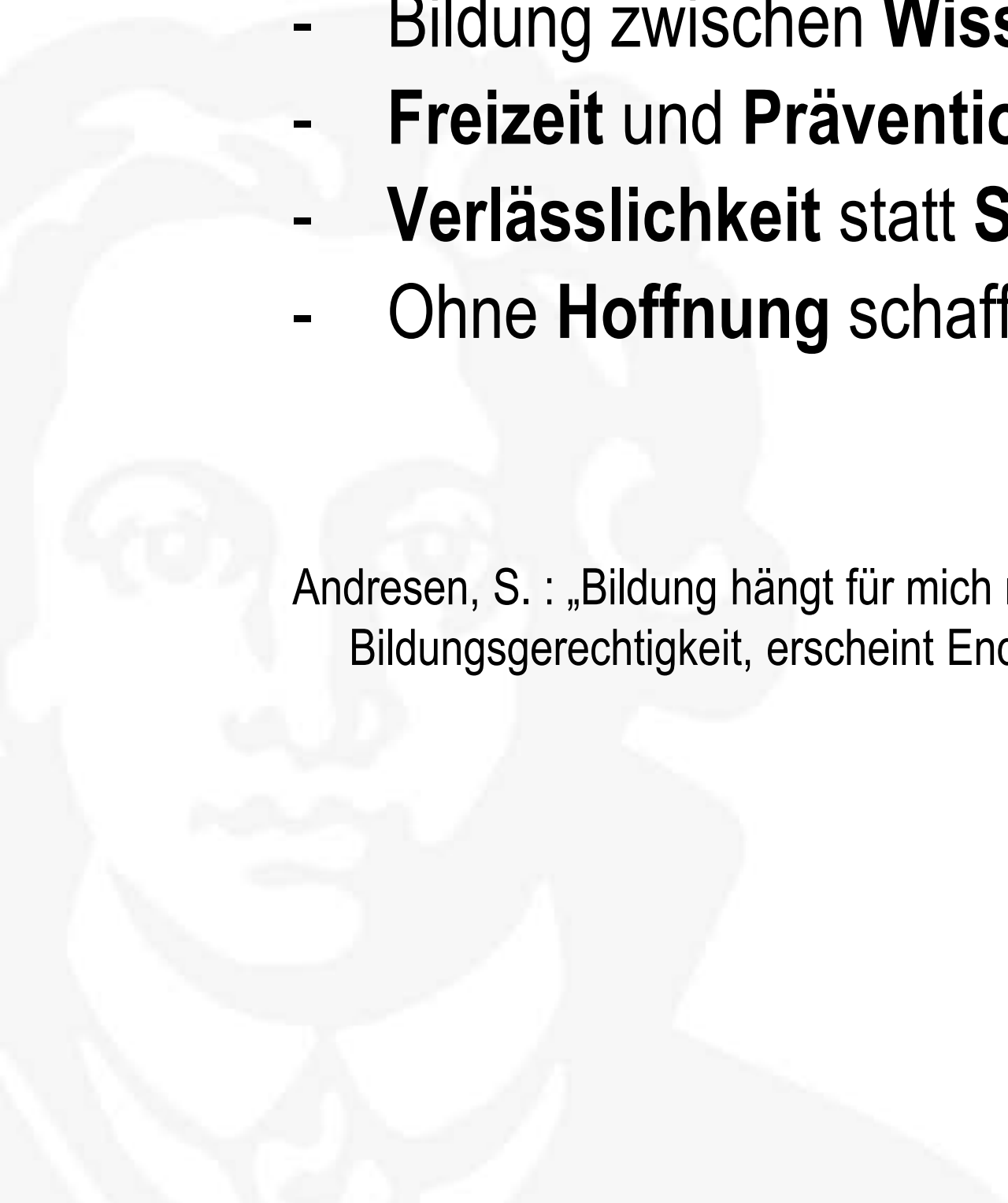


Bildung als zentrales Thema auch für Kinder und Jugendliche!

... aber ein etwas anderer Blick

- In einer **Schicksalsgemeinschaft** mit Lehrer:innen;
- **Beschwerdestellen und -möglichkeiten** für Kinder und Jugendliche im Bildungssystem schaffen;
- In Zeiten von **Fake News durch Bildung einen Anker** erhalten;
- Bildung zwischen **Wissen** über das Steuerrecht und Sport;
- **Freizeit und Prävention** fördern Gerechtigkeit;
- **Verlässlichkeit** statt **Schicksal** und **Zufälle** im System;
- Ohne **Hoffnung** schafft man es nicht;

Andresen, S. : „Bildung hängt für mich mit Freiheit zusammen“. Das Recht auf Bildung im Fokus erziehungswissenschaftlicher Kindheits- und Jugendforschung. Expertise für die Initiative Bildungsgerechtigkeit, erscheint Ende 2025. <https://bildungsgerechtigkeit.com/experten/>



Literatur

- Althaus, N. & Andresen, S. (2023). *Teilhabe und Beteiligung neu denken. Kinder und Jugendliche sprechen mit! Studienbericht des partizipativen Forschungsprojekts Peer2Peer*. Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/teilhabe-und-beteiligung-neu-denken-kinder-und-jugendliche-sprechen-mit?tx_rsmbstpublications_pi2%5BfilterSprache%5D%5B1%5D=1&cHash=940239928cd2b185c6c0ee2f185f8158, Accessed June 2024.
- Althaus, N. (2024). Machtvolle Konstellationen in Kindheits- und Jugendforschung sichtbar machen: Kritische Reflexion eines partizipativen Forschungsprozesses mit jungen Menschen. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 25(3). <https://doi.org/10.17169/fqs-25.3.4176>
- Andresen, S. and Möller, R. (2019). *Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann. <https://doi.org/10.11586/2019007>
- Andresen, S. (2022). Bedarfe der Jugend und generationale Gerechtigkeit. Systematische und normative Überlegungen im Anschluss an empirische Befunde aus der Kindheits- und Jugendforschung. In Drerup, J., Felder, F., Magyar-Haas, V. & Schweiger, G. (Hrsg.), *Creating Green Citizens. Kindheit – Bildung – Erziehung. Philosophische Perspektiven* (S.197-213). Berlin, Heidelberg: J.B. Metzler
- Andresen, S. : „Bildung hängt für mich mit Freiheit zusammen“. Das Recht auf Bildung im Fokus erziehungswissenschaftlicher Kindheits- und Jugendforschung. Expertise für die Initiative Bildungsgerechtigkeit, erscheint Ende 2025. <https://bildungsgerechtigkeit.com/experten/>
- Andresen, S., Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S. & Wilmes, J. (2022). *Verpasst? Verschoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024). *17. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebung und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*. Available at: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628> [Accessed: 13/09/2025].
- Lee, B. J., & Yoo, M. S. (2017). What accounts for the variations in children's subjective well-being across nations? A decomposition method study. *Children and Youth Services Review*, 80, 15–21. <https://doi.org/10.1016/j.childyouth.2017.06.065>
- Rees, G., Savahl, S., Bong Joo Lee, B. J. and Casas, F. (2020). *Children's Worlds Report 2020. Children's views on their lives and well-being in 35 countries. A report on the Children's Worlds Survey, 2026-2019*. <https://iscweb.org/wp-content/uploads/2020/08/Childrens-Worlds-Comparative-Report-2020.pdf> (accessed: 13/09/2025]
- Wilmes, J. & Andresen, S. (2023). The concept of needs in child well-being research: Lessons from a mixed methods study in Germany. *Child and Youth Services Review*. <https://doi.org/10.1016/j.childyouth.2023.107019>

Danke für Ihre Aufmerksamkeit ! 😊



Junge Menschen und Politische Partizipation in Deutschland

Entwicklungen, Digitale Trends und Herausforderungen für die Demokratie

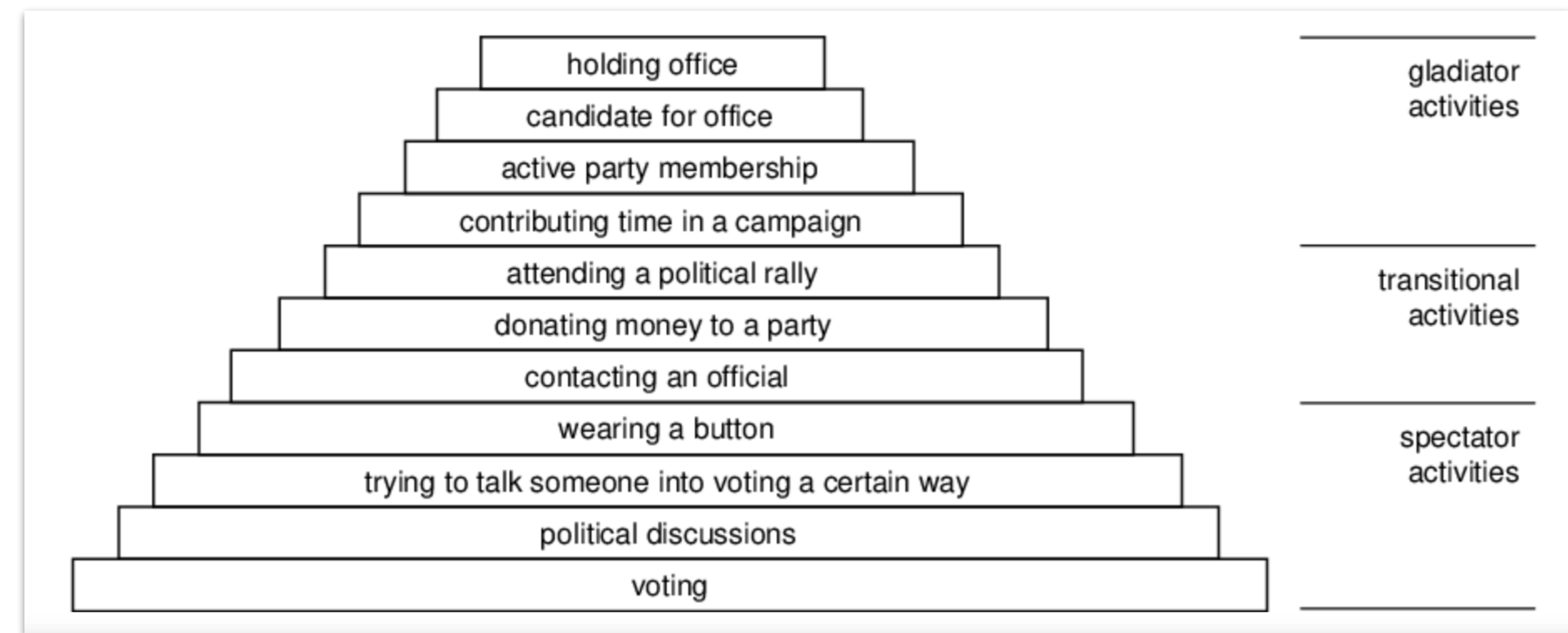
Prof. Dr. Yannis Theocharis
Lehrstuhl für Digital Governance
Technische Universität München

Anhörung der Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger Menschen stärken“

Hessischer Landtag, Wiesbaden – 5. November 2025

Was ist politische Partizipation? (1950 - 1960)

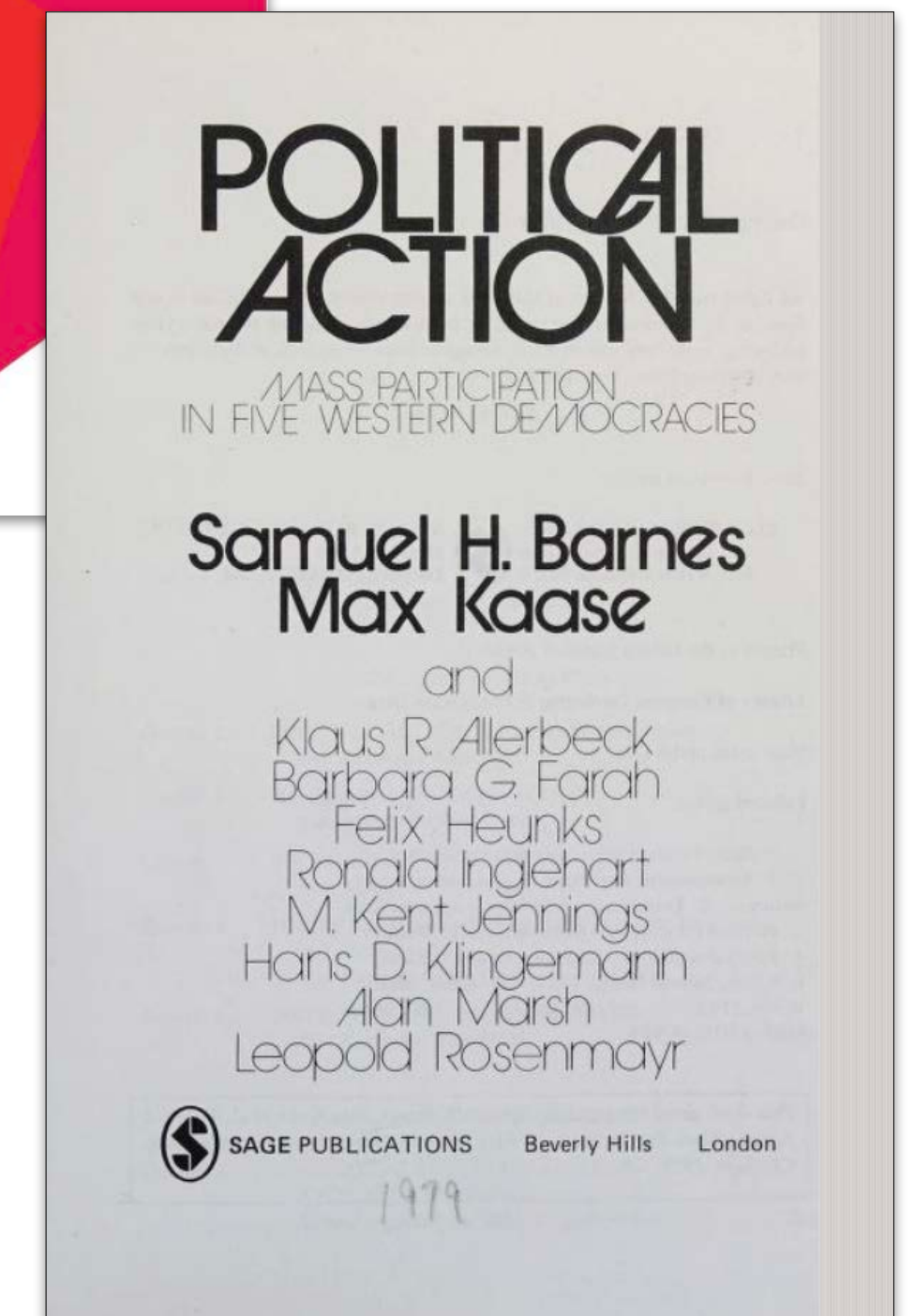
- ▶ In den 1950er- und 1960er-Jahren war das Verständnis politischer Partizipation sehr eng gefasst.
- ▶ Partizipation bedeutete vor allem: Einfluss auf Regierung oder Wahlen.
- ▶ Proteste oder Streiks galten als unpassend oder störend.
- ▶ Politische Beteiligung war also institutionell und geordnet – über Parteien, Kampagnen und Wahlen.
- ▶ Das zeigt: Unser Bild vom „guten Bürger“ verändert sich mit der Zeit.



Milbraths Modell politischer Partizipation, adaptiert nach Ruedin (2007)

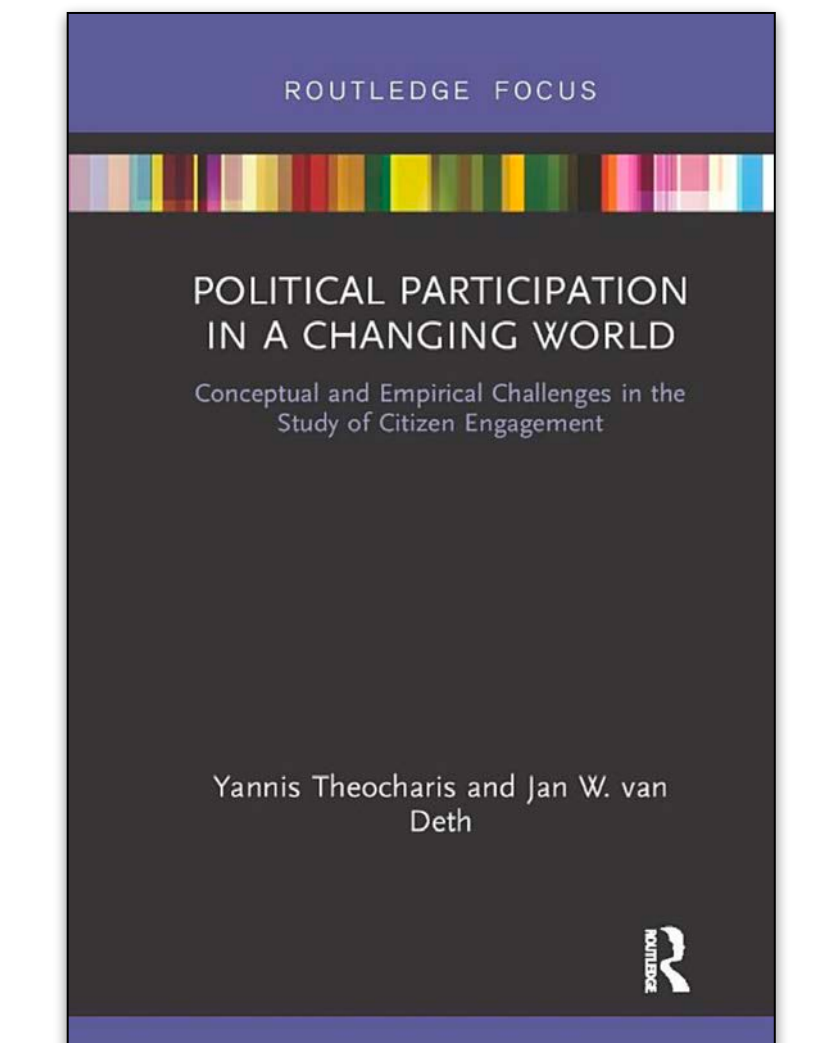
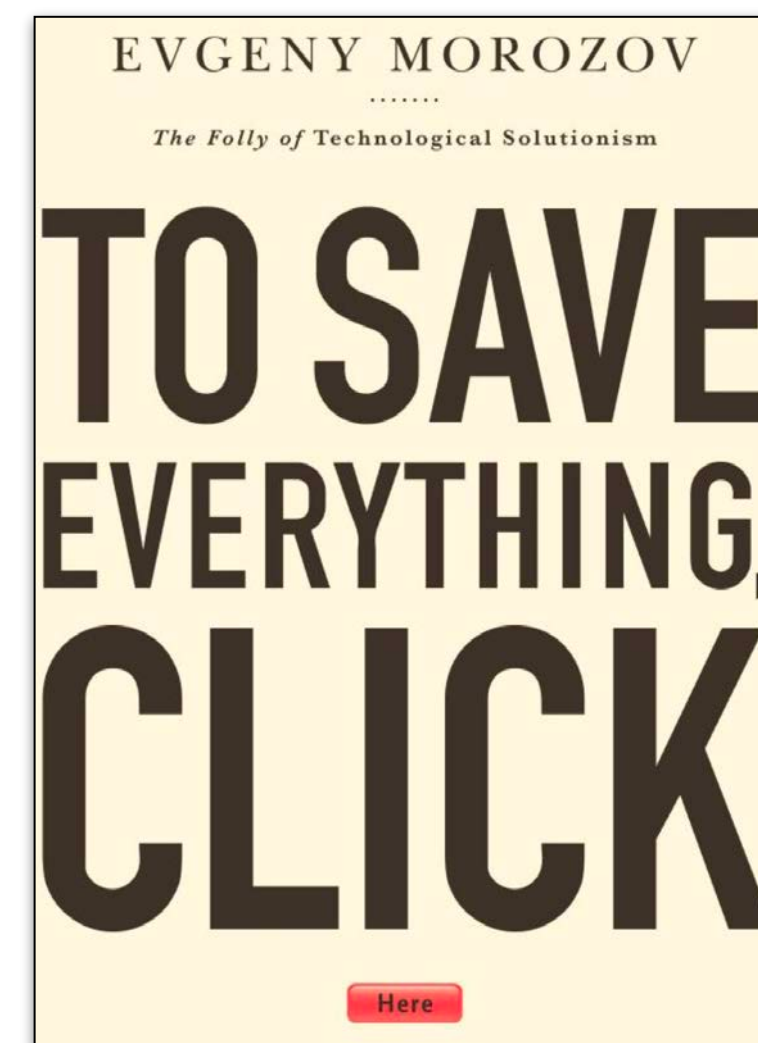
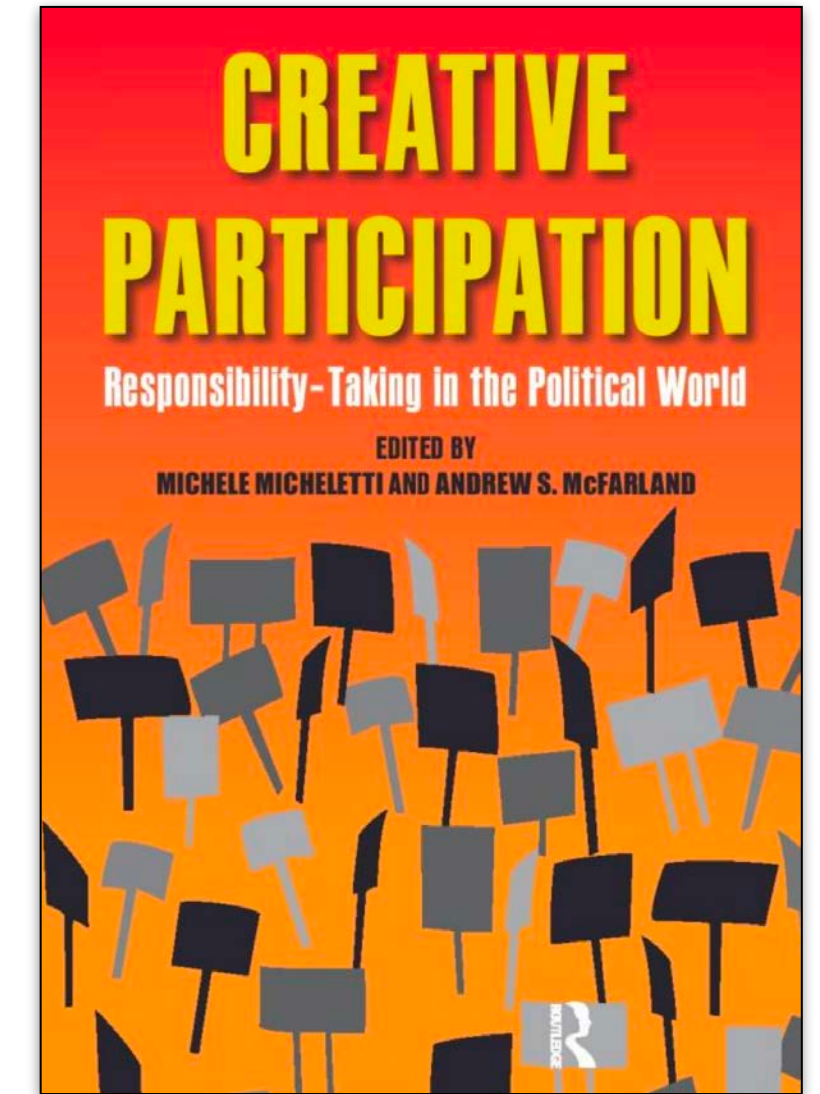
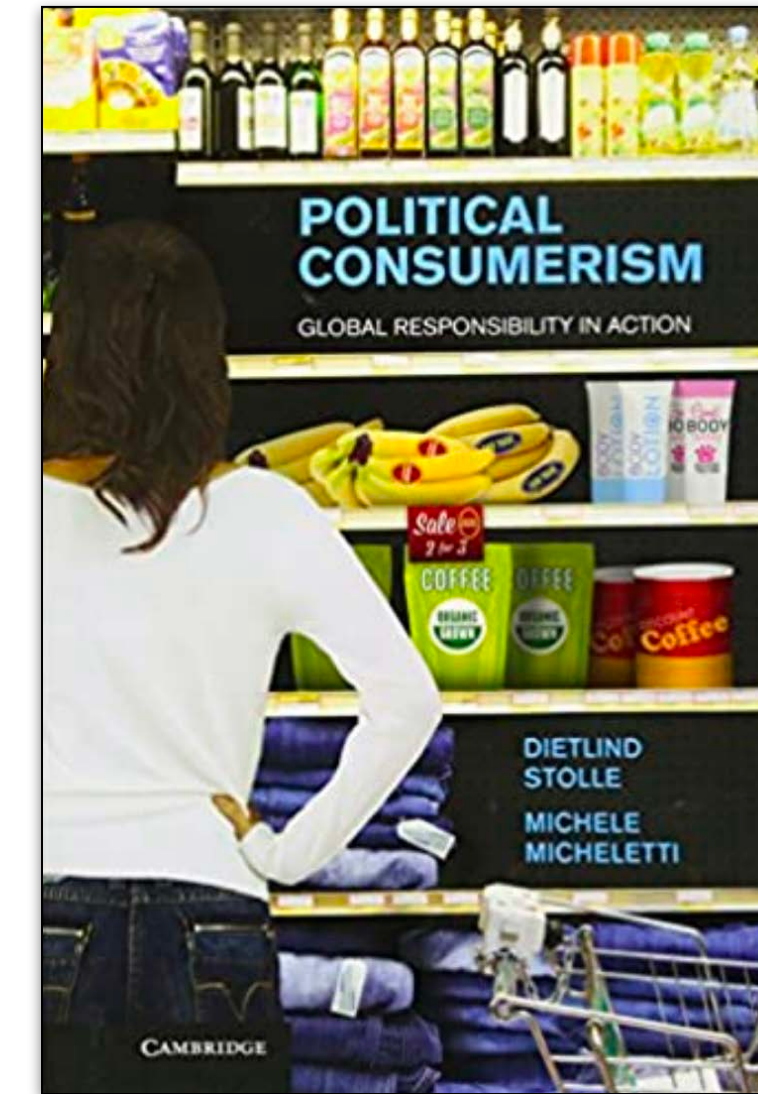
Vom Wählen zum Protest (1970er–1980er Jahre)

- ▶ In den siebziger und achtziger Jahren wurde das Verständnis von Partizipation breiter.
- ▶ Neben dem Wählen traten neue Formen wie Kampagnenarbeit, Proteste und Boykotte.
- ▶ Studien von Verba & Nie sowie Barnes & Kaase zeigten:
 - ▶ Politische Beteiligung kann auch außerhalb von Institutionen stattfinden.
- ▶ „Unkonventionelle Partizipation“ wurde als legitim anerkannt.



Von Lebensstil zu Digitalaktivismus (1990er–heute)

- ▶ In den neunziger Jahren: Partizipation im Alltag – z. B. durch Konsum, Boykotte oder Freiwilligenarbeit.
- ▶ Beteiligung wird individueller und themenbezogener (Norris, Micheletti).
- ▶ Im digitalen Zeitalter: neue Formen über soziale Medien – Diskussionen, Petitionen, Online-Kampagnen.
- ▶ Kritiker wie Morozov sprechen von „Slacktivismus“ – Engagement ohne echtes Risiko.



Warum beteiligen sich Menschen nicht an Politik? Die Wurzeln partizipativer Ungleichheit

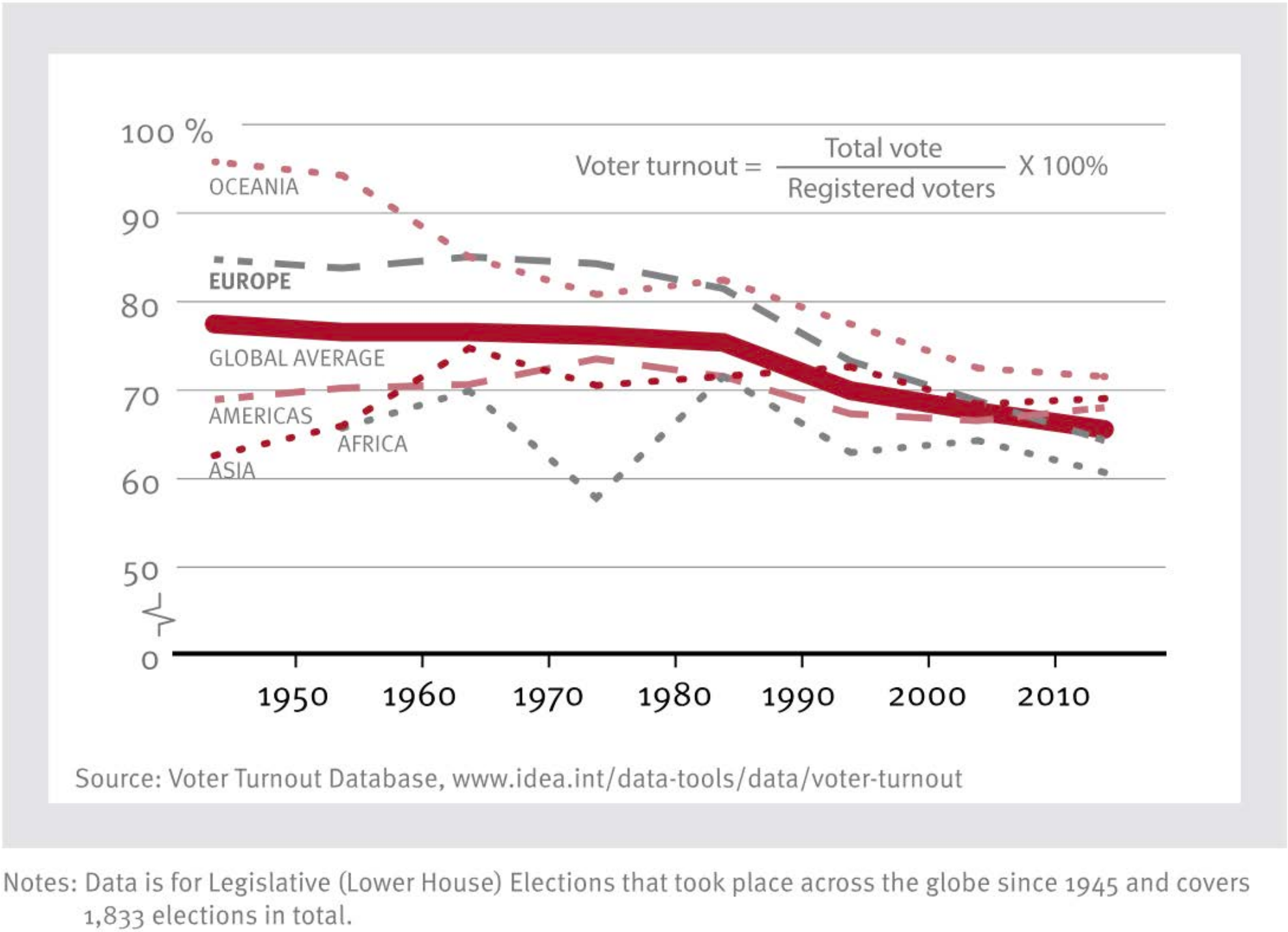
- ▶ Warum nehmen Menschen nicht am politischen Leben teil?
 - ▶ Weil sie **nicht können** (Mangel an Ressourcen)
 - ▶ Weil sie **nicht wollen** (mangelndes psychologisches Interesse an Politik)
 - ▶ Weil sie **niemand fragt** (Isolation von Rekrutierungsnetzwerken)
- ▶ Kombination aus Ressourcen + Motivation + Netzwerken → „Civic Voluntarism Model“ (Verba et al., 1995)

Politische Partizipation in Zahlen

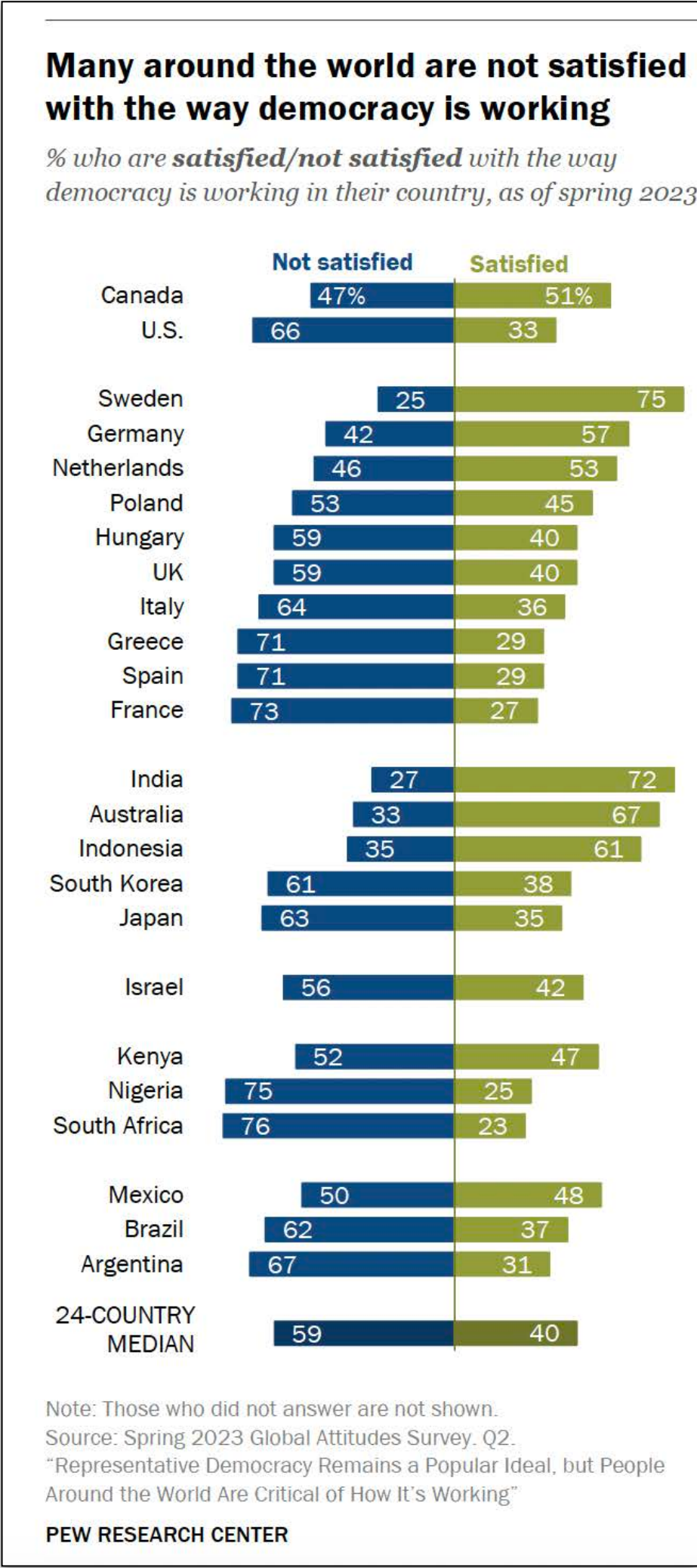
Von der Theorie zu den Daten – wer beteiligt sich, und wie?

Junge Menschen Und Politische Partizipation In Deutschland

Rückgang institutioneller Partizipation – gleichzeitig geringe Zufriedenheit mit der Demokratie

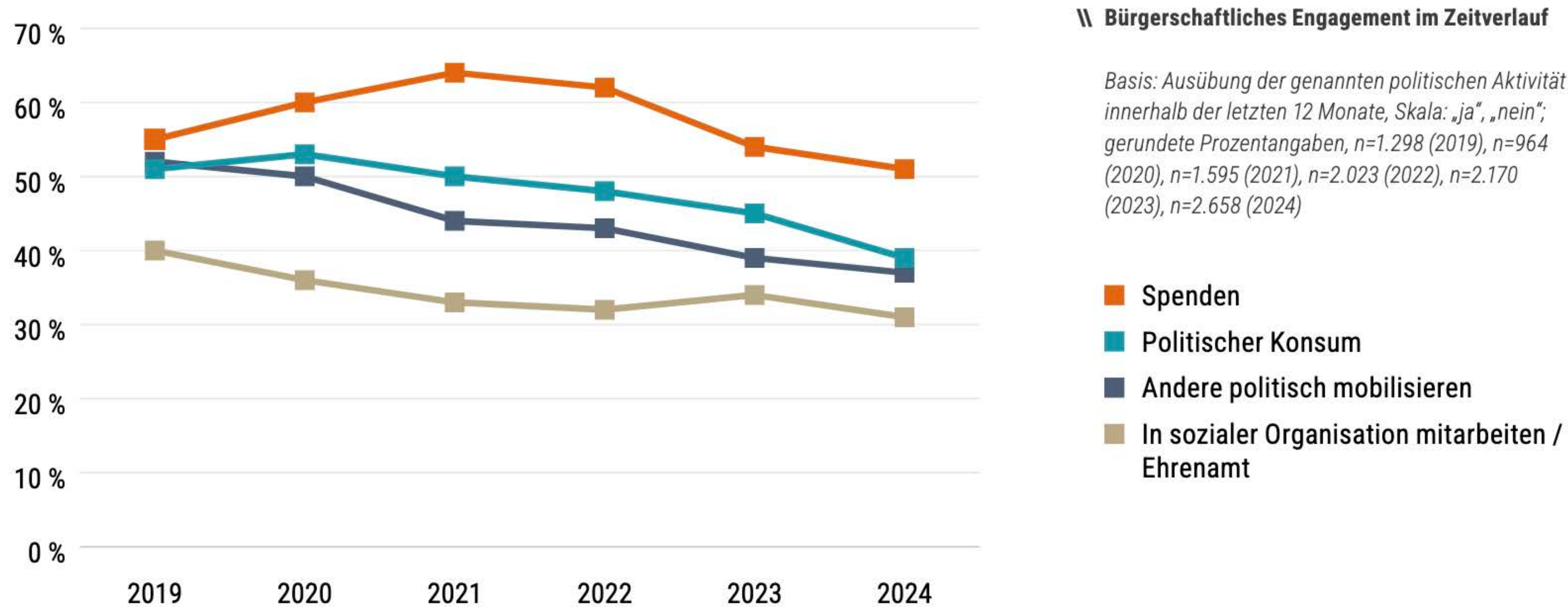


Globale Wahlbeteiligung nach Regionen 1945–2015, Quelle: International IDEA

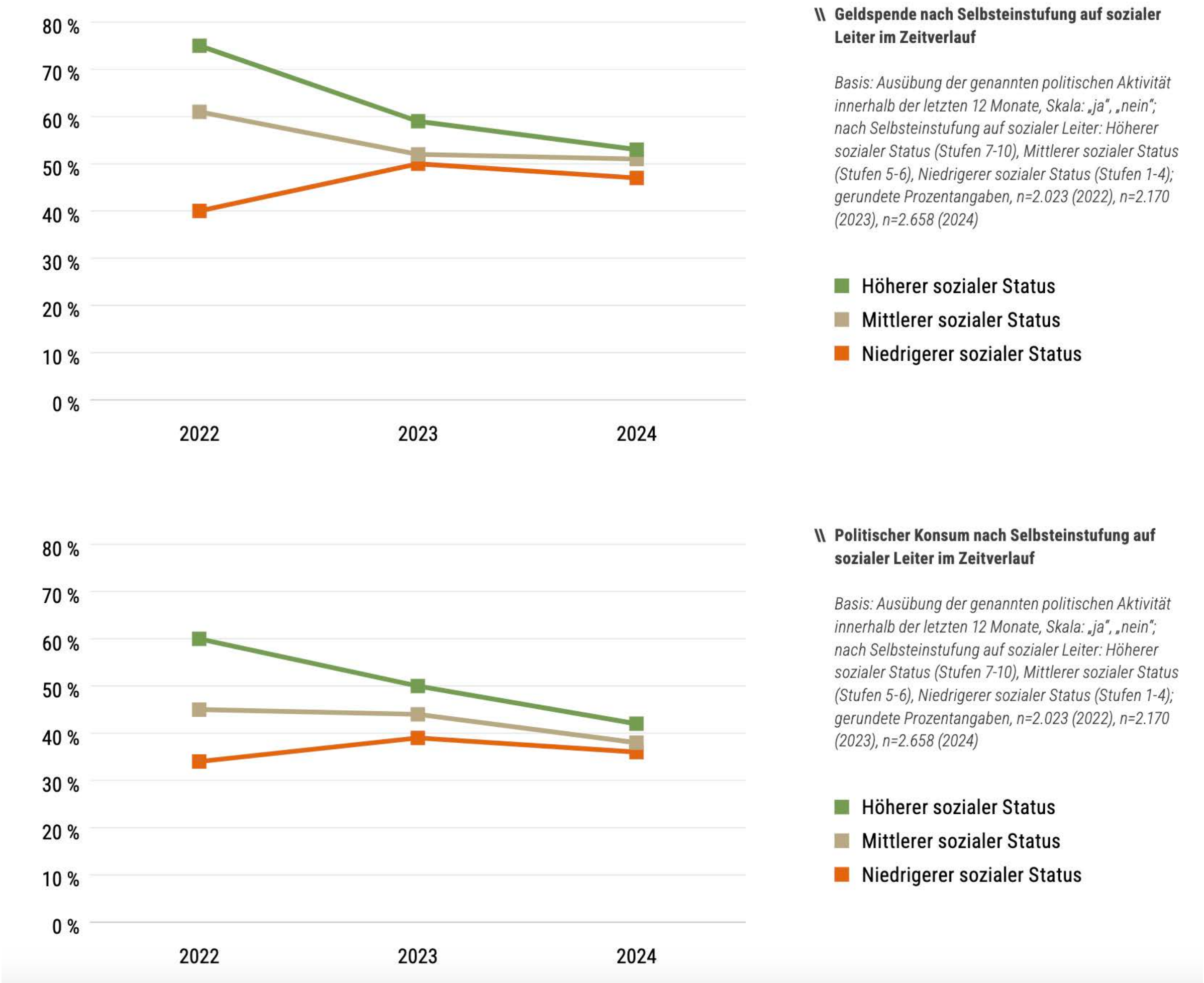


Quelle: Pew Research Center, 2023

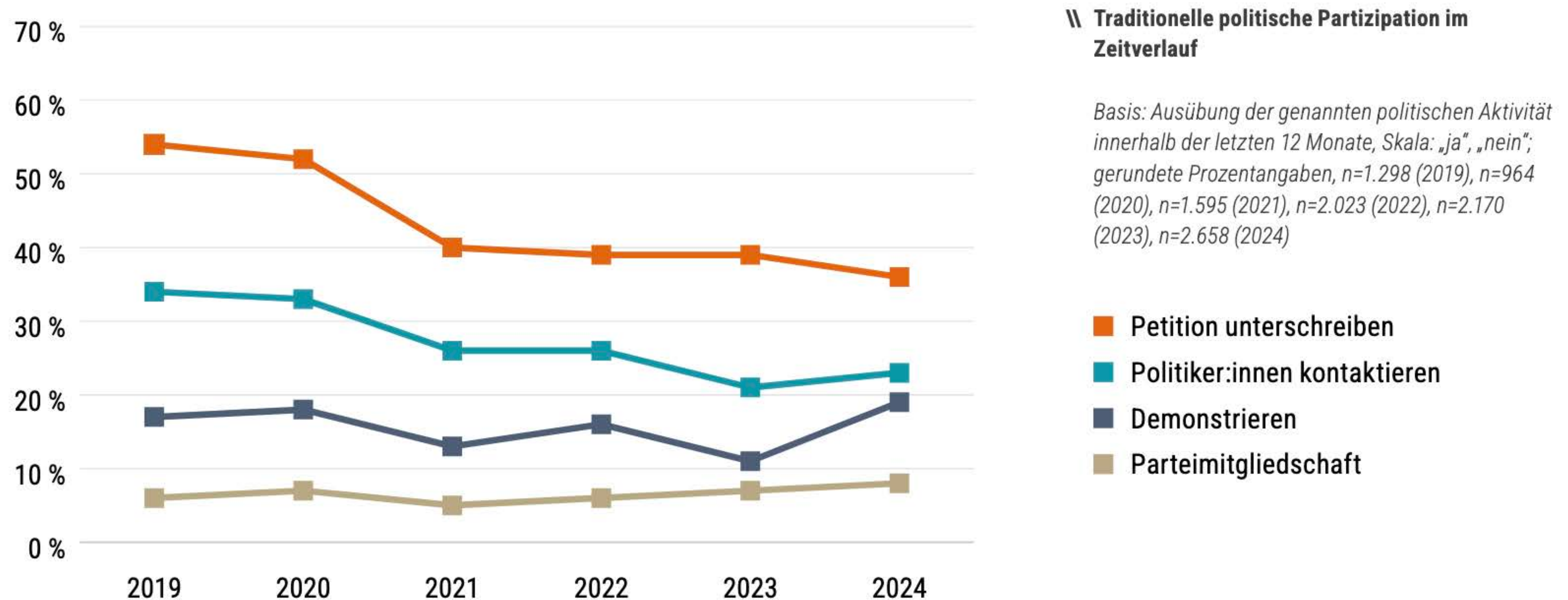
Politische Partizipation in Deutschland



Politische Partizipation und soziale Ungleichheit in Deutschland

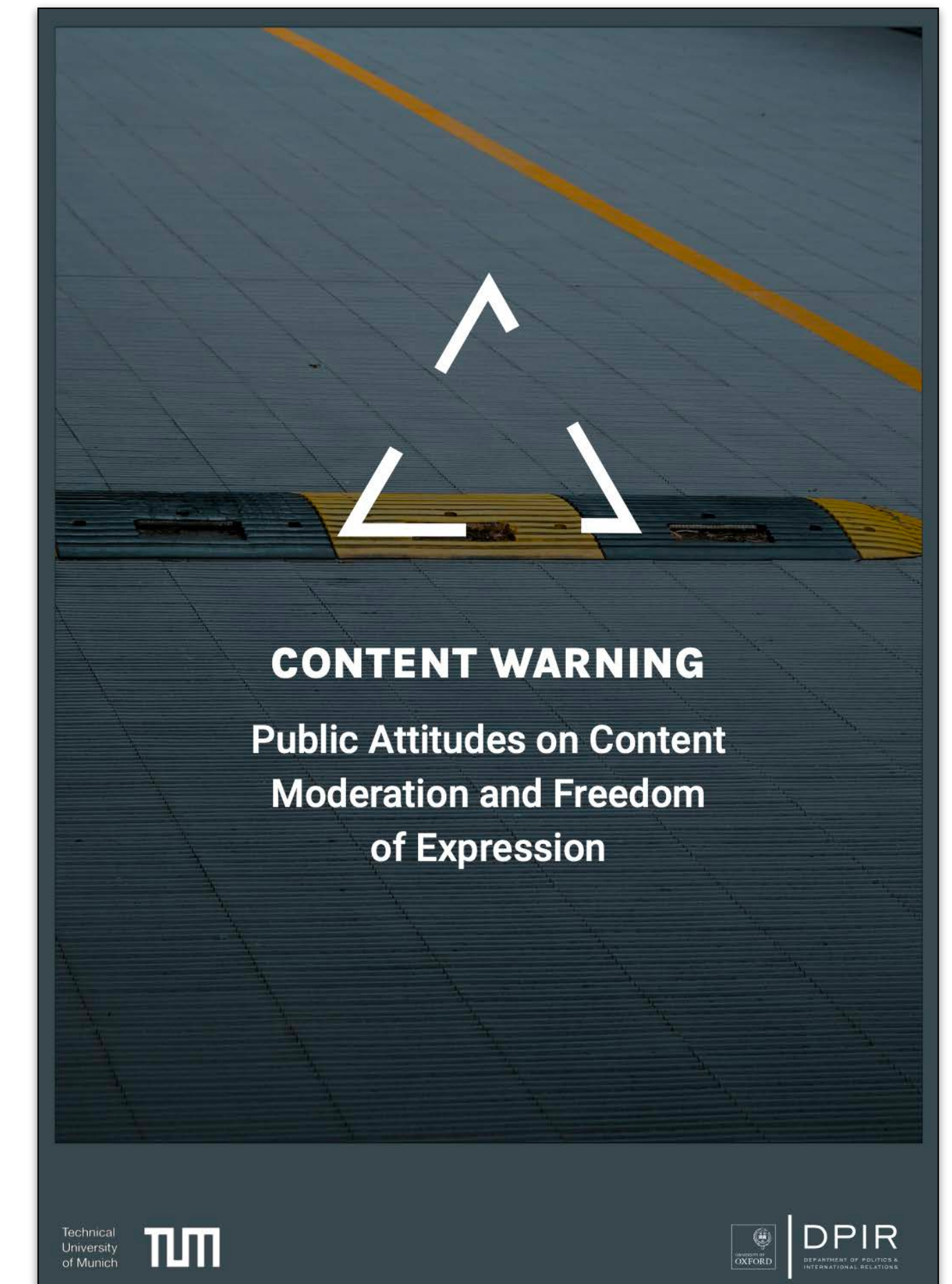


Rückgang traditioneller politischer Partizipation in Deutschland



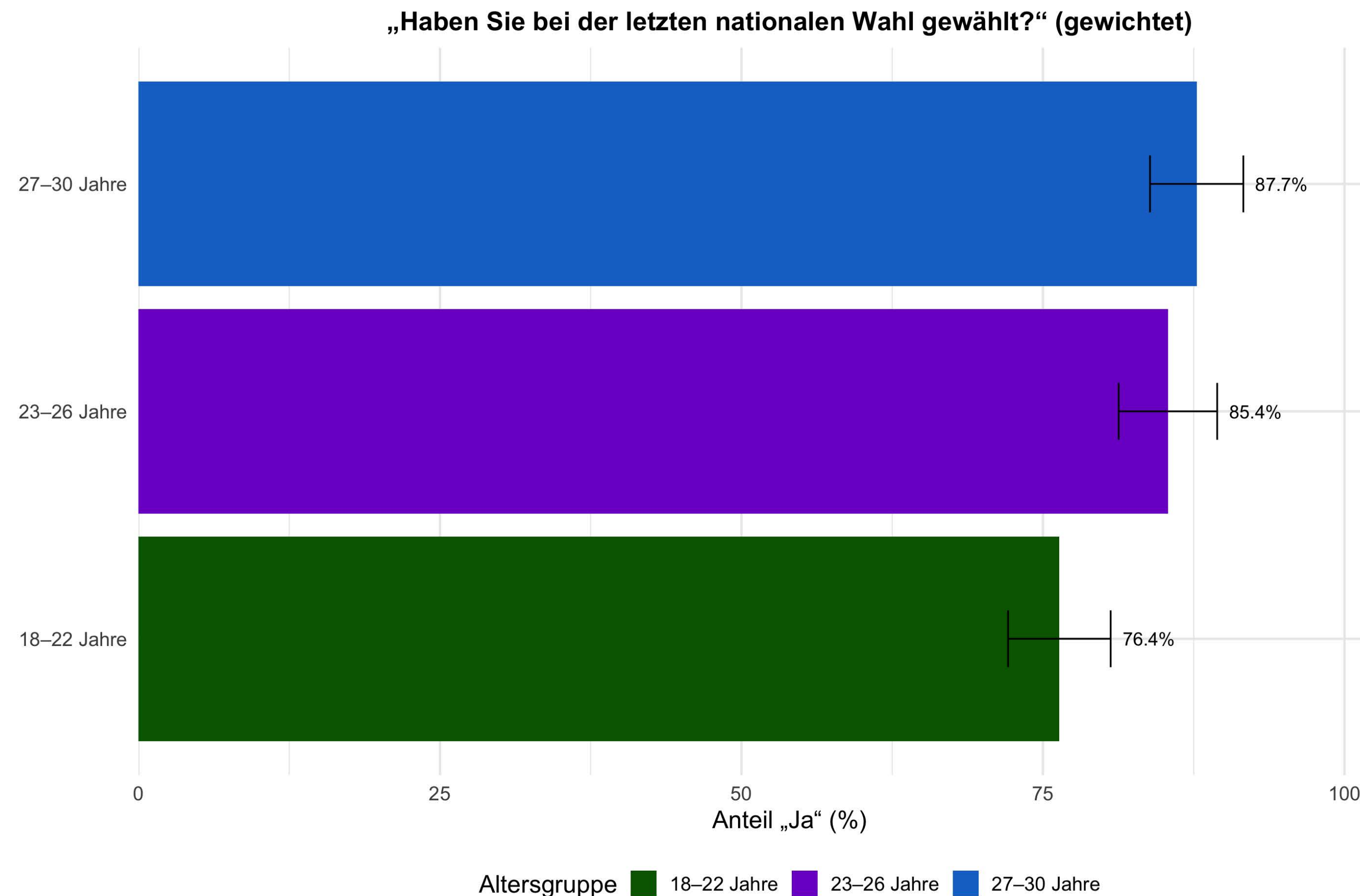
Politische Partizipation junger Menschen – Daten aus einer repräsentativen Studie 2024

- ▶ Repräsentative Umfrage (Okt-Nov. 2024)
- ▶ Lehrstuhl für Digital Governance – TUM; Kooperation: Oxford Universität
- ▶ Themen: soziale Medien, Engagement, Meinungsfreiheit
- ▶ Fokus: 16–24 & 25–29 Jahre



Quelle: Theocharis et al. (2025). *Content Warning: Public Attitudes on Content Moderation and Freedom of Expression*. Content Moderation Lab at TUM Think Tank. <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/F56BH>

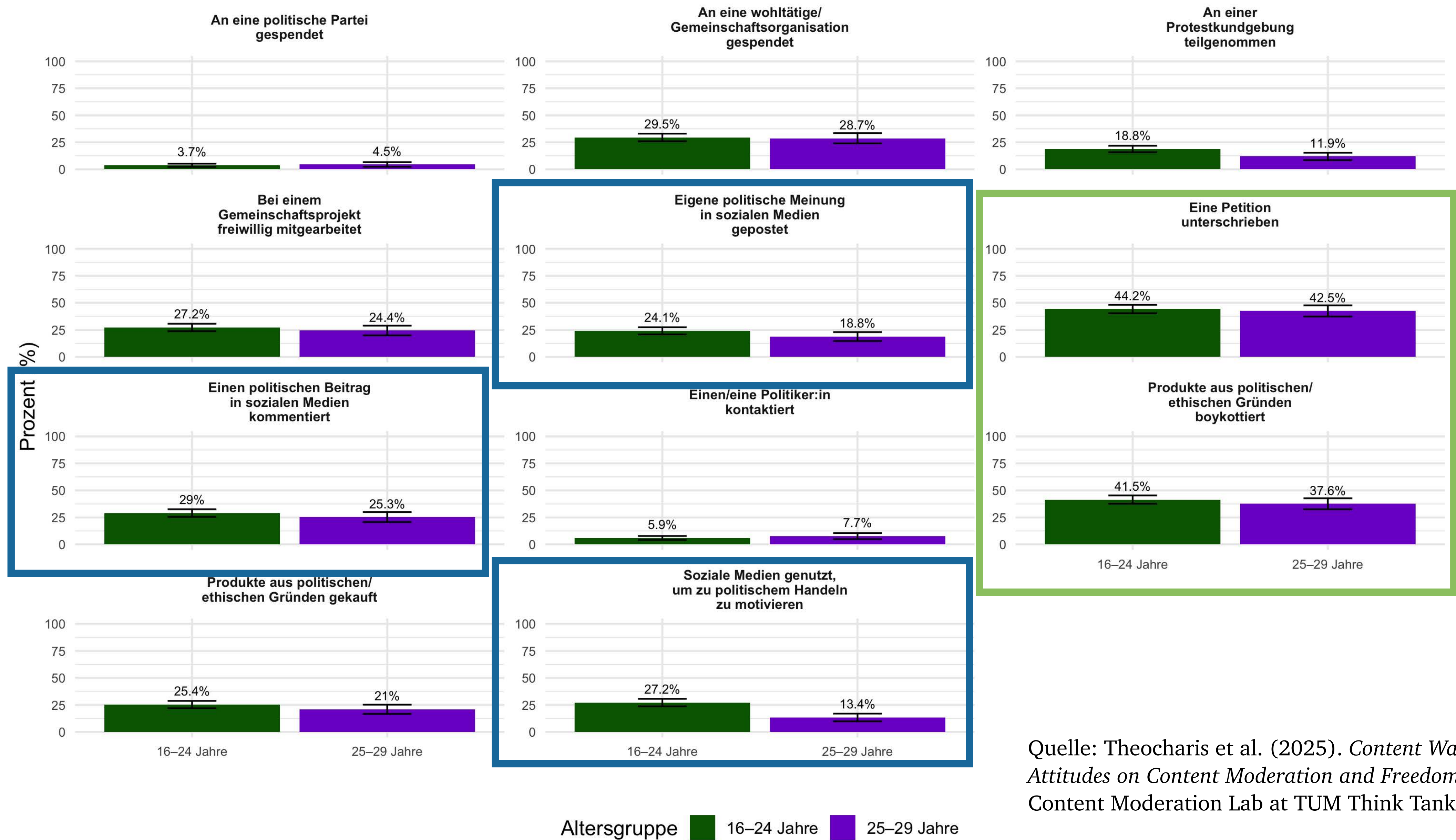
Wahlbeteiligung bleibt stark – vor allem bei jungen Menschen



- ▶ Hohe Beteiligung in allen Altersgruppen
- ▶ Leichter Rückgang bei den Jüngsten
- ▶ Werte nah an offiziellen Statistiken

Junge Menschen Und Politische Partizipation In Deutschland

Politische Partizipation nach Altersgruppen in Deutschland (gewichtet)

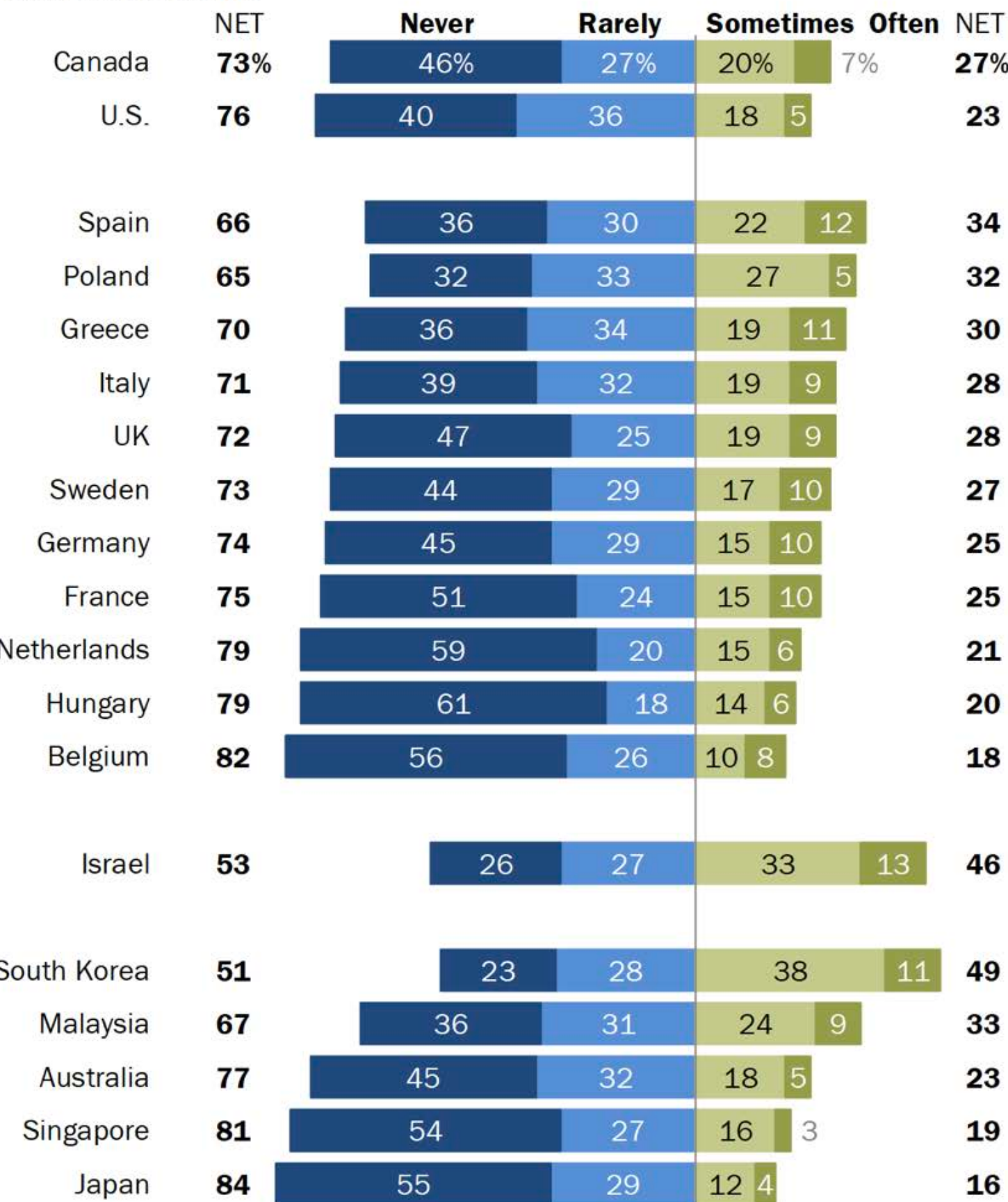


Quelle: Theocharis et al. (2025). *Content Warning: Public Attitudes on Content Moderation and Freedom of Expression*. Content Moderation Lab at TUM Think Tank

Junge Menschen Und Politische Partizipation In Deutschland

Many social media users say they rarely or never post about political or social issues

% of **social media users** who ___ post or share things about political or social issues online



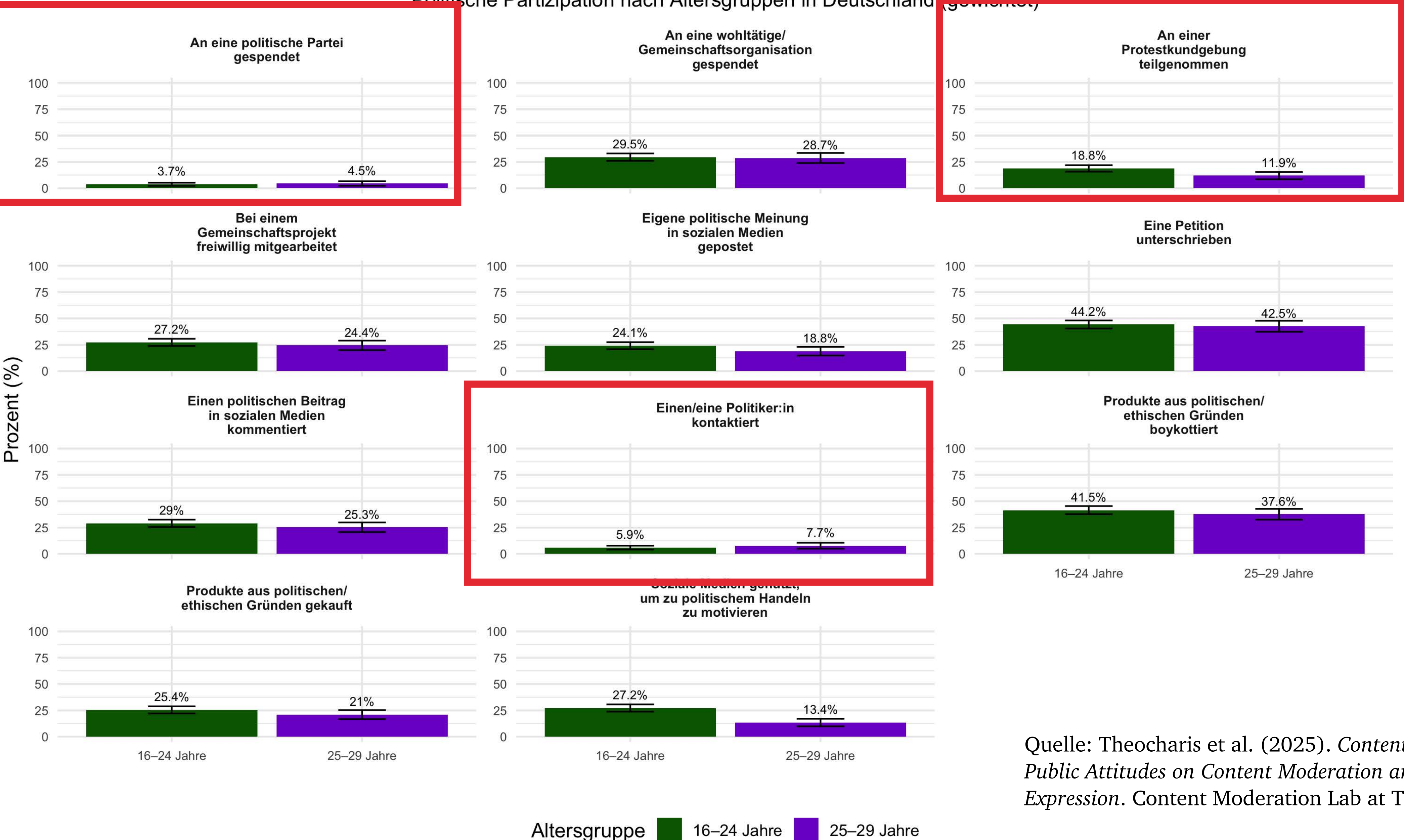
Note: Question only asked of people who report using social media.
Source: Spring 2022 Global Attitudes Survey. Q29.
“Social Media Seen as Mostly Good for Democracy Across Many Nations, But U.S. is a Major Outlier”

PEW RESEARCH CENTER

Quelle: Pew Research Center, 2022

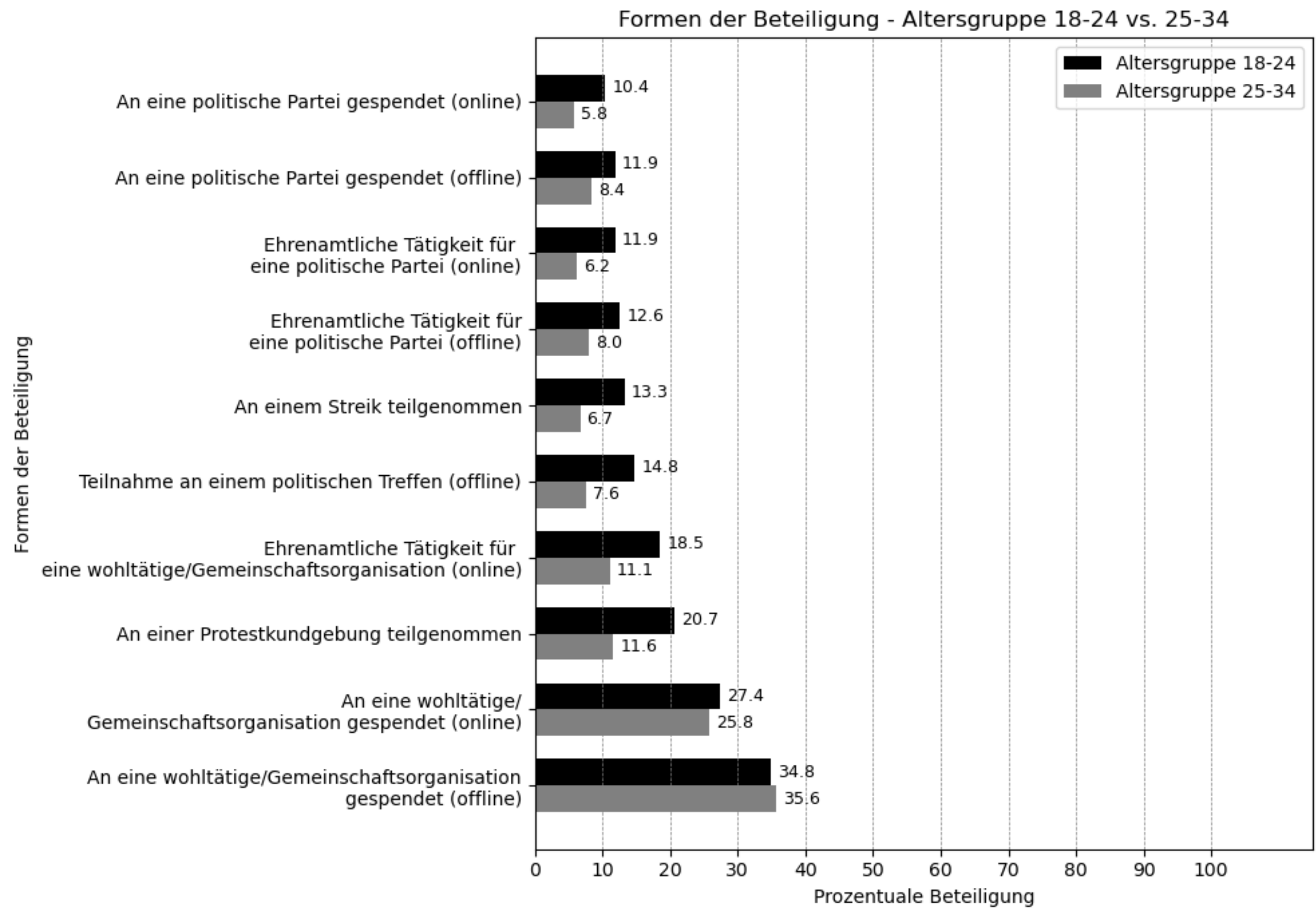
Junge Menschen Und Politische Partizipation In Deutschland

Politische Partizipation nach Altersgruppen in Deutschland (gewichtet)



Quelle: Theocharis et al. (2025). *Content Warning: Public Attitudes on Content Moderation and Freedom of Expression*. Content Moderation Lab at TUM Think Tank

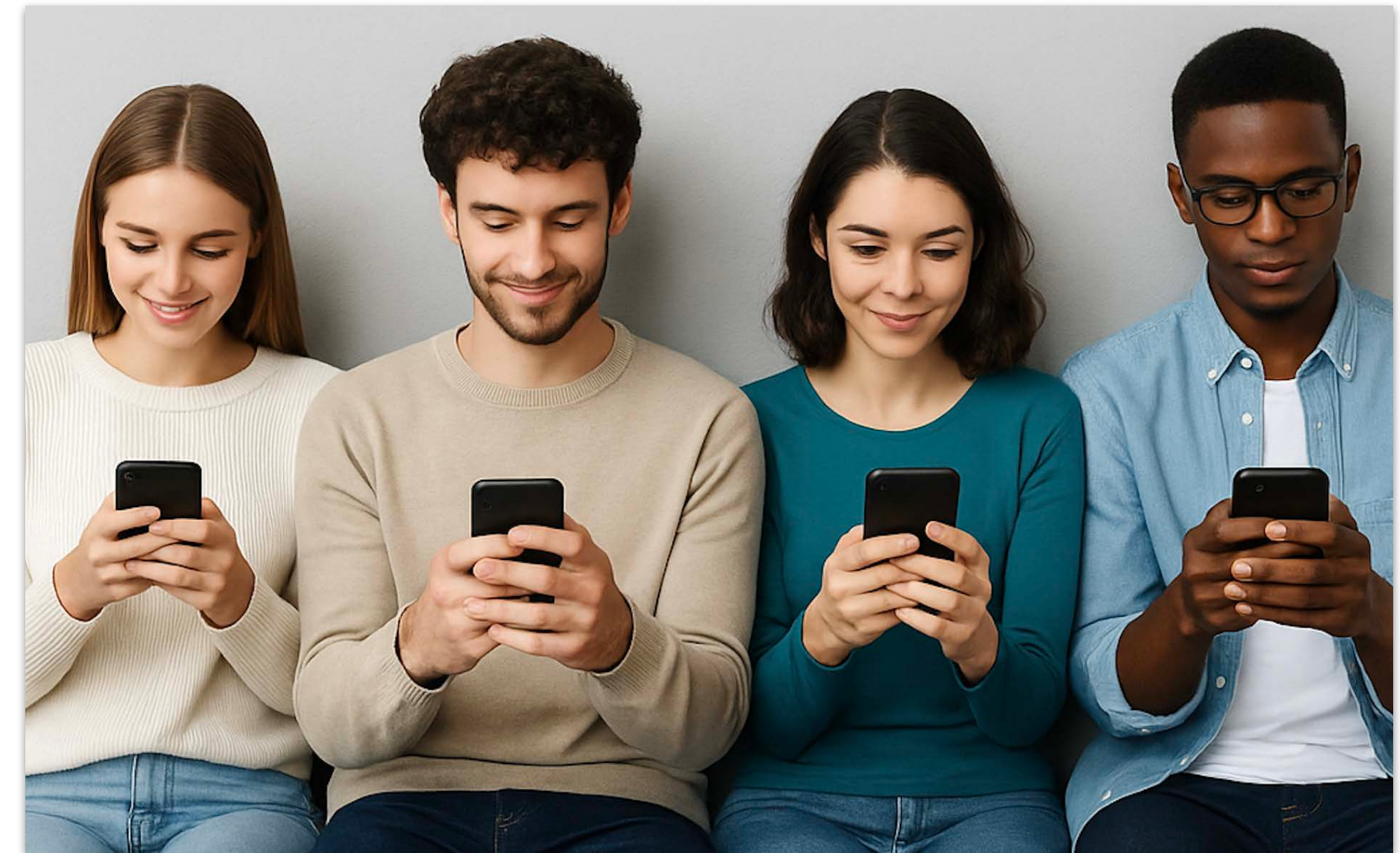
Politische Partizipation junger Menschen – Online-Panel-Studie 2023



Datenanalyse durch die Autorin, bereitgestellt von Dr. Shelley Boulianne. Veröffentlichung: Hoffmann, C. P. & Boulianne, S. (2024). It's fine if others do it too: Privacy concerns, social influence, and political expression on Facebook in Canada, France, Germany, the UK and the US. Social Media + Society, 1–13.

Stärken oder schwächen digitale Medien das politische Engagement junger Menschen?

- ▶ Digitale Medien gelten oft als ablenkend oder isolierend.
- ▶ Zugleich senken sie Hürden für Beteiligung und Sichtbarkeit.
- ▶ **Zentrale Fragen:**
 1. Wie beeinflussen digitale Medien das Engagement junger Menschen?
 2. Welche Nutzungsformen fördern Beteiligung?
 3. Wie hängen Online- und Offline-Engagement zusammen?



Eine Meta-analyse globaler Jugendstudien (1996–2016)

- ▶ 106 Studien mit über 85.000 Befragten
- ▶ Über 35 Länder (v. a. USA, China, Kanada, Schweden)
- ▶ Fokus: junge Menschen (ca. 15–34 Jahre)
- ▶ Untersucht Online- vs. Offline-Partizipation
- ▶ Zwei Hypothesen:
 - ▶ Gateway-Hypothese: Online-Aktivität fördert Offline-Engagement
 - ▶ Spillover-Hypothese: Offline-Engagierte sind auch online aktiver

Article

Young People, Digital Media, and Engagement: A Meta-Analysis of Research

Social Science Computer Review
2020, Vol. 38(2) 111–127
© The Author(s) 2018
Article reuse guidelines:
sagepub.com/journals-permissions
DOI: 10.1177/0894439318814190
journals.sagepub.com/home/ssc
SAGE

Shelley Boulianne¹ and Yannis Theocharis²

Abstract

New technologies raise fears in public discourse. In terms of digital media use and youth, the advice has been to monitor and limit access to minimize the negative impacts. However, this advice would also limit the positive impacts of digital media. One such positive impact is increased engagement in civic and political life. This article uses meta-analysis techniques to summarize the findings from 106 survey-based studies (965 coefficients) about youth, digital media use, and engagement in civic and political life. In this body of research, there is little evidence to suggest that digital media use is having dire impacts on youth's engagement. We find that the positive impacts depend on directly political uses of digital media, such as blogging, reading online news, and online political discussion. These online activities have off-line consequences on participation, such as contacting officials, talking politics, volunteering, and protesting. We also find a very strong relationship between online political activities, such as joining political groups and signing petitions, with off-line political activities, which undermine claims of slacktivism among youth. Finally, while research generally assumes a causal flow from digital media to participation, the evidence for the alternative causal flow is strong and has very different implications on interventions designed to address youth's levels of engagement in civic and political life.

Keywords

youth, digital media, political behavior, civic engagement, meta-analysis

All new technologies raise some sort of fear in public discourse. Headlines warn us about the detrimental effects of digital media on youth. Young people are characterized as technology addicts who have lost the ability to interact in face-to-face settings (Kahne, Middaugh, & Evans, 2009; Twenge, 2017). They are also portrayed as vulnerable to online sexual exploitation, particularly girls, despite the greater risks of off-line sexual exploitation in schools and within families (Jenkins, Ito, & Boyd, 2016). Their smartphone use is linked to depression and suicide (Twenge, 2017). This discourse concludes with a strong recommendation to parents and teachers that youth's access to technology should be monitored and limited (Jenkins et al., 2016; Twenge, 2017).

¹ MacEwan University, Edmonton, Alberta, Canada

² University of Bremen, Bremen, Germany

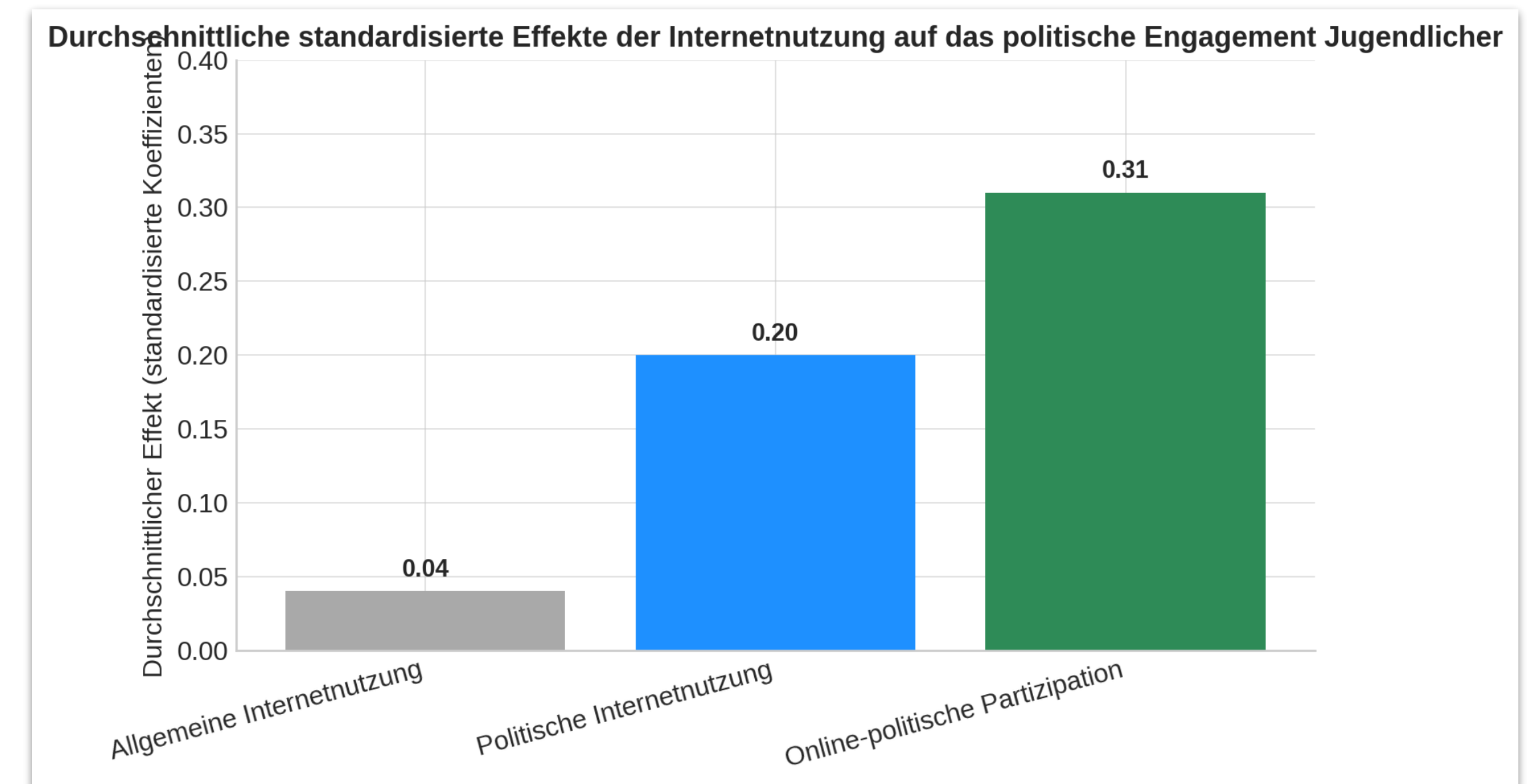
Corresponding Author:

Shelley Boulianne, MacEwan University, Room 6-398, City Centre Campus, 10700 104 Avenue, Edmonton, Alberta, Canada T5J 4S2.

Emails: sboulianne@gmail.com; bouliannes@macewan.ca

Zentrale Ergebnisse

- ▶ Rund 80 % der Befunde zeigen: Digitale Medien fördern politisches Engagement.
- ▶ Nur „online sein“ hat kaum Wirkung.
- ▶ Politische Nutzung (z. B. Infos, Diskussionen) wirkt deutlich stärker.
- ▶ Aktive Teilnahme (z. B. Petitionen, Spenden) zeigt den stärksten Zusammenhang.
- ▶ Negative Effekte? Kaum messbar – Sorgen sind übertrieben.



Schlussfolgerungen

- ▶ Online- und Offline-Engagement verstärken sich gegenseitig
- ▶ Offline-Aktivität führt oft zu Online-Aktivität (Spillover-Effekt)
- ▶ Digitale Medien fördern das Engagement – aber sie fördern es nicht aus dem Nichts.
- ▶ Junge Menschen sollten ermutigt werden, Medien aktiv für gesellschaftliche Zwecke zu nutzen
- ▶ Schulen und Familien können Engagement durch politische Bildung stärken



Ist die politische Partizipation junger Menschen in der Krise – oder im Wandel?



Öffentliche mündliche Anhörung der Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger Menschen stärken“ am 5. November 2025 im Hessischen Landtag

Ich will mit zwölf Anmerkungen markieren, was m. E. aus Sicht der Jugendforschung bedeutsam und zu beachten ist, wenn man sich mit „jungen Menschen, Beteiligung und Demokratie“ auseinandersetzt und auch praxisnahe Reflexionen anbieten will. Zunächst sind es ein paar mehr allgemeine Anmerkungen, dann konkreter zum Thema mit vier hervorgehobenen Begründungslinien.

1. Man muss gesellschafts- und jugenddiagnostisch vergegenwärtigen, dass Jugend bzw. Jugenden und Kindheit bzw. Kindheiten im Plural heute – wie wiederholt in Jugendberichten markiert – divers, bunt, plural, individualistisch, pragmatisch, heterogen, fragmentiert, digital, rebellisch, gespalten sind, so wie keine junge Generation vor ihr. Das gilt auch für die Partizipationslandschaft in all ihrer Breite und Buntheit. Und eine solche differenzierte junge Generation und Partizipationslandschaft gibt es nur in liberalen Demokratien und offenen Gesellschaften; autoritäre und autokratische Regime reglementieren mit shrinking spaces, und sie formieren im staatlichen Interesse „ihre“ junge Generation.

Die heutige junge Generation erlebt ihre lange Entwicklungszeit unter Bedingungen von epochalen Krisen- und Transformationsprozessen (Polykrise), in der sich die Ordnung der Welt neu sortiert; zwei ausgewählte Buchtitel heißen: „Welt im Aufruhr“ (Münkler 2025) und „Weltunordnung“ (Masala 2025). Es ist eine neue Normalität, eine Zeit mit komplexen Problemen und Herausforderungen; und es sind Prozesse, die es demokratisch zu gestalten gilt – das gilt gerade auch für die

Zukunft der liberalen und rechtsstaatlich verfassten Demokratie, die von außen wie von innen unter Druck und gefährdet ist.

2. Weltgesellschaftlich sind wir mit Entwicklungen konfrontiert, in denen liberale Demokratien unter Druck geraten und autoritäre, autokratische, despotische Regime zunehmen. Es sind auch mit Gewalt und Krieg ausgetragene Dynamiken und geopolitische Interessen – und wohin die Reise gehen wird, ist offen. Historisch sind die Demokratie und demokratische Kultur eine kurze Zeitspanne – in Deutschland war bzw. ist es die Weimarer Republik und dann die Geschichte der Bundesrepublik – und sie ist nicht garantiert, sie kann erodieren, schleichend zerfallen und andere Macht- und Herrschaftssysteme können sie ablösen.
3. Es ist trivial, aber Demokratie ist – wie Oskar Negt (2010) wiederholt formuliert hat – die einzige Staatsform, die gesellschaftlich vermittelt und angeeignet werden muss. Und das gilt nicht nur für die Staats- sondern auch für die Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform (Dewey 2000). Und hier ist in der Generationenfolge bedeutsam, dass Demokratie – als Teilhabe, Beteiligung, Partizipation (1) – auf allen Ebenen immer wieder neu gelernt und eingeübt, erfahren und gelebt werden muss.
4. Es gilt zu unterscheiden zwischen einem engen und weiten Beteiligungs-/Partizipationsverständnis. Ein enges Verständnis ist mit unterschiedlichen Formen und auch rechtlichen Regelungen (u. a. Satzungen) ausgewiesen. Es gibt die direkte (gewählte) und indirekte Beteiligung (Vertretung), und es wird unterschieden zwischen Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung. Es gibt die analoge/face-to-face und die mediale/digitale Beteiligung – und dies in allen möglichen Mischformen. Zu den verfassten Beteiligungsformen in formellen Kontexten zählen u. a. das gewählte KJP, die VV, Delegiertenkonferenz, die Beiräte, Foren, Anhörungen, dann in der Schule die SMV, in der beruflichen Welt die Auszubildendenvertretung und in den Hochschulen die studentischen Gremien.

Der erweiterte Blick richtet sich auf non-formale und vor allem informelle Kontexte wie NGO's, die selbstorganisierte Zivilgesellschaft auch im Jugendbereich, auf Protestbewegungen (z. B. Fridays for Future) und den vielfältigen jugendkulturellen Alltag in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen, verbunden mit Kultur, Musik, Bewegung, Medien/digitaler Welt. In ihrem jeweiligen lebensweltlichen Alltag erleben alle Kinder und Jugendlichen in ihren sozialen Interaktionen ihre spezifischen – eigensinnigen, kreativen, öffentlichen oder stillen, auch problematischen – Zugehörigkeiten, Bindungen und Beteiligungen.

5. In allen Beteiligungs-/Teilhabeformen und Lebensbereichen gibt es eine gespaltene materielle, soziale und kulturelle Situation: Arme Kinder und Jugendliche können aufgrund ihrer prekären, armen bzw. armutsgefährdenden Lebenslage und in Familien mit geringem Einkommen kaum oder nicht an einem partizipativen sozialen und kulturellen Leben – das immer auch Geld kostet – teilnehmen. Das gilt für Schulausflüge, Geburtstage, den Besuch von Kulturveranstaltungen, die Mitgliedschaft in Sportvereinen, für Kinobesuche, Fitnessstudios, Schwimmbäder sowie die Kleidung und Ausstattung in kinder- und jugendkulturellen Zusammenhängen.

Die ist ein Hinweis auf eine **erste Begründungslinie**, weil Armutsbekämpfung immer auch Teilhabeförderung und Voraussetzung für weitergehende Partizipation in der Gesellschaft ist und demokratiebindend wirkt.

6. Hervorheben will ich die Jugendorganisationen der demokratischen Parteien und vor allem die Vielfalt der in Jugendringen zusammengeschlossenen demokratischen Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“. Sie sind mit ihren vielfältigen Partizipationsaktivitäten als „Lebensform“ konkrete Orte, Zeiten und Gelegenheiten gelebter Demokratie, verbunden mit einer Vielzahl von zugehörigen Gesellungs- und Bildungsangeboten. Dies reicht von der Mitgliedschaft, gelebter Gemeinschaft und den Gruppentreffen, den Aktivitäten des jeweiligen Verbandes, über die Funktion des Gruppenleiters (mit der Juleica), des Jugendfeuerwehrwartes, des

Teamers, bis hin zur Delegation zu Verbandsversammlungen auf den unterschiedlichen Ebenen und in Gremien (z. B. den Jugendringen, Kinder- und Jugendhilfeausschüssen). Hier wird sozial und auch politisch gelernt und gelebt zu kommunizieren, sich einzubringen und zuzuhören, Interessen zu vertreten, Kompromisse zu schließen, Gemeinsinn und Zusammenhalt sowie Solidarität zu erfahren, Verantwortung zu übernehmen, sich für eine Sache einzusetzen und Selbstwirksamkeit zu erfahren.

7. Ein Blick in empirische Befunde zeigt mit vier ausgewählten Hinweisen wie die junge Generation Beteiligung und/oder Nicht-Beteiligung erfährt und kommentiert:
 - In der 19. Shell-Jugendstudie (2024) wird u. a. nach Partizipation – der individuellen und kollektiven Teilhabe an Entscheidungen - gefragt. Danach gaben fast drei Viertel der befragten Jugendlichen an, dass sie in den Familien ein erhebliches Mitspracherecht haben. Weit weniger, nämlich 27%, gaben an in der Schule – einem weiteren zentralen Sozialisationsort der jungen Generation – umfassend mitbestimmen können; etwas mehr gaben das für ihren Ausbildungsplatz an. Ernüchternd ist die Zahl – mit 23% - für die Gemeinde und die Politik allgemein mit knapp 10%.
 - Im Rahmen einer schon älteren, aber nach wie vor erkenntnisreichen Jugendverbandsstudie (Fauser 2008) wurde gefragt, warum die Jugendlichen in die örtlichen Gruppen gehen, was ihre Motive sind. Dabei sind vor allem drei Sinndimensionen deutlich geworden: subjektiv, es muss für mich sinnvoll sein; sozial; es muss mit Anderen/der Gruppe sinnvoll sein und dann muss die Sache/das Thema sinnvoll sein. Wenn man über Partizipation nachdenkt und Jugendliche gewinnen will, dann sind neben diesen drei Sinndimensionen von Bedeutung: Partizipation muss ernsthaft (keine Symbolpolitik, Spielwiese) sein, sie muss Spaß und Freude machen und sie muss Wirkungen erzielen.
 - Ein Blick in die zahlreichen Coronastudien (Andresen et. al. 2023) zeigt u. a., dass die junge Generation durchgehend antwortet, bei Entscheidungen „nicht berücksichtigt, gefragt und beteiligt gewesen

zu sein, keinen Einfluss gehabt zu haben“. Hier hat sich – wenn es gesellschaftlich ernst und krisenhaft ist – gezeigt, dass diese Zeit tiefe Spuren in den Biografien hinterlassen hat, und dass die wiederholten Aufforderungen und Einladungen sich einzumischen, mitzugestalten nicht eingelöst wurden. Diese Erfahrung hat eine tiefe, nachhaltige Frustrationsspur hinterlassen, der Politik nicht zu glauben und zu vertrauen, wenn es ernst wird.

- Es gibt nach der letzten Sinus-Jugendstudie (2024) bei vielen Jugendlichen eine „gefühlte Einflusslosigkeit“ und Distanz zu politischen Themen und Beteiligungsformen. Diese Distanz und der Vertrauens-/Glaubwürdigkeitsverlust in die demokratischen Parteien und das Regierungshandeln wird von allen Jugendstudien der letzten Jahre ausgewiesen.

Dies sind Hinweise für eine **zweite Begründungslinie**, die zeigen, wie dringlich in komplexen Krisen- und Transformationszeiten eine politisch-gesellschaftliche Diskussion über Teilhabe/Partizipation und Demokratie ist.

8. Die Zahlen und Hinweise zeigen, dass es mit Blick auf Zielgruppen und Partizipationsformen/-anreize noch viel „Luft nach oben“ gibt. Gleichzeitig gilt, dass die Beteiligung und die Beteiligungsbereitschaft (Ehrenamt und freiwilliges Engagement) in der jungen Generation mit über 40% hoch sind. Aber es bedarf einer klugen Förderpolitik und neuen communityorientierten und quartiersbezogenen - niedrigschwelligen, lebensweltnahen und aufsuchenden - Zugängen im sozialen Nahraum der jungen Generation. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche aus strukturell benachteiligten, mehr politik- und bildungsfernen Milieus, die bisher kaum oder nicht erreicht werden. Junge Menschen brauchen mehr – gerade auch experimentelle - Gelegenheitsstrukturen und Partizipationsformen, mit denen sie sich für ihre Themen in ihren Lebenswelten engagieren können. Dabei ist ein genereller Effekt: Je positiver und mit Wirkungen verbunden Partizipationserfahrungen sind, desto anerkannter und zugehöriger fühlen sich Kinder und Jugendliche auch zur Gesellschaft und Demokratie.

9. Erfahrungen mit und Berichte von Erwachsenen die ehrenamtlich (bis ins hohe Alter) aktiv sind zeigen, dass viele von ihnen eine Partizipationsbiografie haben. Es gibt für sie motivierende Effekte mit dem Ergebnis, ihrem positiv erfahrenen Engagement treu zu bleiben und Kontinuität zu verleihen; und die zu einer Lebensform mit gemeinwohlorientierter „Investitionsbereitschaft“ werden können. Das heißt Partizipation wird gelernt und eingeübt, sucht und findet entwicklungs- und altersbezogen, thematisch und kulturell Anknüpfungen und Übergänge in andere Bereiche; z. B. den Wechsel aus einem Jugendverband in einen Erwachsenenverband, von der Schülervertretung in die studentische Vertretungsarbeit, dann die Mitarbeit in einer demokratischen Partei oder NGO, in Vereinen, der Kirche, den Gewerkschaften oder den Omas gegen rechts. Dabei kann an den jeweils vorherigen Erfahrungen und an dem erworbenen Wissen angeknüpft werden. Wenn solche biografischen Entwicklungen gefördert werden sollen, dann müssen Partizipation und Demokratie von Anfang an und dauerhaft – in der Kita, in Schule und Ausbildung, im Studium und in der Jugendarbeit – über die gesamte Lebensspanne und mit dem Verständnis einer partizipativen Demokratie politisch und gesellschaftlich implementiert werden.
10. Zu vergegenwärtigen ist die kognitionspsychologische Erkenntnis, das vor allem „Lernen durch Selbermachen“ effizient ist. Mit Blick auf die junge Generation geht es zugleich um die Balance aus Selbsttun und (professioneller) Begleitung sowie staatlicher Förderung; weil „Selbermachen“ mit all ihren Chancen und Risiken, Höhen und Tiefen ohne Reflexion in den „Untiefen“ der Wirklichkeit kein Selbstläufer ist.
11. Es gibt auch eine andere Seite in der gesellschaftlichen Entwicklung, die mit der Partizipationskultur in einer demokratischen Gesellschaft kaum bzw. nicht vereinbar ist. Es ist die „Schattenseite“ oder auch „dunkle Seite“ von „Beteiligung“, die extremistisch, demokratie- und menschenfeindlich ist, eine Form der „Beteiligung“, die – u. a. mit Hass und Hetze in den sogenannten sozialen Medien mit ihren Plattformen -

die liberale und rechtsstaatlich verfasste Demokratie verachtet, bekämpft und abschaffen will und die mit einer lustvollen „Untergangsstimmung“ (King 2022) und „Zerstörungslust“ (Amlinger/Nachtwey 2025) verbunden ist. Fünf unterschiedliche Hinweise zeigen, mit welchen Entwicklungen wir es zu tun haben:

- Es gibt **erstens** – mit Blick auf die junge Generation – u. a. eine lange Geschichte der rechtsextremen Jugend und rechten Jugendkultur mit allen ihren Phänomenen (u. a. Gruppen, Musik, Outfit, Treffgelegenheiten, Konzerten).
- **Zweitens** gibt es autoritär-autokratische Einstellungen auch in der jungen Generation. Hier zwei ausgewählte Zahlen: Nach der letzten Shell-Jugendstudie (2024) stimmten 44% der Jugendlichen der Aussage zu: „Eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“ (S. 72). Und nach der renommierten „Mitte-Studie“ (2023) haben 12,3% der 18-bis 34-Jährigen ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ (S.76) und 38% der Befragten neigen zum „Verschwörungsglauben“ (S.116; vgl. zu den Wirkungen und Folgen von Fake News und Verschwörungsnarrativen: Butter 2025, Hoven 2025).
- Wahlen gehören zur „Königsdisziplin“ von Teilhabe in der Demokratie. Hier können Erst- und Jungwähler auf allen föderalen Ebenen mitentscheiden, wie sich die Parlamente zusammensetzen und wer sie regiert. Hier zeigt **Drittens** zeigt das Wahlverhalten von Erst- und Jungwählern bei den letzten Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2025, dass 25% Die Linke und 21% die AfD gewählt haben (bei den Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern kam die AfD in Sachsen auf 31%, in Thüringen waren es 31% und in Brandenburg 29%). Die demokratischen Parteien erreichten bei der letzten Bundestagswahl nicht mehr die Hälfte der Erst- und Jungwähler: CDU 13%, SPD 12%, Grüne 11% und FDP 5%. Und bei den letzten Landtagswahlen in Hessen haben 18% der Erst- und Jungwähler die AfD (bei einem Gesamtergebnis von 18,4%) gewählt.
- **Viertens** zeigt ein Blick auf territoriale Strategien des extremen Rechten, wie sie versuchen soziale Räume und Orte zu erobern, und

als Angsträume zu besetzen; das gilt vor allem für abgehängte ländliche Regionen, verbunden mit Sichtbarkeit (im öffentlichen Raum/auf den Straßen, und in Wohngemeinschaften) und digitaler Vernetzung als integralem Bestandteil von Raumerfahrungen. Dort wo Lücken in der Demokratieförderung entstehen, wo Jugendzentren geschlossen und Begegnungsräume wegfallen, versucht die extreme Rechte diese Lücke zu schließen und eine rechte Jugendkultur zu fördern. Wo in der Demokratie- und Jugendförderung gespart wird, versucht die extreme Rechte, Boden zu gewinnen; sie veranstaltet Sommercamps, macht Wochenendangebote, Ferienreisen und Hüpfburgen für Kinder. In solchen Orten ist die demokratische Zivilgesellschaft unter Druck, und wenn demokratische Räume erst einmal verloren sind, dann ist es viel schwieriger, diese wieder aufzubauen.

- Eine weitere Entwicklung zeigt **fünftens**, dass nicht nur die Demokratie unter Druck und gefährdet ist, sondern auch die kritisch-demokratisch engagierte Zivilgesellschaft und deren Formen der Partizipation – das gilt auch für Jugendbereiche wie Schule, Jugendarbeit/Jugendverbände und Demokratieprojekte. Es ist eine Misstrauens- und Kontrollkultur gegenüber demokratisch engagierten zivilgesellschaftlichen Initiativen zu beobachten, und ihre Arbeit wird mit kleinen Anfragen kritisiert, denunziert und ihre staatliche Förderung infrage gestellt; auf lokaler Ebene wird wiederholt die Förderung eingestellt. Dies ist verbunden mit einem konstruierten Neutralitätsverständnis und der Infragestellung der Gemeinnützigkeit.

Das sind Hinweise für eine **dritte Begründungslinie** über Partizipation und Demokratie mit ihren politischen Bildungsimplicationen bzw. ihrem bildnerischen Potenzial (das sich vor allem mit konstruierten „einfachen Lösungen“ und Erklärungsmustern aufklärend auseinandersetzt) sowie über Demokratiegefährdung und Mentalitäten auch in der Mitte der Gesellschaft (und auch unter Jugendlichen) dringlich nachzudenken. Dies begründet Partizipation und politische Teilhabe in einer partizipativen Demokratie, als fördern und befähigen von demokratischer Kompetenz und immer auch als universale Extremismusprävention (Gill et. al. 2025).

12. Demokratische Gesellschaften und Lebenswelten bleiben lebendig und lernfähig, wenn sie der jungen Generation mit vielfältigen Gelegenheiten ermöglichen Teilhabe- und Partizipationserfahrungen „von Anfang an“ zu machen. In der Generationenfolge sind sie Träger der Demokratie auf allen Ebenen und der gesamten demokratischen Gesellschaft. Es gehört zur verantwortungsvollen (ethisch gebotenen) Aufgabe der erwachsenen Generation, dies als politische Teilhabe in einem „Generationenvertrag“ festzuhalten und mit einem positiven Zukunftsbezug und einer zuversichtlichen Grundhaltung sowie mit Nachhaltigkeit zu garantieren. Die bildungspolitisch engagierte Liberale Hildegard Hamm-Brücher (2023) hat nachdrücklich auf den Zusammenhang Demokratie und Partizipation, von Bildungs- und Demokratiep Politik, Demokratiepädagogik und bürgerschaftlichem Engagement hingewiesen, weil sich nur dann eine lebendige - mit rationaler und emotionaler Dimension verbundene - Demokratie und demokratische Resilienz realisiert.

Das sind Hinweise für eine **vierte Begründungslinie** in demokratiep politischer und -strategischer Absicht und Perspektive sowie einer generativen Haltung, die der Sorge und Verantwortung der Erwachsenen für die Folgegenerationen gilt. Dabei geht es - so Vera King (2022) - für die Jüngeren um eine Zukunft, aus der die Älteren ausgeschlossen sind, sowie um eine Dimension, die zugleich mit „Zuversicht“ (Arendt 1999) und Hoffnung auf ein gelingendes Leben in einer liberalen und menschenrechtsbasierten Demokratie – eingebettet in eine demokratische Erzählung - sowie offenen Gesellschaft verbunden ist.

Anmerkung

Ich verwende die Begriffe Teilhabe, Beteiligung und Partizipation synonym.

Literatur

Andresen, S. et. al. (2023): JuCo IV. Der Einfluss der Corona-Pandemie auf das Wohlbefinden junger Menschen. Trends und Auswirkungen, Hildesheim

Arendt, H. (1999): Politische Essays. In: Zur Zeit, Hamburg, S. 43-70

Amlinger, C./Nachtwey, O. (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus, Berlin

Butter, M. (2025): Die Alarmierten. Was Verschwörungstheorien anrichten, Berlin

Dewey, J. (2000): Demokratie und Erziehung, Weinheim

Fauser, K. (2008): Gemeinschaft aus Sicht von Jugendlichen. Eine empirische Untersuchung über die Rolle von Gemeinschaft für das Nutzungsverhalten von Jugendlichen in einem Jugendverband, Opladen

Gill, T./Stapf-Fine, H./Wallentin, A. (Hg.) (2025): Handbuch Aufsuchende Politische Bildung, Frankfurt/M.

Hamm-Brücher, H. (2023): Demokratie Lernen und demokratisches Handeln in der Schule, Frankfurt/M.

Hoven, E. (2025): Das Ende der Wahrheit. Wie Lügen, Fake News und Framing unsere Gesellschaft bedrohen – und was wir dagegen tun müssen, Köln

King, V. (2022): Generative Verantwortung im Anthropozän – Perspektiven psychoanalytischer Aufklärung, In: Psyche, Heft 12, S. 1132-1156

Masala, C. (2025): Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusion des Westens, München

Münkler, H. (2025): Welt im Aufruhr! Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Berlin

Negt, O. (2010): Der politische Mensch, Göttingen

Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn

19. Shell-Jugendstudie (2024): Jugend 2024: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vitalität, Weinheim

Sinus-Jugendstudie (2024): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Berlin (Bundeszentrale für politische Bildung)

DIVERSITÄTSENSIBLE PERSPEKTIVEN AUF JUGENDBETEILIGUNG

Soziologische und politologische Erkenntnisse zu
Teilhabe Voraussetzungen und Partizipationseffekten

Enquetekommission „Jugendbeteiligung“, Hessischer Landtag

Prof. Dr. Tanja Grendel

5. November 2025 | Wiesbaden

» WER ERLEBT SICH IN UNSERER
GESELLSCHAFT ALS WIRKSAM –
UND WER NICHT? «

GLIEDERUNG

1. Wie Jugendliche Teilhabemöglichkeiten erleben
2. Der Einfluss sozialer Ungleichheiten
3. Partizipation & Demokratiefähigkeit
4. Resümee & Handlungsempfehlungen

1. WIE JUGENDLICHE TEILHABEMÖGLICHKEITEN ERLEBEN



Hochschule RheinMain

Jugendliche Sicht auf Demokratie und Mitbestimmung

Gerechtigkeitsstudie 2023/24*:

- **51 %:** sind unzufrieden damit, „wie Demokratie in Deutschland funktioniert“ (ebd., 12)
- **78 %:** „Leute wie ich, haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung macht“ (ebd., 13)
- **72 %:** „Politiker*innen [...] kümmern sich nicht viel darum, was Jugendliche denken“ (ebd.)

→ Ein Großteil junger Menschen erlebt **nicht**, dass ihre **Meinung** (politisch) **gehört** und **berücksichtigt** wird.

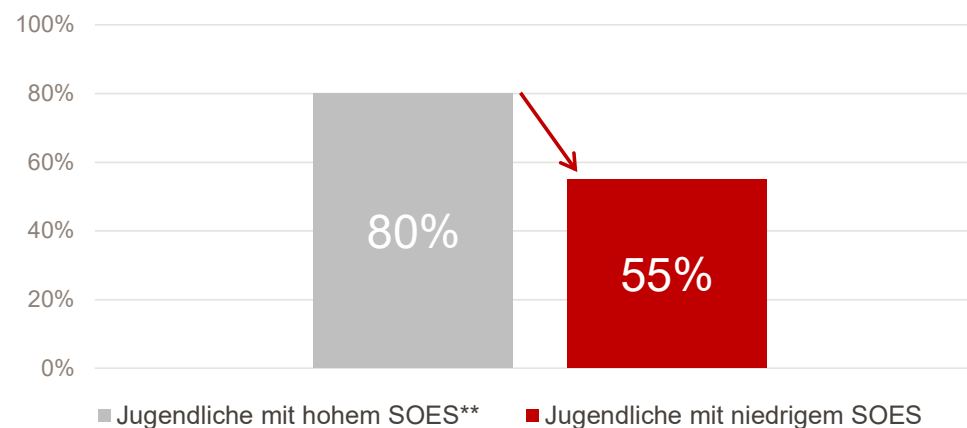
* Bundesweite Befragung durch die Universität Bielefeld im Auftrag der Bepanthen Kinderförderung; Darstellung der Ergebnisse: Top Boxen

1. WIE JUGENDLICHE TEILHABEMÖGLICHKEITEN ERLEBEN

Erfahrungen im Kontext Schule

„Wenn du jetzt an deine Schule und deine Lehrerinnen und Lehrer denkst: Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zu?“

„In der Schule kann ich meine Meinungen frei äußern.“* (ebd., 49)



→ **Soziale Ungleichheit** und das Erleben von **Teilhabemöglichkeiten** hängen zusammen.

* Darstellung der Ergebnisse: Top Boxen („trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“); ** SOES = Sozioökonomischer Status

2. DER EINFLUSS SOZIALER UNGLEICHHEITEN

Ungleiche Zugänge zu Beteiligung – *jenseits von Schule*

- (Bildungs-) **Benachteiligte Jugendliche** sind in **formalen Beteiligungsformaten** (z.B. Jugendparlamenten) **unterrepräsentiert** (Roth/ Stange 2020, 28)

Beteiligung als Frage der sozialen Lage und der damit verbundenen Bildungschancen (von Schwanenflügel 2015, 17; Knauer/ Sturzenhecker 2005, 73 f.)

vs.

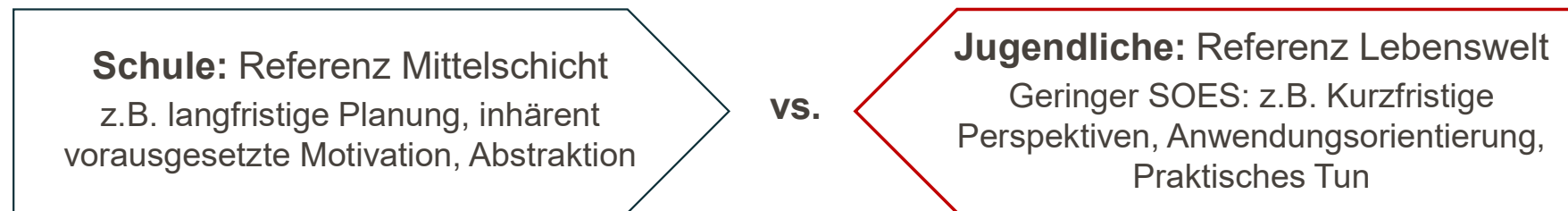
Ausgeprägtes politisches Interesse und Engagement in lebensweltlichen Kontexten (Klatt/ Walther 2011; Calmbach/ Borgstedt 2012)

- **Formate** vernachlässigen häufig Interessen und Bedürfnisse junger Menschen (Newiger-Addy et al. 2022, 555 f.) und **bieten wenig Anschlussmöglichkeiten.**
- **Informelle Beteiligungsformen** finden kaum **Anerkennung.**

2. DER EINFLUSS SOZIALER UNGLEICHHEITEN

Theoretische Perspektive: Warum Teilhabe ungleich gelingt

- Pierre Bourdieu: **Kulturelle Passungen*** & die **Reproduktion sozialer Ungleichheiten**



→ **Abwertungen** in Folge von Nicht-Passungen, die über Schule hinaus „**Gefühle der Inkompetenz** und **Unwürdigkeit**“ (Scherr 2014, 176) fördern.

2. DER EINFLUSS SOZIALER UNGLEICHHEITEN

»Um den Zusammenhang von Bildungskapital und Geneigtheit, auf politische Fragen zu antworten, angemessen zu erklären, genügt nicht der Rückgriff auf die durch den Bildungstitel garantierte Fähigkeit zum Verstehen [...] hinzu kommen muß vielmehr noch das – **gesellschaftlich gebilligte oder geförderte – Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren.**« (Bourdieu 1987, 639)

- Es geht **nicht** um **Desinteresse**, sondern um **Ohnmachtserfahrungen** infolge **sozialer** und **institutioneller Barrieren** (Wohnig 2017, 324ff.; Sturzenhecker 2015).
- **Teilhabe** setzt Erfahrungen von **Anerkennung** und **demokratischer Selbstwirksamkeit** voraus (Wohnig 2021, 90).

3. PARTIZIPATION UND DEMOKRATIEFÄHIGKEIT

Jugendarbeit als Raum demokratischer Erfahrungen

Bildungsauftrag der Jugendarbeit: Angebote der Jugendarbeit sollen

- „an den **Interessen** junger Menschen **anknüpfen** und von ihnen **mitbestimmt** und **mitgestaltet** werden,
- sie zur **Selbstbestimmung** befähigen und zu **gesellschaftlicher Mitverantwortung** und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 SGB VIII).

3. PARTIZIPATION UND DEMOKRATIEFÄHIGKEIT

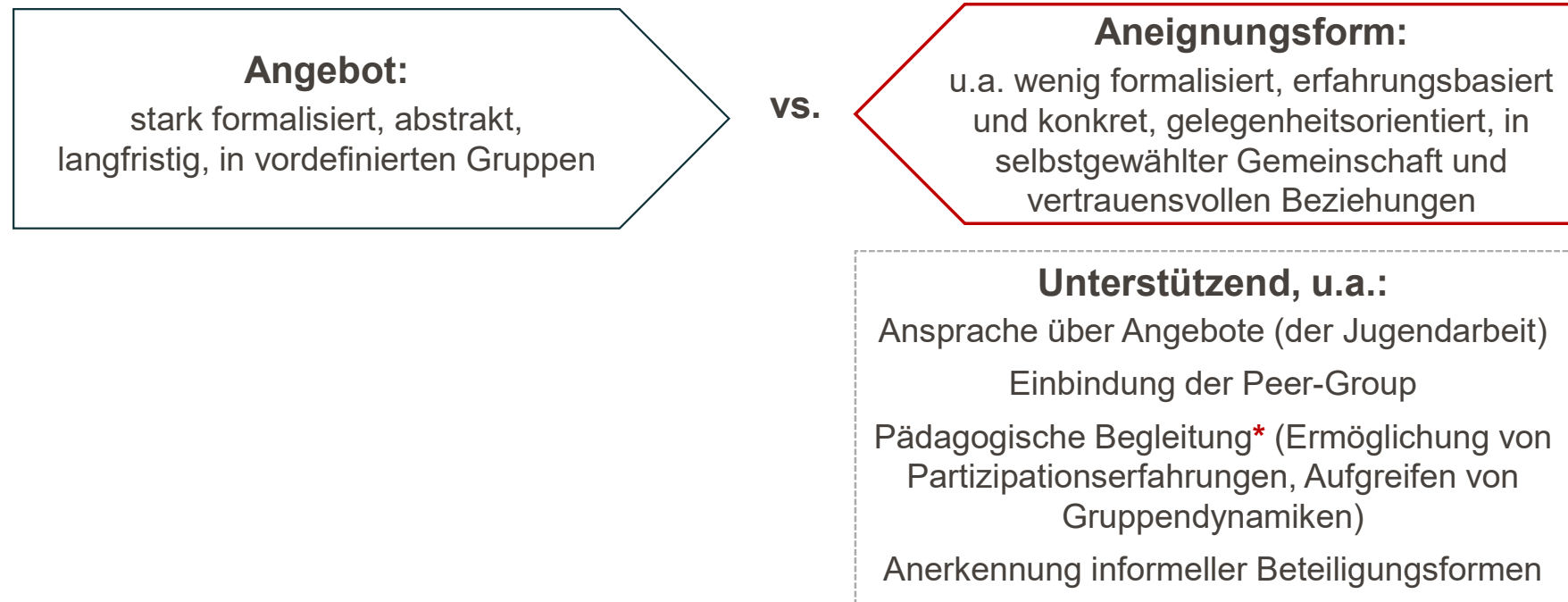
Projekt ABiSAn*: Unterschiedliche Modi der Aneignung von Angeboten der Jugendarbeit

- > Die im Projekt entwickelte Typologie (siehe hierzu Grendel et al. 2025) hilft, **Eigenlogiken** jugendlicher Aneignung und Bildung besser zu **verstehen**.
- > Ableitbar sind **Impulse** für die Entwicklung von Formaten, die stärker bislang **nicht erreichte** Jugendliche **adressieren**.
 - **Unmittelbarkeit von Erfahrung**
 - Institutionelle Integration
 - Streben nach dem Besonderen
 - Menschliche Verwirklichung

* BMBF-Projekt „Abbau von Bildungsbarrieren im Spannungsfeld von Angebot und Aneignung (ABiSAn)“, 2021-2025, FK: 01JB2102

3. PARTIZIPATION UND DEMOKRATIEFÄHIGKEIT

– Modus: **Unmittelbarkeit von Erfahrung**



* siehe zu pädagogischen Hinweisen auch das Projekt „GEBE – Gesellschaftliches Engagement Benachteiligter in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fördern“ (Sturzenhecker 2015).

4. RESÜMEE & HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Resümee

- (Bildungs-) **Benachteiligte** Jugendliche sind in Beteiligungsformaten **unterrepräsentiert**.
- **Mittelschichtorientierte** Logiken in Bildung und Beteiligung reproduzieren soziale **Ausschlüsse**.
- Teilhabe setzt voraus, dass **strukturelle Ungleichheiten** abgebaut und Formate **diversitätssensibel** gestaltet werden.
- Der Abbau von Ungleichheiten ist keine freiwillige Aufgabe, sondern eine **rechtliche Verpflichtung** nach Art. 2 (Nicht-Diskriminierung) und Art. 12 (Beteiligung) UN-Kinderrechtskonvention.

4. RESÜMEE & HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Handlungsempfehlungen

- **Beteiligungsformate an Lebenswelten anpassen:** Vielfältige Formate entwickeln, die an unterschiedlichen Interessen und Aneignungsweisen ansetzen.
- **Demokratiebildung durch Kooperationen stärken:** Modellprojekte fördern, die Handlungslogiken von Schule und Jugendarbeit im Ganztag produktiv verbinden.
- **Weiterbildungsangebote ausbauen:** Wissen um Diversität und sich verändernde Lebenswelten von Jugendlichen stärken.
- **Erleben von Wirksamkeit fördern:** Die Umsetzung von Ideen muss für Jugendliche in ihren Lebenswelten nachvollziehbar sein.
- **Finanzierung der sog. freiwilligen Leistung Jugendarbeit auf kommunaler Ebene sichern:** Verlässlichkeit von Beteiligungsstrukturen herstellen.
- **Evaluation und Weiterentwicklung mit Jugendlichen verankern:** Formate auf Passungen und die Erreichbarkeit neuer Gruppen hin überprüfen.

LITERATURVERZEICHNIS

- BMFSFJ 2024: 17. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. (Drucksache).
- Bourdieu, Pierre/ Passeron, Jean-Claude 1971: Die Illusion der Chancengleichheit: Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs: Tl. II: Die Aufrechterhaltung der Ordnung (1. Aufl.). Stuttgart: Klett.
- Bourdieu, Pierre/ Passeron, Jean-Claude 1973: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt; Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion. Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft (25. Auflage 2016). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Calmbach, Marc/ Borgstedt, Silke 2012: „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Kohl, Wiebke/ Seibring, Anne (Hrsg.): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von bildungsfernen Jugendlichen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1138, Bonn.
- Grendel, Tanja/ May, Michael/ Franz, Alina/ Imrock, Vanessa/ Schaaf Laura 2024: Empirische Perspektiven auf (Nicht-)Passungen im Spannungsfeld von Angeboten non-formaler Bildung und Aneignungsformen Jugendlicher. In: neue praxis, Jg. 54, Heft 4, S. 340-354.
- Grendel, Tanja/ May, Michael/ Hafezi, Walid/ Franz, Alina/ Imrock, Vanessa/Schaaf, Laura Silvia 2025: Mit welchen Angebotsformen erreichen wir welche Jugendlichen (nicht)? Wie sich Jugendliche bilden und wie Bildungsassistenz in der Jugendarbeit gelingen kann. FoRM-Forschungsberichte, Band 3, Wiesbaden. DOI 10.25716/pur-142
- Johann, Tobias/Zimmermann, Eva 2022: Digitale Demokratieförderung – Modellprojekte als Experimentierräume für politische Medienbildung. In: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Heft 12, S. 162-171.
- Klatt, Johanna/ Walter, Franz 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: transcript Verlag.
- Newiger-Addy, Griet/ Heidrich, Sebastian/ Könitz, Friederike 2022: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalpolitischen Entscheidungsfindungsprozess. In: Fischer, Jörg/ Hilse-Carstensen, Theresa/ Huber, Stefan (Hrsg.): Handbuch Kommunale Planung und Steuerung. Planung, Gestaltung, Beteiligung. Weinheim/Basel: Beltz/Juventa, S. 553-568.
- Peyerl, Katrin/ Züchner, Ivo (2020). Das hessische Jugendaktionsprogramm P 2017-2019. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Marburg.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ringler, Dominik 2023: Jugendbeteiligung als Teil der Demokratiebildung in der Kommune. In: Bokelmann, Oliver (Hrsg.): Demokratiepädagogik, Wiesbaden: Springer VS., S. 91-103.
- Roth, Roland; Stange, Waldemar 2020: Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale. Deutsches Kinderhilfswerk.
- Scherr, Albert 2014: Subjektivität und Habitus. In: Bauer, Ullrich/ Bittlingmayer, Uwe/ Keller, Carsten/ Schultheis, Franz (Hrsg.), Bourdieu und die Frankfurter Schule. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 163-188.
- Sturzenhecker, Benedikt 2015: Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Unter Mitarbeit von Moritz Schwerthelm, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wohnig, Alexander 2021: Ungleichheit und politische Bildung. Das Schaffen von Gelegenheiten zu politischer Partizipation als Perspektive politischer Bildungsarbeit. In: heiEDUCATION Journal. Transdisziplinäre Studien zur Lehrerbildung, Nr. 7 (2021): Schule als Ort von Normativität. Zur Vermittlung von Kompetenzen gelingender Lebensführung, S. 73-95.

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.



Kontakt

Hochschule RheinMain
Fachbereich Sozialwesen

Postfach 3251
65022 Wiesbaden

Prof. Dr. Tanja Grendel

T +49(0)611 9495-1331

anja.grendel@hs-rm.de

[https://www.hs-rm.de/personen-
detailseite/tanja-grendel](https://www.hs-rm.de/personen-detailseite/tanja-grendel)

München, 06 November 2025

Schriftliche Antworten auf die Fragen der Fraktionen – Enquetekommission „Politische Partizipation in der digitalen Gesellschaft“

Sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission,

anbei übermittle ich Ihnen meine schriftlichen Antworten auf die Fragen der Fraktionen im Rahmen der heutigen Anhörung der Enquetekommission „*Politische Partizipation in der digitalen Gesellschaft*“ des Hessischen Landtags.

Meine Antworten basieren auf den Inhalten meiner Präsentation sowie auf Forschungsergebnissen im Bereich politischer Kommunikation und digitaler Partizipation. Ich danke Ihnen vielmals für die Einladung und das Interesse an meiner Arbeit und hoffe, dass meine Ausführungen zur weiteren Diskussion im Rahmen Ihrer wichtigen Arbeit beitragen können.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frage: Sie zeigen, dass digitale Medien politisches Engagement fördern und sich Online- und Offline-Engagement gegenseitig verstärken. Welche konkreten Empfehlungen leiten Sie daraus für die praktische Arbeit mit jungen Menschen ab?

Antwort: Zunächst ist es wichtig, das Online-Engagement junger Menschen ernst zu nehmen – und nicht als „Slacktivismus“ abzutun. Was junge Menschen online tun – Inhalte teilen, kommentieren oder diskutieren – ist für viele der erste Schritt in die politische Beteiligung. Für manche bleibt das digitale Umfeld der einzige Ort, an dem sie sich äußern; für andere kann es auch ein Sprungbrett zu weiterem Engagement offline werden.

Deshalb sollten Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Akteure digitale Räume gezielt aufgreifen und junge Menschen dabei unterstützen, ihre Online-Aktivitäten zu reflektieren und in demokratische Prozesse zu übersetzen – etwa durch Formate, die digitale Diskussionen mit realen Beteiligungs-

möglichkeiten verbinden. Ein Beispiel dafür ist die frühe Nutzung von „MeetUp“ in den USA, wo Menschen, die sich online fanden, offline in lokalen Gruppen aktiv wurden.

Und hier komme ich zur Frage der CDU, die sich ebenfalls auf Strategien zur Förderung von Engagement bezog – insbesondere auf den Einsatz von Influencerinnen und Influencern.

Akteure der politischen Bildung sollten die Menschen stärker einbinden, die in diesen digitalen Räumen bereits sichtbar und einflussreich sind – also Influencerinnen und Influencer, aber auch Mikro-Influencer in bestimmten Themenfeldern. Das ist keine neue Idee: Schon in den 1950er-Jahren sprach man vom „Two-Step-Flow of Communication“ – Informationen verbreiten sich über Meinungsführer, die sie dann in ihre Gemeinschaften tragen. Heute bieten Plattformen wie TikTok oder Instagram die technische Grundlage, diese Mechanismen für demokratische Zwecke zu nutzen.

Entscheidend ist, dass dies auf glaubwürdige Weise geschieht und dass junge Menschen das Gefühl haben, ernst genommen und nicht instrumentalisiert zu werden. Authentizität spielt dabei eine zentrale Rolle. Wenn Kampagnen gezwungen oder unauthentisch wirken, kann das leicht nach hinten losgehen, beispielsweise wenn politische Akteure versuchen, jugendliche Kommunikationsformen künstlich nachzuahmen. Solche Versuche wirken schnell unnatürlich und können Distanz statt Nähe erzeugen.

Frage: Wie können wir junge Menschen gezielt dazu ermutigen, Medien aktiv für politische Beteiligung zu nutzen? Welche Angebote oder Formate braucht es dafür?

Antwort: Ich kann diese Frage mit einem Blick in die Forschung beantworten, in der untersucht wurde, welche Formate besonders wirksam sind. Studien zur Mobilisierung sozialer Bewegungen zeigen, dass es entscheidend ist, den Wunsch junger Menschen nach Selbstentfaltung aufzugreifen.

Eine vielversprechende Strategie besteht also darin, ihnen politisches Material an die Hand zu geben, das sie mit ihrer eigenen Stimme füllen können – zum Beispiel visuelle oder inhaltliche „Frames“, die sie übernehmen und mit ihren eigenen Botschaften oder Themen erweitern können. Das gibt jungen Menschen das Gefühl, wirklich gehört zu werden, und erhöht zugleich die Reichweite der Botschaft.

Natürlich ist das im digitalen Raum auch mit Risiken verbunden. Manche greifen solche Vorlagen auf, verändern sie oder machen daraus Memes – das gehört zur Logik sozialer Medien.

Aber genau das ist auch ein Teil von digitaler Partizipation: ein gewisser Kontrollverlust, der notwendig ist, wenn Beteiligung authentisch und lebendig sein soll.

Frage: Sie führen aus, dass Partizipation Ressourcen, Motivation und Netzwerke voraussetzt, also dass Menschen partizipieren können, partizipieren wollen und gefragt werden müssen. Wie erreichen wir die Kinder und Jugendlichen, die diese Voraussetzungen nicht mitbringen?

Antwort: Ich glaube, soziale Medien bieten tatsächlich eine gute Möglichkeit, gerade jene Jugendlichen zu erreichen, die nicht automatisch über Ressourcen, Motivation oder Netzwerke verfügen.

Ein Befund, den ich in meiner Präsentation aus Zeitgründen nicht zeigen konnte, ist, dass soziale Medien einige klassische Ungleichheiten in der Partizipation verringern können.

Wir wissen, dass viele junge Menschen aus weniger privilegierten sozialen Gruppen dort sehr aktiv sind. Damit ist zumindest eine große Hürde – also der Zugang zu Informationen und Ressourcen – deutlich kleiner geworden.

Deshalb sollte man neue Medien gezielt nutzen, um an den beiden anderen Punkten anzusetzen – also an der Motivation und daran, dass viele einfach nie gefragt werden. Die Vernetzung junger Menschen mit politischen Netzwerken oder Projekten über soziale Medien kann ebenfalls ihr Gefühl stärken, dass ihre Stimme zählt.

Ich glaube, das gelingt am besten, wenn man nicht versucht, sie sofort in Parteien oder feste Strukturen einzubinden, sondern über Themen, die ihnen persönlich wichtig sind. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass soziale Medien für viele junge Menschen gerade deshalb so attraktiv sind, weil sie flexible Formen der Beteiligung ermöglichen – und weil sie eher horizontale Verbindungen zu anderen schaffen, statt vertikale zu Institutionen wie Parteien oder staatlichen Stellen. Wenn sie dort anknüpfen können und sich ausdrücken dürfen, entsteht Motivation ganz von selbst.

CDU-Fraktion

Frage: Sie sprechen auf den Seiten 2–4 davon, dass sich die politische Partizipation junger Menschen in der Zeit von 1970 bis in die 1990er Jahre durch Proteste und Boykotte verändert hat. Sind Sie der Ansicht, dass sich das Protest- und Boykottwesen durch die Nutzung der sozialen Medien verändert hat?

Antwort: Ja, das hat sich in mehrfacher Hinsicht verändert, und ein Aspekt ist dabei besonders wichtig: Soziale Medien haben die Organisation von Protesten grundlegend verändert.

Früher waren Proteste meist nur mit der Unterstützung formaler Organisationen möglich, etwa durch Gewerkschaften oder Verbände, die ihre Mitglieder mobilisierten und auf die Straße brachten.

Heute können große Demonstrationen über soziale Medien von wenigen engagierten Personen initiiert werden, ganz ohne institutionellen Rückhalt oder einen hohen Aufwand an Ressourcen.

Das gilt auch für Boykotte: Sie müssen nicht mehr langfristig geplant oder zentral organisiert sein. Sie entstehen oft spontan aus Hashtag-Kampagnen – beispielsweise als viele Nutzer beschlossen, Twitter zu boykottieren, nachdem es von Elon Musk übernommen worden war.

Das ist eine zentrale Veränderung kollektiven Handelns: Organisationen bleiben wichtig, aber Menschen können sich heute deutlich schneller und flexibler mobilisieren – ganz ohne feste Strukturen.

Frage: Warum nehmen die Menschen nicht am politischen Leben teil? Sie sagen, es liege am Mangel an Ressourcen. Es hat doch nahezu jeder junge Bürger ein elektronisches Endgerät mit Internetzugang. Können Sie diesen Mangel näher spezifizieren?

Antwort: Die klassische politikwissenschaftliche Forschung zeigt sehr deutlich, dass Menschen mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status seltener politisch aktiv sind. Wenn ich von „Ressourcen“ spreche, meine ich damit Zeit, Geld, Bildung und sogenannte „Civic Skills“ – also bürgerschaftliche Fähigkeiten. Menschen mit weniger Ressourcen haben oft weniger Zeit, sich zu informieren oder an politischen Treffen teilzunehmen, weniger Geld, um sich an Kampagnen zu beteiligen oder überhaupt zum Protest zu fahren, und geringere Kompetenzen, komplexe politische Zusammenhänge zu verstehen oder ihre Meinung öffentlich zu äußern.

Das gilt natürlich für die Bevölkerung insgesamt. Bei jungen Menschen sehen wir aber, dass neben dem sozioökonomischen Status vor allem psychologische und soziale Faktoren entscheidend sind – insbesondere das Gefühl, dass die eigene Stimme etwas bewirkt, und ob jemand sie aktiv eingeladen hat, sich zu äußern.

Und auch wenn heute fast alle jungen Menschen Zugang zu digitalen Geräten haben, führt das nicht automatisch zu mehr Beteiligung. Informationen allein reichen nicht aus – und einfache Informationen haben eine andere Wirkung als politische Informationen. Man kann die ganze Welt der Informationen im Handy haben – aber wenn das Gefühl fehlt, dass die eigene Stimme zählt, dann wird man sich kaum beteiligen, selbst wenn man zufällig auf politische Inhalte stößt.

Frage: Noch einmal zum mangelnden psychologischen Interesse. Gerade Randparteien schaffen es, durch populistische Mittel psychologisches Interesse zu wecken. Wie, denken Sie, kann die demokratische Mitte ähnliche Effekte herbeiführen, ohne sich dieser populistischen Mittel zu bedienen?

Antwort: Das ist eine sehr wichtige Frage. Um sie zu beantworten, sollten wir den Blick aber nicht nur auf die emotionalen oder psychologischen Mechanismen richten, die populistische Akteure erfolgreich einsetzen, sondern auch auf die technische Infrastruktur, die dies überhaupt erst möglich macht.

Unterschiedliche Plattformen funktionieren nach unterschiedlichen Logiken: TikTok wird durch Viralität angetrieben, YouTube folgt stärker einem Monetarisierungsmodell für Content Creators. Aber die meisten dieser Systeme belohnen algorithmische Inhalte, die emotional, polemisch oder polarisierend sind. Solche Inhalte verbreiten sich also nicht deshalb schneller, weil sie beliebter wären – sondern weil die Plattformen sie sichtbarer machen.

Genau deshalb ist Transparenz von Seiten der Plattformen so wichtig. Damit wir als Forschende verstehen können, wie diese Dynamiken tatsächlich funktionieren, brauchen wir Zugang zu den Daten, die die Unternehmen nach dem Digital Services Act eigentlich gewähren müssen. Hier sind Sie als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber gefragt, darauf zu drängen, dass das auch wirklich geschieht.

Und hier möchte ich etwas ergänzen, das für Sie, glaube ich, besonders relevant ist: Meine eigene Forschung zeigt sehr deutlich, dass die große Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer negative oder feindselige politische Inhalte nicht mag. Sie bewerten auch die Personen, die solche Inhalte posten, systematisch negativer.

Das Problem ist aber: Diese Akteure verfügen häufig über kleine, aber hoch engagierte Online-Gemeinschaften. Diese Gruppen sind sehr effektiv darin, emotionale Botschaften so zu verbreiten, dass sie von den Algorithmen aufgegriffen und dadurch überproportional stark verbreitet werden.

Weil diese Verstärkung in der technischen Logik der sozialen Medien verankert ist, ist es für gemäßigte Stimmen schwer, dieselbe Reichweite zu erzielen. Aber man kann hier einiges aus den USA lernen, wo dieses Ungleichgewicht sehr sichtbar ist. Politiker wie Pete Buttigieg setzen auf eine sachliche, faktenbasierte Kommunikation, während andere – wie Gavin Newsom – den schnellen, provokativen Stil von Donald Trump bewusst spiegeln und damit erstaunlich erfolgreich sind. Wenn Sie sich deren Profile auf TikTok oder Instagram ansehen, erkennen Sie sofort, was ich meine.

Frage: Sie haben ausgeführt, dass für eine erfolgreiche Partizipation Ressourcen, Motivation und Netzwerke erforderlich sind. Wie tiefgründig sollte Ihrer Meinung nach die Informationsvermittlung sein und welche Medien sollten wir am besten nutzen?

Antwort: Ich denke, Information muss so tiefgehend sein, dass sie Verständnis und Orientierung ermöglicht – aber nicht so komplex, dass sie überfordert. Wichtiger als die Menge ist die Relevanz: Junge Menschen müssen erkennen, warum ein Thema etwas mit ihrem eigenen Leben zu tun hat.

Deshalb brauchen wir mehrstufige Kommunikation:

- kurze, visuelle Formate auf TikTok oder Instagram, um Interesse zu wecken,
- und dann vertiefende Inhalte über YouTube, Podcasts oder Beteiligungsplattformen, wo man ins Gespräch kommen kann.

Gerade Podcasts sind in den letzten Jahren für viele junge Menschen ein fester Bestandteil ihres Alltags geworden. Auch wenn die meisten keine politischen Podcasts hören, können nicht-politische Formate zu gesellschaftlich relevanten Themen ein idealer Einstieg sein, um systematischere und fundiertere Informationen zu vermitteln.

Eine Information ist dann am erfolgreichsten, wenn sie im Dialog vermittelt wird – mit anderen Worten, wenn sie nicht nur versendet, sondern gemeinsam erarbeitet wird. Nur so entsteht das Gefühl, gehört zu werden, und genau das ist die Grundlage echter Partizipation.

Frage: Wie wir auf den Seiten 13 und 15 deutlich gesehen haben, suchen junge Menschen eher selten den direkten Kontakt zu Politikern. Sehen Sie Politiker in der Pflicht, auf mehr Menschen einzugehen? Und wie könnten die sozialen Medien ein Werkzeug für den individuellen Diskurs zwischen Politikern und Jugendlichen bilden?

Antwort: Ja, die Forschung zeigt sehr deutlich, dass Politikerinnen und Politiker, die aktiv mit ihrem Publikum in sozialen Medien interagieren, deutlich positiver bewertet werden als jene, die diese Plattformen nur passiv nutzen. Das heißt: Wer antwortet, Einblicke gibt und sich wirklich auf Dialog einlässt, schafft Nähe und Vertrauen.

Natürlich ist das nicht einfach – es kostet Zeit und birgt Risiken, insbesondere weil aktive Politiker online häufiger mit Anfeindungen und Belästigungen konfrontiert sind. Trotzdem überwiegen langfristig die Vorteile, wenn der Dialog authentisch bleibt. Ein gutes Beispiel ist Pete Buttigieg in den USA: Er nutzt insbesondere video-basierte Formate, um Politik verständlich und nahbar zu machen und erreicht damit hohe Zustimmung und Beteiligung. Soziale Medien können also ein wirksames Werkzeug sein, wenn sie nicht nur zur Verbreitung, sondern zur echten Kommunikation genutzt werden.

Frage: Zum Thema der aktiven politischen Beteiligung anhand der Gateway-Hypothese: Gibt es verlässliche Daten, die belegen, dass soziale Medien einen Anreiz gesetzt haben, der zu einem analogen Beteiligungsprozess geführt hat?

Antwort: Die meisten Studien zu Online- und Offline-Partizipation zeigen tatsächlich einen positiven Zusammenhang, also: Wer sich online engagiert, ist häufiger auch offline aktiv. Allerdings handelt es sich bei fast allen um korrelative Befunde. Das bedeutet, wir können nicht sicher sagen, ob Online-Aktivität Offline-Engagement verursacht oder ob umgekehrt politisch aktive Menschen einfach auch online aktiver sind.

Unsere eigenen Daten deuten klar darauf hin, dass sich beide Formen gegenseitig verstärken, aber ob Online-Beteiligung tatsächlich Ursache von Offline-Beteiligung ist, lässt sich nur durch experimentelle Studien belegen. Eine solche Studie gibt es tatsächlich: Facebook führte 2010 ein großangelegtes Experiment mit 61 Millionen Menschen durch und zeigte, dass politisch mobilisierende Nachrichten auf der Plattform unmittelbar die Selbstdarstellung, Informationssuche und reale Wahlbeteiligung beeinflussten. Das ist bisher der beste kausale Nachweis, dass digitale Impulse zu realem politischem Handeln führen können.

Frage: In Ihren Schlussfolgerungen: Sind Sie der Meinung, dass sich Institutionen der politischen Bildung stärker Influencern zur Demokratieförderung bedienen sollten?

Antwort: Ja, grundsätzlich können Influencerinnen und Influencer eine wichtige Rolle in der Demokratieförderung spielen – wenn es richtig gemacht wird. Forschungen zeigen, dass Botschaften über Personen, denen junge Menschen vertrauen, deutlich wirksamer sind als klassische Informationskampagnen. Das nennt man schon seit den 1950er-Jahren den Two-Step-Flow of Communication: Informationen verbreiten sich über glaubwürdige Meinungsführer.

Aber entscheidend ist Authentizität. Wenn politische Bildung versucht, Influencer nur als Transportmittel für Botschaften zu nutzen, wirkt das schnell instrumentalisierend und verliert Glaubwürdigkeit. Deshalb sollten Institutionen mit Influencern zusammenarbeiten, die sich frei und glaubwürdig äußern können –

auch kritisch. So kann politische Bildung dort stattfinden, wo junge Menschen ohnehin sind, und trotzdem unabhängig und vertrauenswürdig bleiben.

Fraktion der Freien Demokraten (FDP)

Frage: Inwieweit können niedrighschwellige digitale Beteiligungsformate (z. B. durch Kommunen oder Landesbehörden) das Engagement junger Menschen sinnvoll unterstützen, ohne in Symbolpolitik abzugleiten?

Antwort: Politische Aktivitäten online zu organisieren – auch wenn sie niedrighschwellig sind – ist wichtig, weil gerade politische Online-Aktivitäten als Gateway zu weiterem, auch analogem Engagement wirken können. Low-Cost-Aktivitäten holen Menschen ab, die sich sonst gar nicht beteiligt hätten, gerade weil die Einstiegshürden gering sind. Wenn damit die erste Barriere der Beteiligungsungleichheit – also der Zugang – überwunden ist, und die zweite – nämlich dass man überhaupt eingeladen wird – durch die Organisation eines Events entfällt, dann bleibt die dritte Barriere: zu zeigen, dass die Beteiligung Wirkung hat.

Zum Beispiel könnten Jugendliche zunächst über eine Online-Kampagne mit anpassbaren Inhalten auf Social Media ihre Stimme einbringen. In einem zweiten Schritt könnten sie zu Workshops oder Dialogen in der Kommune eingeladen werden. Wenn die Kommune dann ihre Vorschläge sichtbar aufgreift und Rückmeldung gibt, sehen junge Menschen, dass ihre Teilnahme etwas bewirkt hat – und genau das motiviert zu weiterem Engagement.

Frage: Welche konkreten politischen Maßnahmen auf Landesebene halten Sie für geeignet, um politisch interessierte junge Menschen besser zu erreichen und einzubinden?

Antwort: Das ist natürlich eine schwierige Frage für jemanden, der nicht direkt in der Politik arbeitet, aber aus Forschungssicht gibt es einige Ansätze, die sinnvoll erscheinen. Um junge Menschen besser zu erreichen, sollte man lokal ansetzen – also dort, wo ihr Alltag stattfindet. Eine Idee wäre, kleine Mikroförderprogramme aufzulegen, mit denen Schulklassen oder Jugendgruppen oder Studierende eigene Projekte zu selbstgewählten Themen umsetzen können. An meiner Universität, im TUM Think Tank, sehen wir, wie gut solche studentischen Initiativen funktionieren: Die Teilnehmenden entwickeln eigene Formate wie Demokratie-Hackathons, bei denen sie digitale Lösungen für lokale Probleme oder Fragen zu KI und Datennutzung entwerfen, oder sie gestalten öffentliche Räume wie Parks gemeinsam neu, wenn diese für Jugendliche nicht mehr funktionieren. Andere Projekte reichen von Straßengärten bis zu kleinen Initiativen, die älteren Menschen helfen, das Internet besser zu verstehen. Und manches davon lässt sich auch komplett digital umsetzen – etwa über virtuelle Bürgerversammlungen.

Solche Projekte sind einfach, aber sehr wirkungsvoll: Sie fördern Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Gemeinschaft – und sie zeigen der Politik gleichzeitig, was junge Menschen wirklich wichtig finden.

Frage: Wie kann verhindert werden, dass durch zunehmende digitale Beteiligung neue soziale Exklusion entsteht, etwa bei Jugendlichen ohne digitalen Zugang oder mit geringerer Medienkompetenz?

Antwort: Ich würde sagen, digitale Partizipation ist eigentlich unsere beste Chance, soziale Exklusion junger Menschen zu vermeiden – nicht ihre Ursache. Gerade weil digitale Technologien niedrighschwellig und kostengünstig sind, haben sie das Potenzial, fast alle einzubeziehen. Bei Jugendlichen würde ich mir um digitale Kompetenz ehrlich gesagt weniger Sorgen machen – eher bei den älteren Generationen.

Das eigentliche Problem ist, dass nicht alle automatisch politisch interessiert sind. Deshalb geht es – wie ich schon zuvor erwähnt habe – darum, Wege zu finden, junge Menschen einzuladen und ihnen zu zeigen, dass ihre Stimme zählt. Influencerinnen und Influencer können hier eine Rolle spielen, aber auch NGOs, die zu Themen arbeiten, die jungen Menschen wichtig sind, zum Beispiel Klima, Diversität oder Digitalisierung. Außerdem können innovative Lern- und Beteiligungsplattformen helfen, Demokratie auf neue Weise erfahrbar zu machen.

Ein Beispiel ist eine Plattform meiner Kolleginnen und Kollegen an der TUM namens „Instaclone“, die die Funktionsweise von Instagram nachbildet, um zu zeigen, was im Hintergrund sozialer Medien passiert. Über integrierte Dashboards können Nutzerinnen und Nutzer sehen, wie Daten gesammelt und verarbeitet werden – ein Blick hinter die Kulissen. Man könnte sich gut vorstellen, etwas Ähnliches für politische Prozesse zu entwickeln: eine Plattform, die zeigt, wie Demokratie funktioniert – interaktiv, transparent und nah an der Lebenswelt junger Menschen.

AfD-Fraktion

Frage: Ihre Forschung legt nahe, dass Ängste vor Online-Radikalisierung und „Fake News“ empirisch oft übertrieben sind und digitale Medien mehr Beteiligung ermöglichen, als sie zu verhindern. Vor dem Hintergrund der deutschen Regulierungspolitik – etwa dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und den erweiterten Eingriffen bei Plattformen – stellt sich die Frage: Halten Sie solche massiven staatlichen Eingriffe für notwendig und geeignet, oder besteht die Gefahr, dass überzogene Angstnarrative letztlich selbst die politische Partizipation junger Menschen einschränken, indem sie den digitalen Diskursraum verengen?

Antwort: Dies ist eine sehr wichtige und komplexe Frage, bei der ich drei eng miteinander verbundene Aspekte sehe:

- (1) die Wirkung von Desinformation,
- (2) die Rolle der Regulierung – also NetzDG und das Digitale-Dienste-Gesetz (DDG), und
- (3) mögliche Auswirkungen auf die politische Beteiligung junger Menschen.

Erstens, zur Desinformation: Die öffentliche Debatte über „Fake News“ ist oft stärker von Sorgen geprägt, als es die Forschung rechtfertigt. Zwar ist Desinformation weit verbreitet, ihre Wirkung konzentriert sich jedoch auf eine kleine Gruppe von Menschen, die ohnehin geneigt sind, solche Inhalte zu glauben. Die große Mehrheit ändert ihre politische Haltung nicht einfach aufgrund einzelner Falschinformationen – stabile Einstellungen, besonders parteipolitische Bindungen, schützen davor.

Zweitens, zur Regulierung: Das frühere NetzDG war gut gemeint, wurde aber wegen unklarer Formulierungen und des Risikos übermäßiger Löschungen kritisiert. Mit dem neuen Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) sind wir auf einem besseren Weg: Es betont Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Rechenschaftspflicht statt pauschalem Löschedruck. Aus demokratischer Sicht schafft dies ein wichtiges Gleichgewicht zwischen Strafverfolgung und Meinungsfreiheit.

Drittens, zur Beteiligung: Übertriebene Angsnarrative können sogenannte Abschreckungseffekte auslösen – mit anderen Worten, sie können dazu führen, dass Menschen aus Vorsicht davon absehen, etwas zu posten. In unserer Umfrage 2024 gaben 32 % der 18- bis 29-Jährigen an, dass sie aus Angst vor negativen Reaktionen darauf verzichtet hätten, etwas zu posten. Gleichzeitig zeigt die Studie aber auch: Die meisten Menschen wünschen sich eine Balance, die ihnen freie Meinungsäußerung ermöglicht, aber klare Grenzen für rechtswidrige Inhalte zieht – etwa bei Hassrede oder Aufrufen zu Gewalt. Deshalb sind transparente Regeln und ein vertrauenswürdiges digitales Umfeld so wichtig.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

Wir brauchen gezielte, rechtlich fundierte Maßnahmen gegen illegale Inhalte, kombiniert mit Transparenz und klarer Kommunikation. So können wir den digitalen Diskursraum schützen, ohne die Beteiligung insbesondere junger Menschen einzuschränken.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. Yannis Theocharis

Lehrstuhl für Digital Governance / Hochschule für Politik München (HfP)

TUM School of Social Sciences and Technology

Technische Universität München